

Erscheinungsort Linz Verlagspostamt 4020 Linz Einzelpreis: S 15 .-

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 5

Wien - Linz, 9. März 1995

41. Jahrgang

Europa ist keine Ausrede

VON WOLFGANG SPERNER

"HAVELS HEIMKEHR", dieser Beitrag

Die Havel-Rede

(Seite 3)

Tribüne der Meinungen

(Seiten 4 bis 6)

Anfragebündel an den Bundeskanzler

(Seite 9)

Havel-Rede ist Rückfall in die Zeit der Kollektivschuld

Zur Rede des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel am Freitag, dem 17, 3., in der Prager Karlsuniversität erklärt die in München versammelte Führungstagung der Sudetendeutschen Landsmannschaft unter Vorsitz des Sprechers der sudetendeutschen Volksgruppe, Franz Neubauer:

In den entscheidenden Fragen bringt diese Rede keinen Fortschritt, ja sogar Rückschritte gegenüber früheren Erklärungen Havels.

Während Václav Havel bisher die Vertreibung der Sudetendeutschen als "zutiefst unmoralische Tat" verurteilt hat, versucht er sie heute zu rechtfertigen.

Havel hatte bisher den Gedanken der Kollektivschuld als unmenschlich und ungerecht abgelehnt. Nun gibt er kollektiv einem "großen Teil" der Sudetendeutschen – die er nicht beim Namen nennt - im Kern die Schuld an ihrer Vertreibung. Dies hält einer historischen Überprüfung nicht stand. Von der Vertreibung der Sudetendeutschen redet er fast nur noch als "Abschiebung", über die man zudem "verschiedener Ansicht" sein könne. Dies ist ein Rückschritt hinter den Nachbarschaftsvertrag und hinter frühere Erklärungen.

Havel meint, es könne kein Zweifel beste-

hen, wer als erster den Geist aus der Flasche wirklichen nationalen Hasses losgelassen hätte. Wer so redet, läßt die Geschichte 1938 beginnen. Dies ist unhaltbar. Die Gewaltanwendung begann früher, mit der tschechischen Besatzung des Sudetenlandes 1918, spätestens mit den 54 Toten des 4. März 1919.

Havel erwähnt dankenswerterweise diejenigen Sudetendeutschen, für die schon mit dem Münchener Abkommen die Verfolgung begann. Vor allem waren dies die Sozialdemokraten. Es ist unwahr, daß es den Vertriebenen schwerfällt, diese Tatsache anzuerkennen. Kennt Präsident Havel nicht die Haltung der sudetendeutschen Sozialdemokraten zu den Beneš-Dekreten und zum Heimatrecht? Sie unterscheidet sich nicht von der Haltung der Landsmannschaft.

Die Sudetendeutschen wenden sich nicht gegen eine Entschädigung tschechischer Nazi-Opfer, fordern aber gleichzeitig Wiedergutmachung für die deutschen Opfer tschechischer Unrechtstaten. Es mutet eigenartig an, mit welcher Selbstverständlichkeit Havel deutsche Entschädigung erwartet, zugleich aber Wiedergutmachung an Deutschen in jeder Form (nicht nur materiell) kategorisch ablehnt.

Havel bekennt sich ausdrücklich zu den Menschenrechten, hält aber gleichzeitig an den menschen- und völkerrechtswidrigen Beneš-Dekreten fest. Er erwähnt auch nicht das berüchtigte Amnestiegesetz vom 8. Mai 1946, das alle damaligen Verbrechen an Deutschen und Ungarn für "nicht rechtswidrig" erklärt. Dies ist mehr als nur ein Stolperstein auf dem Weg nach Europa.

Wer wie Havel die Sudetendeutschen zu "Gästen" in der eigenen Heimat degradiert, leugnet im Zeitalter der sogenannten ethnischen Säuberungen erneut das Recht auf die Heimat. Seine Warnung schließlich vor "völkischer Abrechnung" ignoriert den vollständigen Gewaltverzicht der Sudetendeutschen.

Die Rede von Präsident Havel dürfte in Deutschland kaum als ein Beitrag zur Versöhnung verstanden werden. Andererseits findet sich in Havels Rede auch ein Plädoyer zur "Ausbreitung und Vertiefung" des deutschtschechischen Dialogs. Bekanntlich suchen die Sudetendeutschen seit langem den direkten Dialog mit den Repräsentanten der Tschechischen Republik. Soweit Havels Anregung in diese Richtung zielt, wäre das zu begrüßen. SL Bad (DOD)

in der "Frankfurter Allgemeinen" (F.A.Z.) und vor allem die Rede des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel in der Karlsuniversität in Prag zum Thema "Prag und die Sudetendeutschen" hat einen Sturm an Reaktionen unter den Landsleuten ausgelöst. Zunächst einmal sei hier festgehalten, daß wir die sachliche und fundierte Berichterstattung der F.A.Z. zu allen Fragen der Haltung Prags zu den Sudetendeutschen begrüßen. Gerade der Prager Korrespondent der F.A.Z. Berthold Kohler hat sich als ein hervorragender Kenner der Sachlage und als exzellenter, objektiver Kommentator der Ereignisse erwiesen. Man muß ihm und der F.A.Z. dankbar sein, daß sie die Sudetendeutschen in so sachlicher und ungeschminkter Form über die Vorgänge in Prag informiert, wie man "drüben" denkt und han-

WAS NUN DIE "HEIMKEHR" Havels anlangt, nämlich seine Absage an Entschädigungsansprüche und seine faktische Bestätigung der Beneš-Dekrete mit all ihren Folgen, das war ein Kotau vor seinem Politruk Premier Klaus, der auch sogleich Havel lobte: Diese Rede in der Karlsuniversität sei Havels bisher beste Rede gewesen. Havel hat sich also "angepaßt". So etwas ist im Westen in der Politik schon oft vorgekommen und ebenso im

HABEN DIE SUDETENDEUTSCHEN nun mit Havel einen wichtigen Gesprächspartner in Prag verloren? Unvergessen bleibt, wie sich einst Havel um ein objektiveres Geschichtsbild bemühte, indem er unter anderem bekannte, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ein Unrecht gewesen sei. Havel ist ein zu intelligenter Mann, als daß er nicht geahnt hätte, wie man unter seinen Landsleuten auf solch ein Bekenntnis reagieren würde. Der Versuch eines Händereichens ist ihm schlecht bekommen. Mit der Rede am

Südmährische Schriftstellerin geehrt

Der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Preis der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Stiftung zu Basel wurde für das Jahr 1995 der Schriftstellerin Ilse Tielsch zuerkannt. Die Verleihung wird am 20. Mai im Rahmen eines Festaktes in Innsbruck stattfinden.

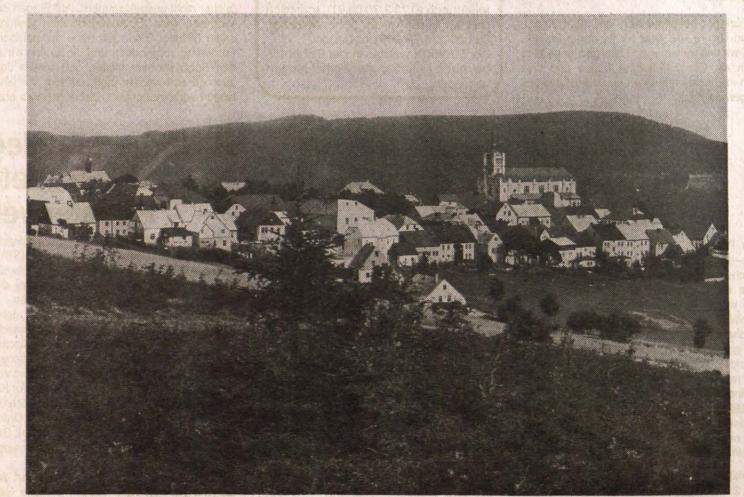
Urzidil-Tagung im März in Prag

Vom 8. bis 10. März gibt es in Prag das zweite Urzidil-Symposium. Oberösterreich ist Mitveranstalter. Das Büro für kulturelle Auslandsbeziehungen wird den Tagungsband in seiner "Edition Grenzgänger" publizieren. 1984 war in Rom das erste Symposium abgehalten worden, dort ist der Dichter - Mitglied des Stifter-Instituts des Landes Oberösterreich - 1970 verstorben.

Deutschland und Slowakei wollen Beziehungen ausbauen

Deutschland und die Slowakei wollen ihre bilateralen Beziehungen ausbauen, insbesondere durch den baldigen Abschluß eines Kulturabkommens. Dies vereinbarten Bundesaußenminister Kinkel und sein slowakischer Amtskollege in Bonn. Um die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland auch auf regionaler Ebene zu vertiefen, wird die Slowakische Republik neben der Botschaft in Bonn, dem Generalkonsulat in München und dem Konsulat in Berlin insgesamt noch sechs weitere Honorarkonsulate einrich-

Das Bild der Heimat



Sonneberg, einst eine Siedlung deutscher Bergleute aus dem frühen 16. Jahrhundert, wurde 1584 zu einer königlichen Bergstadt erhoben. Die im 19. Jahrhundert neu errichtete Kirche war in ihren Ausmaßen so imponierend, daß sie "Dom des Erzgebirges" genannt wurde.

19. Februar hat er die "Heimkehr" angetreten. Soll heißen, er hat einen Kotau vor seinem politischen Aufpasser Klaus gemacht. Ist damit das Gespräch total erstickt?

DAS MUSS NICHT SEIN. Selbst nach der Havel'schen "Heimkehr" bleibt der Glaube an eine Zeit des vernünftigen Gesprächs mit Prag, wie es gerade auch jüngst wieder von prominenter bayerischer Seite gefordert wird. Man wird die Havel-Rede in Prag nur als eine - enttäuschende - Facette im Dialog sehen müssen. Es zeigt, welche Spielarten da noch ins Haus stehen können. Nur soll man uns nicht etwa mit dem Argument kommen, daß die Frage der Sudentendeutschen und ihrer "Heimkehr" mit dem Beitritt Tschechiens zur EU gelöst sei. Die EU-Freizügigkeit, die es allen ermöglichen würde, etwa auch in Tschechien seßhaft zu werden, ist kein Ersatz für das Recht auf Wiedergutmachung und kein Ersatz für das Heimatrecht.

HAVELS REDE fordert freilich weiter kräftige Antworten heraus. Wir haben einige von ihnen in der "Tribüne der Meinungen" aufgenommen und empfehlen diesmal ganz besonders die Lektüre dieses Meinungsforums. Es lohnt sich als weitere Diskussionsbasis.

Gedanken des Bundesobmannes

Die Rede von Präsident Václav Havel in der Prager Karlsuniversität vom 17. Februar 1995 hat nicht nur bei den Sudetendeutschen Bestürzung und Enttäuschung hervorgerufen. Nicht nur, daß er von seiner bisherigen moralischen Linie abrückte, huldigte er jetzt auch noch der Kollektivschuldthese. Er hat sich damit besonders den Applaus von Kommunisten und Nationalisten geholt, die über seine Rede jubelten. Er hat vereinfacht und geschichtliche Fakten unter den Tisch fallen lassen.

Wenn er vom Bazillus und dem vorangegangenen Bösen, das die Vertreibung zur Folge hatte, sprach, negierte er vollkommen, was sich ab Mitte November 1918 ereignete, als tschechische Soldateska die österreichischen Gebiete gewaltsam besetzte. Weiters die Ereignisse des 4. März 1919 und andere, die über 120 Todesopfer forderten. Man schuf vollendete Tatsachen, wie dies heute im ehemaligen Jugoslawien wieder praktiziert wird. Erst im Diktat von

Saint Germain am 6. 9. 1919 wurden diese Fakten nachträglich bestätigt. Dies ist uns ja bekannt.

Empört sind wir auch, daß Präsident Havel die Frage der Sudetendeutschen auf eine Angelegenheit Prag - Bonn reduzieren will, völlig außer Acht lassend, daß wir Altösterreicher sind und diese Frage auch jene Staaten betrifft, in welche wir vertrieben wurden. Unter dem Druck der national tschechischen Seite. aber vor allem der kommunistischen Geister, die noch immer vorhanden und aktiv sind, aber auch aus anderen Gründen, hat er eine Kehrtwendung gemacht. Aus einem moralisch und integeren Intellektuellen scheint ein nützliches Werkzeug der bösen Geister der Vergangenheit geworden zu sein. Er hat sich mißbrauchen lassen und wurde wahrscheinlich auch dahingehend beeinflußt, daß er nur derartige Aussagen treffen müßte und die Sudetendeutschen, die er in gute und böse einteilt, würden sich auseinanderdividieren lassen und resignieren, wenn jene Persönlichkeit, die sich dem Recht verpflichtet fühlt. ihnen den Rücken kehrt. Die geschichtlichen Aussagen seiner Rede

qualifizieren sich schon aus seiner Vorstellung, die ČSR sei ein Produkt des Friedens von Versailles. Man sollte eben wissen, worüber man spricht. Havel sagte selbst im Sommer 1990: "Geschichtsfälscher retten die Freiheit nicht, sondern bedrohen sie."

Folge 5 vom 9. März 1995

Will er wirklich diesen Weg gehen, ließ er sich so täuschen, wurde er so massivem Druck ausgesetzt? Das schlimmste ist, daß er dies nicht eingestehen darf, sonst würde er all das Vertrauen einbüßen, das er sich in der ČR und vor allem im Ausland erworben hat. Das Mißtrauen der Sudetendeutschen steigt auch bei jenen, die ihn bisher geschätzt haben, seine Zweifler jubilieren.

Auch dies ist fast perfekt geplant worden, man will sehen, was sich Sudetendeutsche und demokratische Regierungen bieten lassen, wo die Grenzen der Belastbarkeit sind.

Die Drahtzieher der Aktion können nur innenpolitische Vorteile für sich verbuchen, das Land und seinen Präsidenten – der es selbst tat – haben sie damit disqualifiziert,

> meint Ihr Bundesobmann Karsten Eder

LH Pühringer: Gegen Radikalismus – für Zusammenarbeit

Mit den Stimmen von Volkspartei und Sozialdemokraten wurde Josef Pühringer im oberösterreichischen Landtag zum neuen Landeshauptmann und Nachfolger von Josef Ratzenböck gewählt. Pühringer warnte vor politischem Radikalismus und vor jenen, die den Boden dafür aufbereiten.

Die Wahl verlief eindeutig. Auf den beim Parteitag der VP mit 97 Prozent der Delegiertenstimmen bestätigten Ratzenböck-Nachfolger entfielen 44 der 55 Abgeordnetenstimmen. Die Freiheitlichen votierten, da ihre Anträge auf Verkleinerung der Regierung oder stärkere Berücksichtigung ihrer Partei durchfielen, gegen Pühringer.

In der Antrittsrede zeigte sich Pühringer "betroffen und erschüttert von den Wahnsinnstaten im Burgenland". Hier gehe es um Gewalt, Terror und Kriminalität. Gerade das Gedenkjahr 1995 mahne, "den Anfängen zu wehren". Man müsse sich gegen diese Form nackter Gewalt stemmen und jenen genau auf die Finder schauen, die den Boden für dieses Klima bereiteten.

Pühringer bekannte sich klar zur Europäischen Union, was aber nichts daran ändere, "daß wir uns weiterhin als Österreicher und vor allem als Oberösterreicher fühlen und dies auch in Brüssel und Wien klar zum Ausdruck bringen werden". Die Abschiedsreden für Altlandeshauptmann Ratzenböck waren von Respekt gekennzeichnet. SP-Landesobmann Fritz Hochmair hob die Fähigkeit des scheidenden Landeschefs hervor, "auf andere Menschen einzugehen", und sagte, Ratzenböck werde ihm abgehen.

Josef Pühringer sagte, Ratzenböck habe wohl nie einen Vertreter einer anderen Partei beleidigt.

ACHTUNG! Wir fahren nach Prag!

Der Verband der Böhmerwäldler in Oberösterreich veranstaltet in der Zeit vom 30. Juni bis 2. Juli 1995 eine Fahrt nach Pribram und Prag, mit großem Besichtigungsprogramm.

Preis: \$ 2050.- für Fahrt, Nächtigung und Halbpension.

Anmeldungen sind möglich jeden Montag vormittag persönlich oder telefonisch (0 73 2/70 05 91), schriftlich an den Verband der Böhmerwäldler, Kreuzstraße 7, 4040 Linz-Urfahr.

Die Sitzplätze werden in der Reihenfolge nach Eintreffen der Anmeldungen vergeben.

Kinkel soll über sudetendeutsche Fragen verhandeln

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, hat die tschechische Regierung erneut zur Gesprächsbereitschaft gegenüber den Sudetendeutschen aufgefordert. Vor Journalisten erklärte Glos im Münchener Presseclub: "Das Jahr 1995 ist auch ein historisches Jahr für die Heimatvertriebenen. Wir erwarten deshalb von der tschechischen Regierung die Bereitschaft zu Gesprächen mit den Sudetendeutschen, offene Gespräche darüber, wie schwierige gegenseitige Fragen gelöst werden können".

Glos sagte, der 8. Mai 1945 sei für die Deutschen "gleichermaßen ein Tag der Befreiung wie auch der Tiefpunkt deutscher Geschichte mit Kapitulation, Flucht, Vertreibung und dem Tod von Millionen Vertriebenen, der Teilung Deutschlands und Europas, der Beginn der Diktatur der Roten Armee in Osteuropa". Es werde in diesem Jahr "noch sehr viel Fingerspitzengefühl" gefragt sein, um "die Ereignisse politisch aufzuarbeiten".

Glos verwies auf die Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen und erklärte, die sudetendeutschen Fragen würden künftig "sicher nicht ausgeklammert". Auf Fragen des Vertreters der "Sudetendeutschen Zeitung" sagte Michael Glos: "Ich habe die politische Forderung vorgebracht und die stellen wir an den Bundesaußenminister, daß dieses Jahr auch genützt werden muß, um hier Verhandlungen voranzubringen". Dabei gehe es auch um die Eigentumsfragen. "Hier scheint", sagte Glos, "eine Verknüpfung der gegenseitig offenen Fragen natürlich gegeben". Er wäre sehr dafür, erklärte der CSU-Landesgruppen-Vorsitzende, tschechische NS-Opfer zu entschädigen: umgekehrt sei aber auch tschechisches Entgegenkommen notwendig. Er wisse, daß man "Unrecht nicht gegeneinander aufrechnen" könne, doch müsse der Versuch gemacht werden, auf beiden Seiten begangenes Unrecht "hier abzumildern".

Insgesamt bewertete Vorsitzender Michael Glos das sudetendeutsch-tschechische Problem als "sehr heikel". In der Tschechischen Republik würden sich die Radikalen in dieser Frage "hochschaukeln". Besonders in den grenznahen Gebieten gebe es immer wieder eine "üble polemische Propaganda auch der alten Kommunisten", wonach ein Ausverkauftschechischer Interessen an die Deutschen drohe.

Zum Gedenkjahr 1995 sagte Glos ferner, die Deutschen hätten aus der Geschichte gelernt, daß weder Rechts- noch Linksradikale jemals wieder eine politische Chance haben dürften. Glos teilte mit, daß die CDU-Bundestagsabgeordneten im Juli eine Informationsfahrt nach Polen unternehmen. Auf dem Programm stünden neben politischen Terminen in Warschau ein Besuch von Auschwitz und Gespräche mit der deutschen Minderheit im Raum Oppeln.

Michael Leh in DOD

Eine Autobusfahrt zum Sudetendeutschen Tag in München geplant

Zu Pfingsten findet der Sudetendeutsche Tag – das größte Treffen der Volksgruppe – in München statt! Leider konnte 1994 kein Autobus nach Nürnberg geführt werden, dennoch wollen wir heuer wieder versuchen, ab Wien/Niederösterreich einen Autobus nach München zu führen. Nötig dazu ist aber, daß sich genügend Landsleute zu dieser Fahrt anmelden. Da wir einen entsprechenden Bus aber rechtzeitig bestellen müssen, muß eine verbindliche Anmeldung bis spätestens 30. März erfolgen! Wir ersuchen um Verständnis ob dieser Maßnahme, aber ein Bus kann nur aufgrund rechtzeitiger Anmeldungen bestellt werden.

Abfahrt wäre voraussichtlich am Freitag, dem 2. Juni, gegen 23.45 Uhr, Rückkunft in Wien am Pfingstmontag, dem 5. Juni, gegen 18 Uhr (je nach Verkehrslage). Quartiere können wir leider nicht besorgen – jetzt erhalten Sie noch günstige Unterkünfte beim Verkehrsamt München. Der Fahrpreis wird bei etwa

S 650.- bis S 800.- liegen, je nach Busbelegung. Ein eigener Bus kann aber erst dann geführt werden, wenn sich zwischen 16 und 20 Personen anmelden! Für Landsleute aus Niederösterreich gibt es Zu- und Aussteigemöglichkeiten entlang den Westautobahnauffahrten.

Wir meinen, daß es doch möglich sein müßte, daß aus dem Raum Wien/Niederösterreich zumindest 25 Landsleute von diesem Angebot Gebrauch machen. Sollte es dennoch nicht zum Großbus kommen – was wir aber nicht hoffen –, so werden wir versuchen, mit einem Kleinbus nach München zu fahren. Den Angemeldeten geht ein Zahlschein zu, mit dem der Fahrpreis so bald als möglich einbezahlt werden sollte.

Werte Landsleute, werte Mitfahrer! Anmeldungen bitte sofort an die Sudetendeutsche Jugend Wien, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien (Postkarte genügt, bitte eine telefonische Erreichbarkeit angeben), richten!

P. Norbert Schlegel als Vorsitzender des Sudetendeutschen Priesterwerkes bestätigt

Auf der diesjährigen Delegiertenkonferenz des Sudetendeutschen Priesterwerks (SPW) im Haus St. Johann in Brannenburg ist der bisherige Vorsitzende P. Norbert Schlegel einstimmig als Vorsitzender bestätigt worden.

Als sein Stellvertreter wurde Pfarrer Josef Zwickl wiedergewählt, als weitere Vorstandsmitglieder Pfarrer Leo Seewald und P. Jordan Fenzl. P. Norbert konnte in seinem Rechenschaftsbericht aufzeigen, daß das SPW im vergangenen Jahr eine erfolgreiche Arbeit für Kirche und Volksgruppe geleistet habe. Auch die Delegierten der einzelnen Diözesen und Orden hatten in ihren Berichten über ihre Arbeit Beispiele, wie sehr die Priester in der Volksgruppe eingebunden sind.

Als Gastreferenten hatte Pater Norbert den Generalvikar der Katholischen Diözese Sibirien gewinnen können, Pater Alexander Kahn, der wie sein Bischof in Nowosibirsk ein Rußlanddeutscher ist. Pater Alexander dankte dem SPW für die Hilfe, die er bereits seit 1988 als Student in Riga durch Bücherspenden und

andere Zuwendungen erhalten hatte. In seiner Begleitung war auch Pater Josef Messner, ebenfalls ein Rußlanddeutscher, der noch drei weitere Brüder als Priester hat, die alle seit langem Kontakte zum Sudetendeutschen Priesterwerk haben. Die Apostolische Administratur Sibirien ist von der räumlichen Ausdehnung her die größte Diözese der Welt. In ihr sind heute fünfzig Priester tätig, von denen mit dem Bischof nur fünf Einheimische sind, die übrigen sind "Gastarbeiter" aus aller Welt, die sich seit der Ernennung von Bischof Werth für einige Jahre in seinen Dienst stellten. Von etwa einer Million Menschen (unter 28 Millionen Einwohnern), die von katholischen Vorfahren stammen, sind etwa 100.000 praktizierende Katholiken, darunter außer Rußlanddeutschen auch Polen, Litauer, Letten und Ukrainer. So müssen die Priester mehrsprachig sein und stehen vor schweren pastoralen Aufgaben. In Nowosibirsk ist ein kleines Priesterseminar gegründet worden und soll auch eine Diözesanbibliothek entstehen.

Havels Heimkehr

Als Diskussionsbasis bringen wir hier jenen Artikel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der so viele Reaktionen unter den Landsleuten ausgelöst hat, für jene, die den ursprünglichen Beitrag nicht gelesen haben. Er stammt aus der Feder des angesehenen Prager F.A.Z.-Korrespondenten Berthold Kohler und wurde am 20. Februar in der F.A.Z. unter dem Titel "Havels Heimkehr" (Der tschechische Präsident versöhnt sich mit seinem Volk) publiziert. Hier der Beitrag:

Als der Präsident zu Orgelklängen aus der Aula des Prager Karolinums auszog, hörte mancher der im Spalier Stehenden schon die Pfingstglocken läuten. Jedes Jahr zu Pfingsten findet in Bayern nämlich das Jahrestreffen der Sudetendeutschen statt, und die sind von Havels Rede zum deutsch-tschechischen Verhältnis im doppelten Sinne betroffen. Den "Versöhnern" unter den Vertriebenen galt der Präsident bisher als eine Art einsamer Hoffnungsträger, hatte er sich doch schon vor fünf Jahren mutig gegen die öffentliche Meinung in seinem Land gestemmt und kritische Worte zur Vertreibung der Deutschen gefunden.

Mit seiner jüngsten Grundsatzrede in der Karlsuniversität zog sich Havel jedoch weit hinter seine früheren Positionen zurück. Die gemäßigten Vertriebenen, die auf Havel gesetzt hatten, stehen jetzt ratlos und verloren da. Jene, die dem Frieden schon immer mißtrauten, haben dagegen neue Munition erhalten. "Mit dieser Rede wurde auch gleich die Dramaturgie des nächsten Sudetendeutschen Tages geschrieben", befürchtete ein enttäuschter Deutscher in Prag, der lieber einen anderen Gang der Dinge gesehen hätte.

Havels mit großer Spannung erwartete Rede über das historisch schwer belastete Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen geriet zu einem Versöhnungsakt besonderer Art. Es versöhnte sich ein Präsident mit seinem Volk, das bis heute nicht verstanden hat, warum sein Staatsoberhaupt ausgerechnet in einer hochgradig emotionalisierten Frage, über die nahezu völlige Übereinstimmung im

Lande herrscht, eine andere, unbequeme Meinung haben mußte. Zwar hatte auch Havel nie den ersten Glaubenssatz der Tschechen in Frage gestellt, wonach die Vertreibung von rund drei Millionen Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg unvermeidlich war und vor allem unumkehrbar ist. Dem Geschmack der Mehrheit des Volkes und der politischen Elite nach hatte Havel bisher jedoch zu sehr an dem Mythos gerüttelt, der die Tschechen ausschließlich als das Opfer der Wirren und Greuel dieses Jahrhunderts und die Sudetendeutschen hauptsächlich als (Mit-)Täter darstellt.

Mit seiner jüngsten Rede begab sich Havel, trotz vieler Differenzierungen in Nebensätzen, in den Schoß des Volksglaubens zurück. Das Medium dazu waren fast apodiktisch vorgetragene (obwohl keineswegs unumstrittene) historische Wertungen, wonach die Sudetendeutschen letztendlich selbst schuld an ihrer "Aussiedlung" gewesen seien. Havels Aufruf zur Erforschung der Wahrheit und zur Beendigung aller Aufrechnungen geriet zu einer letztinstanzlichen historischen Abrechnung. Die sonst oft bekräftigte Gegnerschaft des Präsidenten zu allen Kollektivschuldthesen schien dabei nur noch schwach durch. Die Nähe zu den überlieferten Überzeugungen der Nation war dagegen so groß wie nie zuvor.

Das brachte dem Präsidenten sogar den öffentlichen Beifall seiner ärgsten Gegner, der Kommunisten, ein. "So hätte der Präsident schon viel früher sprechen sollen, dann wären viele Fehler in der Außenpolitik vermieden worden", äußerte der Vorsitzende des "Linken Blocks", Ortmann. Einer der Scharfmacher der Nation, ein Redakteur des ehemaligen KP-Organs "Rudé právo", hausierte auf dem Empfang nach der Rede mit der triumphierenden Bemerkung, endlich habe der Präsident das gesagt, was "Rudé právo" schon seit fünf Jahren schreibe. Das war zwar blattüblich übertrieben, diesmal im Kern aber nicht falsch.

Ursachen für die Rückkehr Havels in die einheitliche tschechische Frontliniegibt es viele. Zum einen offenbaren auch andere Äußerungen und Taten des Präsidenten, daß er nicht länger in der Kälte und Isolierung ausharren will, in die er durch einige, der Regierung und dem Volk nicht genehme Positionen geraten war (siehe etwa den Rechtsstreit um den Prager Dom zu Sankt Veit). Über die freundlichen Bemerkungen des Ministerpräsidenten Klaus, der die Rede natürlich vorher vorgelegt bekommen hatte, freute man sich auf der Burg besonders; in Prag kann sich niemand mehr so recht daran erinnern, wann Klaus das letzte Mal solches Lob für Havel übrig hatte.

Eine weitere Triebkraft der Rede war die spürbare Enttäuschung des Präsidenten über die beidseitigen Fehler und Versäumnisse, welche die Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses seit dem Fall des Kommunismus nachhaltig behindert haben. Havel ärgerte sich zuletzt vernehmlich darüber, daß seine (innenpolitisch hoch belastenden) Äußerungen und Initiativen zur Verbesserung der Beziehungen mehrheitlich ohne Antwort aus Deutschland geblieben sind. In Prag herrscht allgemein das Empfinden, Bonn bringe trotz entgegenlautender Bekundungen kein großes Interesse für den tschechischen Nachbarn auf. Die Linke machte dafür die "Nachgiebigkeit" der tschechischen Seite und vor allem die angebliche "Servilität" des Präsidenten gegenüber den Deutschen verantwortlich.

Empörung baute sich zuletzt vor allem über die immer noch nicht erfolgte Entschädigung der tschechischen Nazi-Opfer und über Bundeskanzler Kohl auf, der diese Angelegenheit zur "Chef-Sache" erklärt hat. In der Reihe sechs großer deutscher Europäer, die Havel in seiner Rede inmitten eines regelrechten Glaubensbekenntnisses an das "demokratische Deutschland" anführte, fehlt der Name Kohl. Schließlich war die Rede auch eine Abrechnung mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die aus tschechischer Sicht auf jedes Entgegenkommen Havels hauptsächlich mit neuen Mahnungen und Forderungskatalogen reagiert hatte.

Mit der kategorischen Ablehnung aller sudetendeutschen Anliegen spielt Havel freilich jenen Kräften bei den Vertriebenen in die Hände, die immer schon am guten Willen der Tschechen gezweifelt hatten. Es ist fast tragisch, daß Havel mit seiner Rede vor allem die Position jener Sudetendeutschen schwächt, deren mühsame Versöhnungsarbeit er selbst immer wieder gewürdigt hat und die bisher der Hauptmotor des deutsch-tschechischen Dialogs waren. Ohne Not gab Havel im Karolinum auch jene nur mühsam instschechische Bewußtsein eingesickerte Erkenntnis auf, daß nicht alle Vertriebenen über einen Kamm zu scheren seien.

Havels Rede kreiste stattdessen um einen anderen Gegensatz, dem zwischen der "offenen Gesellschaft freier Bürger" und ihren "Feinden", die sich dumpfen "Stammesgefühlen" hingäben und sich unter "kollektivistischen Bannern" scharten. Das Nachbarland Bayern, das die Sudetendeutschen nach dem Krieg als "vierten Stamm" aufgenommen hatte, war, anders als Sachsen, nicht offiziell zur Rede Havels eingeladen worden.

Den ersten Reaktionen nach ist die tschechische Nation ausgesprochen zufrieden mit dieser Rede, die Havel übrigens in einer "entschärften" Version gehalten hat. Endlich sei die tschechische Position einheitlich und verbindlich formuliert worden, heißt es. Jetzt bleibe den Deutschen gar nichts anderes mehr übrig, als zu reagieren. Diese Erwartung bezieht sich vor allem auf die Entschädigung für die Nazi-Opfer. Bisher war allerdings angenommen worden, Prag würde einen entsprechenden Bonner Akt eines Tages durch eine "Geste des guten Willens" für die Sudetendeutschen würdigen. Welcher Raum für eine solche Geste nach der Zementierung der tschechischen Positionen durch Havel noch bleiben soll, ist aber unklar. In den stürmischen Beifall in der Prager Karlsuniversität mischte sich daher auch die eine oder andere dünne tschechische Stimme, die befürchtet, daß Havels Aufruf zum Dialog und zur Kooperation (ohne einen konkreten Vorschlag) zum Gegenteil führen werde: zur Verhärtung der Positionen auf beiden Seiten und zur Vertagung der deutsch-tschechischen Versöhnung auf unbestimmte Zeit. Die vergangenen fünf Jahre haben schon bewiesen, daß Deutsche und Tschechen anscheinend Wichtigeres zu erledigen haben.

Applaus für Havel-Rede

Als "beste Rede des Präsidenten" bezeichnete Tschechiens Ministerpräsident Václav Klaus die Rede von Staatspräsident Václav Havel, in der dieser die Ansprüche der Sudetendeutschen klar zurückgewiesen hatte. Der konservative Regierungschef, der bisher in der Regel härtere Positionen als Havel zu den Forderungen der Sudetendeutschen eingenommen hatte, erklärte, er sei über die Rede Havels froh. "Die Rede war meiner Meinung nach vielleicht die beste der Reden des Herrn Präsidenten in der ganzen Zeit nach der Wende 1989", sagte er in einem Interview des tschechischen Fernsehens. Er sei überzeugt, daß die Rede ihre mittelund langfristige Rolle spielen werde. Er habe sie gründlich studiert und schon im voraus diskutiert. "Einfach gesagt, ich stimme ihr zu", betonte der Premier.

Havels Rede und die Versäumnisse

Im Streit zwischen Tschechen und Sudetendeutschen um die Deutschen-Austreibung und die Folgerung liegen die schwachen Stellen beider Seiten zutage. Aber noch nie sind sie so klar aufgereiht erschienen wie in der Rede über das tschechisch-deutsche Verhältnis, welche Staatspräsident Havel unlängst an der Prager Universität gehalten hat.

Havel hatte ganz am Anfang seiner Präsidentschaft die Entfernung der Deutschen aus seinem Land moralisch mißbilligt, es aber vermieden, die Prager Staats-Entscheidungen, auf denen der Vorgang beruhte, ausdrücklich als widerrechtlich

zu bezeichnen. In Deutschland herrscht Einigkeit darüber, daß die Vertreibung Unrecht war. Nicht erst heute gilt im Rechtsdenken der zivilisierten Welt die Deportation von Völkern und Volksgruppen als nicht hinnehmbar. Offensichtlich ist es eine Entgegnung darauf, daß Havel von der "Kontinuität der Rechtsordnung" seines Staates spricht, von "legitim durch das Parlament angenommenen Rechtsakten". Aber ist etwas schon deshalb rechtmäßig, weil es Inhalt eines Gesetzes oder Dekretes wurde? Was der tschechische Präsident hier sagt, hört sich so an als komme die Tschechoslowakei der Nachkriegsjahre als Urheber gesetzesförmigen Unrechts nicht in Betracht.

Möglicherweise wollte er diese anfechtbare Position stützen mit seinem Hinweis auf die "Grundlage der Nachkriegsordnung Europas", die nicht in Frage gestellt werden dürfe. Da ist Vorsicht geboten. Zu jener Nachkriegsordnung gehörte die Sowjetherrschaft über einen großen Teil Europas, die ständig in Frage zu stellen die Pflicht der freien Welt war. Vielleicht meint Havel nur die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Aber konnten nicht auch die Goßmächte, darunter die Sowjetunion, damals Unrecht beschließen?

Der tschechische Präsident hält der früheren deutschen Minderheit in seinem Land vor, ein großer Teil von ihr habe sich für Hitlers Nationalsozialismus entschieden; die "Nachkriegsaussiedlung" lasse sich nicht aus dem Zusammenhang mit diesem fatalen Versagen lösen. Hier macht Havel auf eine gravierende Fehlhaltung eines – schrumpfenden – Teils der Sudetendeutschen aufmerksam. Mit ungetrübtem Gewissen stellen sie es so hin, als sei 1945 aus völlig heiterem böhmischem Himmel die Vertreibung über sie gekommen. Da fehlt etwas. Das

"Ja" für Hitler im Herbst 1938 war ein furchtbarer Irrtum. Es ist unmoralisch, die Leiden des tschechischen Volkes unter der deutschen NS-Gewaltherrschaft zu ignorieren, zu verkleinern; die Vertreibung vieler Tschechen aus den Sudetengebieten im Herbst 1938 zu leugnen. Daran können auch zutreffende Hinweise auf die ungerechte Behandlung der Deutschen in der ersten Tschechoslowakei nichts ändern.

Doch wer auf der tschechischen Seite diese Verfehlung der Sudetendeutschen als einen Fall einzigartiger, unverzeihlicher Schuld ansieht, welche die schwerste Strafe, Kollektiv-Deportation, rechtfertige, der möge auch in die Zeitgeschichte seines eigenen Volkes schauen. Im Mai 1946 wählten vier von zehn Tschechen aus freien Stücken die Kommunisten, die Beauftragten des Mörderstaates Sowjetunion. Diese Kommunisten hatten wahrscheinlich die Mehrheit der tschechischen Arbeiterschaft und einen großen Teil der tschechischen Intelligenz hinter sich, als sie im Februar 1948 die - schon eingeschränkte - Demokratie zerschlugen. Das waren entsetzliche, folgenschwere Irrtümer. Aber was sollte die Konsequenz sein? Hätte der vom Kommunismus befreite Prager Staat 1990 die tschechische Arbeiterklasse kollektiv deportieren müssen? In Prag hat man gegenüber den Mittätern und Mitläufern vom Mai 1946 und vom Februar 1948 an eine - wie immer geartete - Sühne nie gedacht. Den vertriebenen Sudetendeutschen hingegen verweigert man das Eingeständnis, daß ihre Kollektiv-Deportation ein Unrecht

Havel spricht sich dafür aus, daß die Zeit der Entschuldigungen zu Ende gehe. Tatsächlich, einmal muß sie vorbei sein. Doch wer hat bisher in Prag außer Präsident Havel und der Katholischen Bischofskonferenz die Deutschen-Vertreibung verurteilt? Da kann man nicht gut sagen, es sei nun genug des Bedauerns.

Vehement wendet sich Präsident Havel gegen materielle Ansprüche Sudetendeutscher. Vielleicht hätte der tschechische Staat hier zu einer symbolischen Geste finden können. Mehr zu wollen war aber von Anfang an verfehlt. Den alten Eigentumsrechten der Sudetendeutschen steht der Faktor Zeit entgegen, der neue Rechte von Tschechen entstehen ließ. Und von Beginn an war die Aussichtslosigkeit aller Entschädigungsansprüche gegen den tschechischen Staat zu erkennen. Mit dem ganzen Eigentumsstreit ist nichts erreicht worden als Verhärtung auf beiden Seiten. Mancher Tscheche, der vielleicht bereit gewesen wäre, die Vertreibung fragwürdig zu nennen, hielt sich damit zurück, weil er fürchtete, materielle Ansprüche von sudetendeutscher Seite zu fördern. Ein Rückkehrrecht (ohne Rückerstattung) für die Vertriebenen geltend zu machen war schon eher diskutabel, aber gleichfalls verkehrt. Noch lange wird die tschechische Nation nicht bereit sein, mit zurückgekehrten Sudetendeutschen und deren Nachkommen in den Dörfern und Städten gedeihlich zusammenzuleben. Warum etwas verlangen, für das alle Voraussetzungen fehlen?

Die Rede Präsident Havels hat in seinem Land fast nur Zustimmung gefunden, in Deutschland viel Enttäuschung hervorgerufen. Man macht das Beste aus ihr – auch wenn der Präsident es nicht so gemeint hat –, wenn man ihr entnimmt, was Tschechen und Deutsche einander bis heute schuldig geblieben sind.

Von Johann Georg Reißmüller in F.A.Z.

"Havels Heimkehr"

Zu dem Beitrag in der F.A.Z. vom 20. Februar: "Berthold Kohler hat die bedenkliche Position des tschechischen Staatspräsidenten sehr gut beleuchtet. Der Zustimmung der Kommunisten zu Havels Rede kann man nur noch die Meldung gegenüberstellen zur Verhaftung von Georg Wonka (F.A.Z. v. 17. 2.), dessen Bruder Paul Wonka, bereits an den Rollstuhl gefesselt, 1988 als Dissident verurteilt, im Gefängnis mißhandelt, ums Leben kam. Georg Wonka, der die Umstände dazu aufklären will, war vor seiner Verhaftung bereits amtlich aufgefordert worden, sich in eine psychiatrische Klinik zur stationären "Untersuchung" zu begeben. Wo hatten wir diese Vorgänge noch vor kurzem? ,Havels Heimkehr' erschließt sich erst voll und ganz beim Studium der ungekürzten Rede. Vielleicht ist die F.A.Z. dazu bereit. Mit seinem Bekenntnis zur Tschechoslowakei von 1918 scheint Havel die für 54 Männer, Frauen und Kinder am 4. März 1919 tödlichen Schüsse aus tschechischen Gewehren vergessen zu haben (,Darüber, wer als erster den Geist aus der Flasche des wirklich nationalen Hasses losgelassen hatte, kann kein Zweifel sein?'). Havels Auffassung zu "München", dem bekanntlich die Vereinbarung einer Gebietsabtretung zwischen Großbritannien und Frankreich mit der CSR am 19./21. 9. 1938 vorausgegangen war, wirft eine hypothetische Frage auf: Wäre es angesichts eines sozialdemokratischen Reichskanzlers in Berlin erlaubt gewesen, eine selbstbestimmungsrechtsgemäße Loslösung der Sudetendeutschen von der CSR notfalls mit Panzern und Kanonen zu ersticken? Kroaten und Slowenen werden diese Frage aus leidvoller Erfahrung verstehen! Völlig undiskutabel ist Havels Versuch, das singuläre Verbrechen des ,Völkermordes' (Prof. Ermacora, Wien) an 241.000 Sudetendeutschen in kausale Zusammenhänge zu bringen. Die lebenden Menschenfackeln von Prag, die von der Aussiger Elbebrücke gestürzten Frauen und Kinder, Tausende von Opfer des Brünner Todesmarsches, werden das tschechische Volk bei dieser Haltung noch in Jahrzehnten verfolgen. Auf dem Wege der Tschechischen Republik in die Europäische Gemeinschaft scheinen sich noch völker- und menschenrechtliche Felsbrocken zu türmen.

Roland Schnürch, Düsseldorf, Mitglied des Sudetendeutschen Rates

Havel mit der gleichen Sprache wie Beneš

Zum Bericht "Havel: Die Vergangenheit darf nicht zum Programm werden" (F.A.Z. vom 18. Februar): In der Rede des tschechischen Präsidenten wären sehr viele Stellen kritisch zu hinterfragen. Er moniert "ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität" und spielt dabei auf die Ereignisse von 1938 an. Dabei benützt er zunehmend die gleiche Sprache wie einer seiner Vorgänger im Amt, nämlich Dr. Edvard Beneš. Zu dieser Sprache gehört unter anderem auch, daß historische Abschnitte, gute oder böse, nach eigener Zielvorstellung und eigenem Belieben nach zeitlichem Anfang beziehungsweise Ende ziemlich willkürlich und unbegründbar terminiert werden und daß dabei Akzente, Ursachen und Auswirkungen ebenso beliebig behandelt werden. So verwundert es dann auch niemanden mehr, daß in einer solchen Diktion nach Havel die Problematik der ersten Tschechoslowakischen Republik angeblich erst mit dem Datum von 1938 beginnt.

Eine derartige Manipulation ermöglicht nämlich einerseits, alle vorausgegangenen und für die eigene Seite unangenehmen Fakten auszuklammern oder gar zu eliminieren. Andererseits wird damit gleichzeitig auch die Möglichkeit geschaften, an derart präparierten Daten auch noch andere "nützliche" Dinge aufzuhängen, die damit eigentlich gar nichts zu tun haben. So spricht Havel, um nur auf ein Beispiel zu verweisen, davon, daß sich

Tribüne der Meinungen

die Tschechen vom ethnischen Virus hätten anstecken lassen. Damit versucht er für jedermann erkennbar die Frage zu umgehen, wie sich die Tschechische Republik den Eintritt in die Europäische Union unter Beibehaltung der sogenannten Beneš-Dekrete, also des Amnestiegesetzes aus dem Jahre 1946, vorstellt. Dieses Gesetz gilt in der Tschechischen Republik heute noch und wird von Havel unmißverständlich bestätigt. Es rechtfertigt ausdrücklich die Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die 1945/46 von den Tschechen an Millionen Deutsch-Böhmen begangen worden sind, erklärt sie für notwendig, stellt sie außer Strafverfolgung und legalisiert sie. Auf diese Weise wird aber auch die Frage verdrängt, wie es dazu kommen konnte, daß bereits vor 1945 das tschechische Volk von der damaligen tschechischen Exilregierung unter Beneš von London aus expressis verbis, teilweise in Rundfunkaufrufen, wiederholt dazu aufgefordert wurde, diese Verbrechen an Deutschen zu begehen. Wo bleiben da Glaubwürdigkeit und Integrität?

Die Tschechen haben natürlich manchen Grund, die Geschichte erst 1938 beginnen zu lassen. Tatsache demgegenüber ist nämlich, daß 1918/19 die deutsche Bevölkerung von Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien gegen ihren Willen und entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in die erste Tschechoslowakische Republik mit Gewalt hineingepreßt wurde. Bereits vor Unterzeichnung des Friedensvertrages besetzte schon tschechisches Militär die Wohngebiete der Deutschen in Böhmen und Mähren. Alle damaligen demokratischen Parteien in Deutsch-Böhmen hatten deshalb zum Generalstreik aufgerufen, und in nahezu allen deutsch-böhmischen Städten begann die Bevölkerung friedlich und unbewaffnet zu demonstrieren. Das tschechische Militär eröffnete am 4. März 1919 in mehreren Städten Deutsch-Böhmens das Feuer und schoß in die friedlich demonstrierende Menge. 54 tote und 104 verwundete Sudetendeutsche, Männer und Frauen, Kinder und Erwachsene, sind die traurige Bilanz dieses Tages, an dem der böse Geist des Nationalhasses erstmals aus der Flasche gelassen worden ist. Diese Fakten müßte Havel eigentlich kennen.

Dr. Franz Zieris, München, in F.A.Z.

Bayerisches Kabinett zur Havel-Rede

Als im Inhalt enttäuschend und nicht zukunftsgerichtet bezeichnete die Bayerische Staatsregierung die Rede des tschechischen Staatspräsidenten Havel vom 22. Februar 1995. Maßgeblich für das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen müssen nach Auffassung der Staatsregierung Präsident Havels Äußerungen vom Dezember 1989 bleiben, in denen er die Vertreibung der Sudetendeutschen als eine "zutiefst unmoralische Tat" bezeichnet hatte.

Die Staatsregierung tritt für eine umfassende und die Verantwortung beider Seiten einschließende Aufarbeitung der Vergangenheit ein. Wenn aber jetzt einseitig das angeblich "fatale Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität" in den Mittelpunkt gerückt wird und damit der früher erhobene Kollektivschuldvorwurf erneut aufscheint, ist das kein Beitrag zur Verständigung. Solche Äußerungen widersprechen der geschichtlichen Wahrheit und werden deshalb von der Staatsregierung zurückgewiesen.

Einseitige und pauschale Schuldzuweisungen verkennen, daß den Sudetendeutschen in der ersten Tschechoslowakischen Republik ihre Rechte als Volksgruppe verweigert wurden.

Als unhaltbar bezeichnet die Staatsregierung auch die Ablehnung jeglicher Wiedergutmachung – auch der moralischen – für deutsche Opfer tschechischer Unrechtstaten. Wenn für deutsches Unrecht Ersatz gefordert wird, sollte dies für tschechisches Unrecht nicht einfach verweigert werden.

Dieses Denken sollte überwunden werden, damit der Weg zur Aussöhnung, den die Bayerische Staatsregierung und vor allem auch die Sudetendeutschen gehen wollen, nicht behindert wird.

Die Bayerische Staatsregierung werde weiterhin auf eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen hinwirken, die für ein gutes Zusammenleben in Europa notwendig ist.

Für neuen Dialog

Nach der Rede von Staatspräsident Václav Havel über die zukünftigen deutsch-tschechischen Beziehungen ist nach Ansicht von CSU-Generalsekretär Bernd Protzner die Aufnahme eines intensiven deutsch-tschechischen Dialogs notwendiger denn je. Die hoch anerkennenswerten Äußerungen über das Unrecht der

Vertreibung, die von Václav Havel in der Vergangenheit zu hören waren, hätten leider wenig Widerhall in der operativen tschechischen Politik gefunden. Somit sollte auch jetzt, nach der enttäuschenden Rede Havels an der Karlsuniversität, deren politische Reichweite nicht überschätzt werden, so Protzner. Die CSU werde auch in den kommenden Monaten darauf drängen, sichtbare Fortschritte bei den bekannten Problemen zu erzielen. Zu diesen offenen Fragen gehöre auch, daß die Enteignungs- und Amnestiedekrete von Beneš aus den Jahren nach 1945 als Unrecht anerkannt würden. In der Europäischen Union könne nur Mitglied werden, wer eine Rechtsordnung habe, die Diskriminierungen ausschließe. Insofern dürfe sich die Tschechische Republik nicht in die Kontinuität des Unrechts stellen, erklärte der CSU-Generalsekretär weiter. Der in der tschechischen Tagespolitik versandete Versuch, einen Dialog zwischen tschechischen Politikern und den Sudetendeutschen zu beginnen, müsse dringend wieder fortgesetzt werden. Es wäre ein großer Verdienst, so Protzner, würde Václav Havel hierzu bald Anstöße geben. (DOD)

Wenn Pfingstglocken für Vertriebene läuten

Berthold Kohler ist zu danken für die ausgezeichnete Wertung "Havels Heimkehr" (F.A.Z. vom 20. Februar), eines über 21 Seiten umfassenden Redetextes des Staatspräsidenten Havel vom 19. Februar 1995, im Festsaal der Karlsuniversität in Prag. Gleich zu Beginn formuliert er darin das Bild "Man hört schon die Pfingstglocken läuten" und meint damit die Jahrestreffen der Sudetendeutschen an Pfingsten. Das ist richtig, denn die Pfingstglocken werden wieder läuten, denn jedes sudetendeutsche Treffen beginnt mit großen Gottesdiensten. In diesen Gottesdiensten wird deutlich, wo denn die Ebenen sind für Verständigung und Versöhnung: im Blick auf die Ebene des christlichen Glaubens. Dementsprechen auch die Predigten, beispielsweise war 1985 die Rede vom Mut zum Überleben, zum Verzeihen und zum Annehmen des Geschicks; 1988 ging es um die Antwort auf die tschechische Frage: "Wer seid Ihr Sudetendeutschen?", und die biblische Antwort lautete: "Ich bin Josef, Euer Bruder."

Die Pfingstglocken werden auch 1995 läuten, denn Pfingsten ist immer ein Fest der Sammlung und der Versöhnung. Pfingsten hat zu tun mit der Überwindung der babylonischen Sprachenverwirrung. Pfingsten hat immer zu tun mit dem Geist Gottes, der Wahrheit, Gerechtigkeit und Friede gibt, und darum geht es auch in der konkreten Wirklichkeit. In den Pfingstglocken schwingen in ihren Obertönen auch der Klang von Menschenrechten und so auch das Recht auf die Heimat mit. Manche empfinden dann diese Obertöne als störenden Lärm und möchten ihn nicht hören. Aber kann man Menschen, die sich zum Gottesdienst versammeln, die sagen: Ich bin Josef, Euer Bruder, trauen? Welche anderen Formen sollen sie denn sonst wählen, als Gott anzurufen, der von der Tatsache weiß, daß wir alle Sünder sind, der weiß um Schuld, Sühne, Erkenntnis und Bekenntnis der Schuld, von ihrer Möglichkeit der Wiedergutmachung. Was sollen solche Menschen anderes tun? Sie tun es nicht nur im Gottesdienst, sondern sie geben auch sichtbare Zei-

Schon in der Zeit des Kommunismus haben die vertriebenen Sudetendeutschen für die verfolgte Kirche ihrer Heimat gesorgt, nach der Wende haben sie Gemeinden geholfen, Kirchen aufgebaut und Glocken gespendet (im vergangenen Jahr habe ich in Anwesenheit des Erzbischofs von Olmütz selbst Glocken in meiner Heimatstadt geweiht), das ist das Pfingstläuten. Das werden die Pfingstglocken 1995 wieder läuten. Sie werden allerdings nicht Laut geben zu einer Sichtweise, wie sie Staatspräsident Havel zum Ausdruck gebracht hat. Im Gegenteil. Sie werden aber einladen müssen zu ausein-

andersetzendem Dialog über diese Fragen, wie es der Staatspräsident in seiner Rede "Tschechen und Deutsche auf dem Weg zu guter Nachbarschaft" erwartet.

Die Pfingstglocken laden auch ein, zu bedenken, was die politische Vertretung der Betroffenen sagt. Dankbar anerkennen muß man, daß es so eine Vertretung gibt, durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft und den Freistaat Bayern, der die Sudetendeutschen als vierten Stamm angenommen hat. Dabei geht es um Politik, um die Kunst des Möglichen, um verschiedene Wege, die zu gehen sind. Alle Wege müssen eingebunden sein in den Tschechen und Deutschen gemeinsamen europäischen Beurteilungsrahmen. Und das heißt konkret: Das Vertreibungsverbot, das im vierten Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention angesprochen wird; die Achtung des Eigentums, wenn Enteignung, dann "angemessene Entschädigung" (Artikel 1 des Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention) oder Verbot der Konfiskation, das die Restitution des Eigentums, wenn diese unter besonderer Völkerrechtswidrigkeit geschehen ist, verlangt. Das sind Grundsätze europäischen Erbes, zu dem sich Deutschland bekennt und dem die Tschechische Repulik zugehören will. Das wird zu Pfingsten "an die große Glocke gehängt", und das ist richtig so. Dabei muß man voller Erwartung sein, ob die Bundesregierung weiterhin in der Rolle des Johannes von Nepomuk bleibt und schweigt. Es gibt eine Zeil des Schweigens, das zeigt der Nepomuk, es gibt aber auch eine Zeit des Redens und die ist jetzt gefordert. Der Staatspräsident Havel erwartet ja den Dialog, den muß man jetzt auch auf politischer Ebene aufnehmen. Präsident Havel hat recht: Es soll keine Aufrechnungen geben. Die Sachverhalte sind für sich zu beurteilen, zum Beispiel die Theorie und Praxis, der Minderheitenrechte in der tschechischen Demokratie; das Münchener Abkommen; das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren; die Vertreibung. Alles einzelne Sachverhalte, die in geschichtlichem Kontext stehen, aber nicht gegeneinander verrechnet werden können.

Der Sachverhalt der Vertreibung muß benannt werden dürfen, ohne als Störenfried oder gar Revanchist ausgegrenzt zu werden. Verschweigen dient weder der Wahrheit noch der Versöhnung. Dies sieht wohl auch Präsident Havel so, denn das Schlußwort seiner Rede lautet: "Ich glaube an die Macht der Wahrheit und des guten Willens als Hauptquellen unseres gegenseitigen Verständnisses." Wer will sich dem nicht anschließen?

Weihbischof Gerhard Pieschl, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge, Limburg, in F.A.Z.

Das Verhältnis

Das Schicksal kleiner Völker zwischen großen und mächtigen Nachbarn ist im Machtgefüge der Staaten eines der schwersten und unglücklichsten. Drohen

Von Dr. Harald Kindl, Paderborn

sie doch von jeher zwischen ihnen zerrieben oder von ihnen aufgesaugt zu werden. Man sehe sich bloß auf der Landkarte von 1938, die der Sprachenkarte und damit wohl unbestreitbar dem Selbstbestimmungsrecht entsprechend die Lage der "Rest-Tschechei" (ohne Slowakei) an. Sie gleicht der Beute im Rachen eines Ungeheuers. Die geopolitische - wenn man nicht sagen will die strategische -Lage ist das Schicksal der Tschechen. Das ist ein ganz wesentliches Moment der Verunsicherung im tschechischen Selbstverständnis. Die Angst und die Furcht "verschluckt" zu werden, bestimmt tschechischerseits gesehen, das Verhältnis zu Deutschland, eben ganz gleich, was da für eine Regierung an der Macht ist. Das war und ist allen tschechischen Staatsmännern von Masaryk, über Beneš bis Havel klar. Nur haben sie trotz dieser Erkenntnis falsch reagiert. Anstatt weise und bedachtsam provozierend und aggressiv. Seit Aufkommen der nationalen Idee stellten sie sich offen auf die Seite der Feinde Deutschlands bzw Österreich-Ungarns anstatt, wie bisher, in fruchtbarer Gemeinsamkeit die wohl nicht immer leichten Aufgaben zu lösen. Auf der anderen Seite wurde ein tschechischer Staat im Bündnis mit den Feinden Deutschlands (1938 der Sowjetunion) als gefährlicher "Dorn im Fleische" empfunden (man sprach vom sowjetischen Flugzeugträger im Herzen Europas!). Das schuf und schafft auch noch heute unterschwellige Emotionen, die nicht einfach wegzublasen sind. Man versetze sich in die Lage von Havel und man wird begreifen, daß selbst ein so kluger Mann wie er versucht ist, diese eingebildete "Bedrohung" auszugleichen und das in seinen Augen bestehende "Mißverhältnis" durch "Überkompensation" wettzumachen.

Dabei geht bei ihm aber jedes Empfinden und Gefühl – obwohl er soviel vom Recht spricht – vom obersten Grundsatz dieser Disziplin, vom Gleichberechtigungsgrundsatz, verloren. Mit aller Anstrengung versucht er, die in seinen Augen 1945 erreichte "gerechte" Angleichung tschechischer Interessen, die doch nichts anderes als ein gemeiner Raub war, zur Beseitigung dieser Furcht und Bedrohung zu verteidigen und als "recht" hinzustellen.

Wie Pavel Kohout nimmt er die Geburtslüge des tschechischen Staates, diese Erbsünde im deutsch-tschechischen Verhältnis, nicht wahr. Was den Tschechen recht war im Kampf gegen den – wie sie sich ausdrückten – "Völkerkerker" der k.u.k. Monarchie, das "Selbstbestimmungsrecht", mußte den Sudetendeutschen billig sein. Und genau das wurde ihnen eben tschechischerseits abgesprochen, nein, mit Gewalt verhindert. Es geht nicht um die Anzahl der sogenannten "Märztoten von 1919" (so schlimm es für jeden Angehörigen ist), es geht um die Verletzung des Prinzips!

Und hier ist es, wo sich Havel in der Rechtfertigung seiner Überkompensation bis zur Unwahrheit verleiten läßt, wenn er den Satz aufstellt, den "Ungeist von nationalen Haß und Gewalt" hätte zuerst die deutsche Seite "aus der Flasche gelassen". Das trifft auch für einen Fall zu - um gleich ein ganz heißes Eisen anzupacken - das man uns als Nachweis von Gewalt und Unrecht als Paradebeispiel immer vorhält: die sogenannten "Morde von Lidice". Daß dem ein ganz unnötiger provozierender und heimtückischer Mord, das Attentat auf Heydrich, dem Reichsprotektor, vorausging, kann doch nicht klarer aufzeigen, wer hier welchen Geist zuerst aus der Flasche ließ: Herr Beneš mit seinen Agenten vom sicheren Hort des Londoner Exils, von wo er und seine Helfer offen im Rundfunk und Briefen zum "Genozid" aufriefen: "...daß möglichst viele... in den ersten Tagen der Revolution erschlagen werden", "Wenn unser Tag kommt, wird unsere ganze Nation dem

Tribüne der Meinungen

alten Kriegsruf der Hussiten folgen: "Schlagt sie, tötet sie, laßt niemand am Leben'!" (Habel "P., S. 276 und 251). Das hat selbst Hitler den Tschechen nicht angetan, er forderte weder die Vertreibung der Tschechen, noch rief er auf zu einem Genozid an ihnen. Es ging vielen Tschechen 1939 bis 1945 besser als mancher deutschen Familie.

Diese tschechische Politik ist nicht nur ein böser Verstoß gegen die Menschenrechte, auf die sich Havel so lautstark beruft, also schweres Unrecht. Das ist vor allem unklug und kann zu keinem tragbaren Verhältnis zwischen beiden Völkern führen! Was nützen da alle Beteuerungen, ein Beschwören der Vergangenheit und selbst sogar der gute Wille, den ich Havel gar nicht abstreiten will, daß man dahin kommen möge. Auf diese Weise geht das nicht.

Er wird sich an die bestehende Hausordnung in Europa halten müssen und nicht den tschechischen Genozid als vorrangig und unkorrigierbar nach tschechischer Verfassung zu rechtfertigen suchen

Als letztes noch - man kann nicht alle Punkte und Widersprüche aufgreifen -Havel spricht langatmig vom Umbruch einer neuen Zeit und einer neuen Ordnung. Das hört sich immer ganz gut an und man möchte dem gerne zustimmen. Sieht man aber näher zu, so meint er damit die Festschreibung von Versailles/ St. Germain und Potsdam 1945. Davon rückt er kein Jota ab. In seinem aus Furcht geborenen engstirnigen kleinen Nationalismus, der als Wertmaßstab nur den chauvinistischen Vorteil des eigenen Volkes, ganz gleich, wie er erreicht oder errungen wird, kennt, lehnt er alle Revision begangenen Unrechts und verübter Verbrechen ab. Es ist bezeichnend, daß von einer Gewährung des "Rechts auf die Heimat" für die Sudetendeutschen, geschweige von deren Selbstbestimmungsrecht, mit keiner einzigen Silbe gespro-

Wir wollen den Tschechen nicht ein Gramm ihrer Rechte nehmen, ihre Furcht ist unbegründet. Wenn Recht und Gleichberechtigung aber noch einen Sinn haben sollen, dann dürfen uns die unseren auch nicht vorenthalten werden. Auf eine derartige einseitige "neue Ordnung" kann kein neues Europa aufgebaut werden. Worüber will er denn in einem Dialog reden, wenn nicht über die notwendige Beherzigung des nun zum zwingenden Recht gewordenen Selbstbestimmungsrechts für alle Völker? Er wird sich arrangieren müssen und nicht diktieren. So geht das nicht. Beim besten Willen. Die Rede Havels wurde auf der Führungstagung der Sudetendeutschen Lands mannschaft einmütig mit ausdrücklicher Zustimmung der sudetendeutschen Sozialdemokraten zurückgewiesen.

Abkehr vom ethnischen Prinzip

Mit seiner Rede in der Aula des Prager Karolinums am 17. Februar 1995 hat der tschechische Präsident Václav Havel den Bemühungen um eine rechtsbewußte Überwindung der Vertreibungsverbrechen und ihren Folgen, den Bemühungen um Tilgung der auch auf dem tschechischen Volk lastenden Schande zahlloser Unmenschlichkeiten schwer geschadet. Der wegen seiner fundierten Berichterstattung verdiente Berthold Kohler stellt mit Recht am 20. 2. 1995 in der F.A.Z. unter der Überschrift "Havels Heimkehr der tschechische Präsident versöhnt sich mit seinem Volk" fest, daß Havel mit dieser Rede den "Versöhnern unter den Vertriebenen" viele Hoffnungen zerstört hat. Diese Rede war bedauerlicherweise in der Tat eine Abkehr von den bisher auch von Havel scheinbar aufrichtig vertretenen ethischen Prinzipien! Er hat rhetorisch meisterhaft das unverjährbare Verbrechen der Vertreibung der Sudetendeutschen zu rechtfertigen versucht. Dialektisch geschickt hat er auf der einen Seite zur Erforschung der Wahrheit aufgerufen, selbst aber die geschichtlichen Tatsachen übergangen oder teilweise sogar verfälscht. Die bei dieser mühevollen Konstruktion aufgetretenen Widersprüche sind offensichtlich. Die Mitglieder des Witikobundes bedauern diese Fehlentwicklung. Sie werden trotz allem auch in Zukunft ihrerseits dem Leitgedanken Adalbert Stifters gemäß: "Recht und Sitte ist das Höchste der Welt", mit allen friedlichen Mitteln der Wahrheit und dem Recht dienend, für die Durchsetzung des Sittengesetzes als Grundlage dauerhaften Friedens in Freiheit wirken, denn ohne dem kann es die angestrebte Partnerschaft freier Völker nicht geben. Das sind die klaren Lehren der Geschichte! Die sittlichen Gebote aller Religionen fordern Sühne und Wiedergutmachung, das heißt aufrichtige und vertrauensbildende Überwindung allen Unrechts - so weit dies auch immer möglich ist. Der gemeinsame Wille in dieser Richtung muß ehrlich und verantwortungsvoll bewiesen werden.

Dr. med. Walter Staffa, Vorsitzender des Witikobundes

Zu einem Havel-Auftritt

Zu dem Beitrag "Die Kehrtwendung von Václav Havel", von Burkhard Bischof am 21. Februar in der "Presse": Sehr geehrter Herr Bischof, Ihrer sachlichen Einschätzung des Auftrittes von Václav Havel in der Karlsuniversität möchte ich zustimmen. Er hat der von ihm dauernd apostrophierten "Wahrheit" keinen guten Dienst erwiesen. Warum tritt eigentlich den laufenden Geschichtsklitterungen und unzulässigen Verkürzungen aus dem Nachbarland niemand entgegen, der etwas Geschichte gelernt hat? Der deutsch-tschechische Gegensatz entstand doch schon 1849 mit dem 1. Panslawistenkongreß in Prag, und leider haben sich die radikalen Chauvinisten, auch unter den Deutschnationalen, durchgesetzt und Europa durch die Anzettelung des Ersten Weltkrieges von panslawistischer Seite bleibend destabilisiert. "Lernen Sie Geschichte, Herr Havel!" Die Deutschen haben ihre Lektion längst gelernt und dem Nationalismus abgeschworen. Havel kann mit der Methode: "Haltet den Dieb!" nicht von der moralischen Schuld an dem blutrünstigsten Kapitel in der böhmischen Geschichte seit den Hussitenkriegen, nämlich der Vertreibung der Deutschen 1945, ablenken.

Solange dieses kleine Land nicht zu westlichen Moral- und Rechtsgrundsätzen durch Taten zurückkehrt, wird es keinen Platz in der EU haben. Auch die arrogante Überheblichkeit des Ministerpräsidenten, der sich aufgrund der einst geraubten und nunmehr versilberten ehemals deutschen Vermögenswerte als Musterschüler der Marktwirtschaft feiern läßt, aber zum Beispiel die im Menschenrecht begründeten Einwände der Nachbarn gegen die Gefährdung durch unzuverlässige Atomkraftwerke als Einmischung in seine Souveränität ansieht, paßt zu dieser uneuropäischen Haltung.

Reiner Elsinger, Perchtoldsdorf

Zu einem Leserbrief

Zu Herrn Bischofs treffendem Wort "Die Kehrtwendung des Václav Havel", von Burkhard Bischof in der "Presse" vom 21. Februar 1995 einige Zeilen, die sich mit der Säumigkeit der deutschen Politik in der Vertriebenenfrage und dem nationalistischen Extremismus der Tschechen befassen. Havels häßliche Lüge und seine Weigerung, guten Willen zu zeigen und wenigstens zu versuchen, das schwere Unrecht an den Sudetendeutschen gutzumachen (siehe Rede an der

Karlsuniversität), ist nicht zuletzt denjenigen zu verdanken, die die Befriedigung der Sudetenfrage in Prag suchen und dabei von dem gnadenlosen Raubsicherungswillen und dem bedingungslosen Fanatismus der Tschechen keine Ahnung haben. Die von gewissen Kreisen in Deutschland angestrebte Bequem- und Scheinlösung ("Null-Lösung") zu Lasten der Vertriebenen und Beraubten oder auch das nur geringste Zugeständnis wird an der Moldau bereits als nationale Katastrophe empfunden. Der tief verwurzelte Glaube an die tschechische "Wahrheit", die die Feder der Geschichtsfälscher und Legendenschreiber geformt hat, schließt den Kompromiß aus. Sind die Tschechen zwischen 1918 und 1938 zu keinerlei Einlenken gegenüber den Sudetendeutschen und ihren anderen Minderheiten bereit gewesen, was zum Ende der ČSR geführt hat, sind sie es heute ebenso nicht. Nur wenn die starre Haltung zu materiellen Einbußen führt und besonders, wenn der fremde Wohlstand lockt. gibt man sich nach außen anders. Es ist ein Volk ohne Mittelmaß. Unterwerfung (während der NS-Zeit brachte es der reiche Lohn mit sich, daß der Tscheche den Rüstungsarbeiter in Deutschland an Leistung übertraf) und nationalistischer Exzeß wechseln einander ab.

Alois Jahn, Wien

Ein heimtückischer Virus

Die Ansprache des Präsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel, "Die Tschechen und die Deutschen auf dem Weg zur guten Nachbarschaft", am 17. Februar in der Prager Karlsuniversität ist kontraproduktiv. Sie wird sicher das Verhältnis zu den Sudetendeutschen, egal wo diese heute leben, und zu ihren Vertretungen nicht verbessern, aber auch nicht zu jenen Regierungen, die diese vertreten und die an einer für alle Seiten tragbaren Lösung interessiert sind. Bereut heute Präsident Havel seine Worte bei den Salzburger Festspielen 1990, "Wer sich fürchtet, seiner eigenen Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, muß notwendigerweise auch das fürchten, was sein wird", und jene, als er die Vertreibungsverbrechen verurteilte? Ist er seinen damaligen Erkenntnissen und Überzeugungen untreu geworden? Es hat den Anschein. Den Applaus, sowohl der Altstalinisten, als auch des neokommunistischen Linksblocks und der Nationalisten aller Prägungen, hat er für das Vertrauen, das viele Menschen in ihn setzten, eingetauscht. Er hat sich mit einem gefährlichen Virus infiziert, dem Virus des Bösen, von Schuld und Bestrafung, den nicht die Tschechen ins Land gebracht hätten. Er negiert dabei, daß dieser Virus schon 1918 gewütet hat, als die Heimatgebiete der Sudetendeutschen gegen ihren erklärten Willen gewaltsam besetzt wurden, was ebenso wie am 4. März 1919 - die friedlichen Kundgebungen für einen Verbleib bei Österreich - zu über 120 Todesopfern führte. Diese österreichischen Gebiete wurden erst am 6. 9. 1919 im Diktatfrieden von St. Germain der damaligen Tschecho-slowakischen Republik international zuerkannt. Das simple Vereinfachen des tschechischen Präsidenten, gegen das er sich bisher ebenso gewehrt hat, wie gegen die Kollektivschuldthese, die er jetzt vertritt, geht so weit, daß er als Gesprächspartner bei der Lösung dieser mitteleuropäischen Frage nur die Bundesrepublkik Deutschland anspricht, dabei aber außer acht läßt, daß die Vertriebenen bzw. ihre Eltern Österreicher waren und heute zirka 160.000 davon in Österreich leben. Die Sudetendeutschen in Österreich protestieren gegen die Vereinfachungen Václav Havels, die nicht dazu geeignet sind, offene Fragen in einem für alle Beteiligten akzeptablen Klima zu klären. Seine populistischen Aussagen haben ihn innerpolitisch sicher gestärkt, in seiner bisherigen Position als wahrheits- und gerechtigkeitssuchender Intellektueller hat er sich damit jedoch disqualifiziert.

Sudetendeutscher Pressedienst.

Wie einst Polens Bischöfe

Zum Artikel von Berthold Kohler "Havels Heimkehr (F.A.Z. vom 20. Februar): Die Sudetendeutschen - ich bin es nicht sind samt und sonders Hitleristen, die Tschechen allesamt Heilige. Vertrieben, zu Tausenden umgebracht, ihres Landes und Eigentums beraubt wurden die Sudetendeutschen von einem Expeditionskorps aus dem Weltall. So einfach lautet die Formel für die ideologische Wagenburg der tschechischen Hardliner mit Ministerpräsident Klaus an der Spitze. Jetzt - durch seine Rede in der Prager Universität Mitte Februar jedenfalls scheint Präsident Václav Havel auf diesen Kurs einzuschwenken. Er relativiert seine frühere Entschuldigung für die Vertreibung der Sudetendeutschen. So erging es auch seinerzeit den polnischen Bischöfen, die ihr "Wir verzeihen und bitten um Verzeihung" von den Kanzeln relativierend widerrufen mußten. Nun soll die vergangene Vertreibung der Sudetendeutschen nicht mehr programmstiftende Wirkung auf die tschechische Politik haben, wohl aber die angeblichen früheren (vor 1938) "Vergehen" der Sudetendeutschen gegen die damalige Tschechoslowakei. Alle Deutschen sollen ja dafür einstehen und zahlen. Die "Hygiene" der tschechischen Nation verlangt es so. Das schlechte Gewissen, aus Böhmen, dem Land der Tschechen und der Deutschen, aus einer seit dem frühen Mittelalter bewährten Europaregion, ein hygienisch sauberes Tschechien gemacht zu haben, werden die meisten Tschechen wohl nicht los.

Herbert Kirstein, Wiesbaden, in F.A.Z.

Unrecht bleibt aufrecht

Wer sich Hoffnungen macht, daß mit der Entschuldigung durch Präsident Havel bzw. der Vertreibung der Sudetendeutschen eine "Wende" bzw. eine Lösung dieses Problemes herbeigeführt würde, der wurde enttäuscht! In seiner jüngsten Rede sagte er zu dieser Frage, daß es für die Vertriebenen keine Entschädigung geben werde! Dies hat natürlich berechtigte Kritik bei der Führung der SL ausgelöst und es wird die Aussage des Präsidenten als Rückschlag bezeichnet, der nicht zur Versöhnung Anlaß gibt. Man konnte eigentlich von ihm nichts anderes erwarten, denn in der ersten Euphorie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus stand auch plötzlich das Verbrechen der Vertreibung wieder mit zur Debatte und so "entschuldigte" er sich für das seinerzeit begangene Unrecht. Bald mußte er jedoch einsehen, daß seine Worte bei der gesamten Regierung, vor allem auch bei dem eigenen Volk, nicht auf "fruchtbaren Boden" gefallen sind! Dieses dachte gar nicht daran, sich zu entschuldigen und verurteilte die voreiligen Worten des Präsidenten. So schwenkte der "Dichterpräsident" wieder auf jene Linie ein, die im ganzen Volk weiterhin verankert ist, nämlich auf jene, die den Deutschen keinen Anspruch auf Wiedergutmachung zusichert und, daß sie selbst schuld an ihrem Schicksal sind! Somit stehen die ersten "Entschuldigungsworte" von Havel, mit den jetzigen Worten, die eine Entschädigung ausschließen, im Widerspruch, wenngleich es sich auch nur um einen materiellen Ausgleich handelt! Das Klima hat sich, was das Thema Vertreibung betrifft, nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Die deutsche Bundesregieung hat es versäumt, gleich nach der "Wende" energische Schritte zur Lösung dieses so akuten Problemes mit der tschechischen Regierung zu unternehmen! Sie war und ist auch heute noch nicht dazu bereit, solche Maßnahmen durchzuführen. Die Wiedervereinigung Deutschlands mit der ehemaligen DDR stand natürlich im Vordergrund, aber man hätte auch gleichzeitig die noch offene Sudetenfrage in Angriff nehmen sollen! Damals, als die kommunistischen Regierungen in Auflösung begrif-

Tribüne der Meinungen

fen waren, standen die Chancen zu Verhandlungen mit den Tschechen über diese Angelegenheit viel günstiger als heute. Nun haben sie sich vom ersten "Schock" erholt, werden immer sturer, wollen von einer Wiedergutmachung oder gar Wiederbesiedelung nichts mehr wissen, beharren weiter auf der Aufrechterhaltung der "Beneš-Dekrete" und stützen sich dabei auf die Entscheidung der "Siegermächte"! Ihr ganzes Interesse gilt nur, daß sie ein integrierter Teil - politisch und ökonomisch - in der gesamteuropäischen Union werden! Daß sie dabei von der Vertreibung der 3,5 Millionen Sudetendeutschen, die unermeßliches Leid über diese Menschen brachte, überschattet werden, stört sie offenbar nicht. Schon der erste Präsident der ČSR, T. G. Masarýk, schrieb in seinem Buch u. a. folgendes: "Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser und wird unser bleiben! Die Deutschen sind ursprünglich als Immigranten und Kolonisten ins Land gekommen!" Nach diesen Aussagen könnte man sagen, sie hatten nur ein "Gastarbeiterrecht"! 1915 sagte Masarýk bereits in London: "Die Grenzen von Böhmen sind gegeben, denn der ,böhmische Staat' ist rechtlich bis heute selbständig... Es gibt keine "klaren" Sprachgrenzen zwischen Tschechen und Deutschen"! Auch so kann man argumentieren, man braucht nur die wahren historischen Vorgänge umformulieren! Das konnte auch ein Herr Masarýk. Es gab sehr wohl eine klare Sprachgrenze (sieht man von den einzelnen Sprachinseln ab), nach deren Verlauf das Sudetenland 1938 abgetrennt wurde! Es gab auch einen sogenannten "böhmischen Kessel", von dem man nicht gerne spricht. Nur in dem wurden im 12. und 13. Jahrhundert die Deutschen hineingeholt, um dort die rückständigen tschechischen Landstriche und Städte mit ihrem Wissen und Können zu verbessern, von deren Aufbauarbeit heute noch überall davon zu sehen ist. Die damals in Prag lebenden Deutschen bekamen sogar ihr eigenes "Stadtrecht" und waren stets mitbestimmend am ganzen wirtschaftlichen und geistigen Leben! So wird das Unrecht, das allen Vertriebenen im deutschen Sprachraum zugefügt wurde, wohl weiterhin aufrecht bleiben, solange, bis das Menschen- und Selbstbestimmungsrecht, das bisher nur den anderen Völkern zuerkannt wurde, auch für die Deutschen gilt. Ing. Gustav Pittner, Langenlois

Wir haben der Gegner viele – doch der Erfolg wird unser sein!

1. Die einen kommen aus den eigenen Reihen, und sie verzichten mehr oder weniger offen auf unser Recht und unsere Heimat. Die anderen machen es geschickter, indem sie uns den "Europa-Sand" in die Augen streuen, um uns den Verstand zu vernebeln. Sie sagen, in einem vereinten Europa werden die Grenzen fallen und die Neuankömmlinge werden die europäischen Normen beachten müssen. Das bedeutet nichts anderes, als die Zerbröselung unseres Rechts unter Hinweis auf eine Europa-Ordnung, die dem Leichtgläubigen als trügerisches Faustpfand dient. Man erinnere sich an Wilsons 14 Punkte, die viel versprachen, für Deutschland, Österreich und das Sudetenland aber nichts bewirkten. Heute sind es unzählige Menschenrechtserklärungen und die Flut leerer Worte, die insgesamt nichts bewegen und nichts verändern. Der Vertreter der Paneuropabewegung im Sudetendeutschen Rat, Bernd Posselt, stimmte für die verzichtlerischen Briefe von Franz Neubauer & Co. und zeigte überaus anschaulich, wie weit sich diese Organisation in enger Verbunden-

heit mit dem Sprecher von unseren Grundsätzen entfernt und der tschechischen Raubsicherungspolitik zugewandt hat. Havels neueste häßliche Lüge und seine Weigerung, das Recht der Sudetendeutschen anzuerkennen (siehe Rede an der Karlsuniversität), haben wir nicht zuletzt denjenigen zu verdanken, die die Befriedigung der Sudetenfrage in Prag suchen und dabei von dem Fanatismus der Tschechen keine Ahnung haben. Sowohl die von den Verzichtlern angestrebte Scheinlösung ("Null-Lösung") oder auch das nur geringste Zugeständnis wird an der Moldau bereits als nationale Katastrophe empfunden. 2. doch wenden wir uns jenen Unzulänglichkeiten zu, die in Österreich ihre Heimat haben und die unsere hiesige Führungskrise unterstreichen und das Vertrauen der Vertriebenen in ihre Vertretung immer wieder erschüttern. Das Schweigen der SLÖ-Spitze zu dem Grundsatzabfall der SL in München ist mehr als deutlich und zeigt Übereinstimmung mit den Verzichtlern Franz Neubauer und Horst Löffler. Die Einladung eines Vertreters der Paneuropa-Union zu unserer Gedenkfeier bekräftigt den Rechtsverzicht der Wiener Hegelgasse und läßt den alten Spalt zwischen Führung und grundsatztreuer Basis neuerlich erkennen. Wem der unerfreuliche Hintergrund bekannt ist und wem unser Anliegen noch etwas bedeutet, wird es wohl diesmal vorziehen, unserer Toten still und allein oder im kleinen Kreise von Gleichgesinnten zu gedenken. Wir sollten uns auch Gedanken machen, wie unsere Mitgliedsbeiträge verwendet werden. Nur wer in unserem Sinne denkt und handelt, soll auch über unser Geld verfügen können. Es ist anzunehmen, daß die SLÖ-Bundesversammlung auch diesmal eine einschneidende personelle Anderung nicht bewirken wird. Eine erprobte Regie und Münchener SL-Schützenhilfe werden die Unwissenheit und Bequemlichkeit der Delegierten wieder einmal zu nutzen wissen. 3. Ständig prasselt es auf uns nieder: Wir sollen vergessen, flüstert man uns zu. Wähle den bequemen Weg, vergiß den leidgeprüften Vater, die gramgebeugte Mutter, des Elternhauses Wärme und lach mit, wenn der Räuber über Deine Dummheit lacht. Wir sollen verzeihen, uns mit den Dingen abfinden und "versöhnen", das heißt auf jegliche Wiederherstellung des Rechts ganz und gar verzichten. Wir sollen die unverschämten Lügen der Vertreiber zu unserem Glaubensbekenntnis erheben und am Ende gar noch Buße tun. Bei Ungehorsam wird uns der Pranger angedroht. Die wohlbestallten Rezept-Schreiber übersehen dabei, daß der langiährige Widerstand uns gestärkt hat und ein Teil unseres leidvollen Daseins ist. Doch je größer des Teufels Bedrängnis, umso gewaltiger sein Wortschwall und der Trickkiste Gebauch. Lassen wir den Diabolus weiter mit der Kette schlagen. Den Sieg der himmlischen Köstlichkeiten "Recht und Wahrheit" wird er letztlich nicht verhindem können.

Alois Jahn, Aus der Wortmeldung bei der Ob- und Vertrauensleute-Sitzung des SLÖ-Landesverbandes für Wien, NÖ. und Bgld.

Brief an das ZDF

In der "Heute"-Sendung am 17. 2. 95, um 19 Uhr, brachte das ZDF einen Beitrag aus Prag und die Aussage Havels, die von Tschechen 1946 vertriebenen Sudetendeutschen hätten den Krieg vorgezogen. Diese schlimme, wahrheitswidrige Aussage ist eine perverse Ehrlosigkeit eines opportunistischen "Dichterpräsidenten", der wohl aufgrund der vielen Ehrungen und Preise aus dem Westen den Bezug zur Realität verloren hat. Er weiß bestimmt sehr genau, was Tschechen seit der Staatsgründung 1918 – also lange vor

1938 - auf ihr Gewissen luden, nämlich die Zwangsassimilierungen der Hälfte des Staatsvolkes bis zu Ermordungen. Havel will, daß über das Jahrtausendverbrechen der Tschechen, die nach dem Krieg (!) 3,5 Millionen unschuldige Sudetendeutsche vertrieben haben, nicht mehr gesprochen wird. Die Nachkriegsbeute wurde und wird versteigert und verschleudert, die deutsche Kultur vernichtet. Etwa 500 ehemalige deutsche Dörfer und Kirchen wurden von Tschechen gesprengt und eingeebnet. Die deutschen Medien, voran das ZDF und die ARD, verbünden sich geradezu mit den Räubern, Vertreibern und Hehlern, wenn sie diese schlimmen Anschuldigungen Havels verbreiten und zulassen, daß von interessierter Seite Ergänzungen unter dem Thema Holocaust angefügt werden, so, als bestünde hier ein direkter Zusammenhang. In gemeiner Absicht sollen aus Vertreibungsopfern "Schuldige" gemacht werden. Was sagt der Rundfunkrat zu dieser Infamie und Irreführung? Es ist sonderbar, daß über Vertreibungsverbrechen an Deutschen kaum berichtet wird, andererseits aber diese Volksgruppen ständig diffamiert werden. Wo sitzen die dafür verantwortlichen Hintermänner? Wie kommt es, daß Verbrechen an Juden täglich in vielen Sendungen zur Sprache kommen? Ich bin sehr bestürzt, daß während der NS-Herrschaft die deutsche Bevölkerung so wenig Zivilcourage zeigte und nicht von Anfang an gegen die Verfolgung von Juden und Mitbürgern eingeschritten ist. Ahnliche oder gleiche Verhaltensmuster gibt es heute wieder und es liegt nun an uns, dagegen vorzugehen. Wenn Ihre Redakteure in Zukunft nicht mehr Sensibilität im Umgang mit Vertreibungsopfern zeigen, werde ich kein zahlender Fernsehzuschauer bleiben.

Franz Karl Walter, Wiesbaden

Preßburg als Vorposten des Kremls

Von dem slowakischen Regierungschef Mečiar ist der Satz verbürgt: "Wenn wir im Westen keinen Erfolg haben, dann suchen wir uns unsere Freunde eben im Osten." Sein Ziel, so weiß man indessen, liegt jedoch in der Mitte: Sich am besten aus den allfälligen neuen Machtstrukturen Mitteleuropas heraushalten, sich – gestützt auf das ferne Amerika – in profitabler Neutralität üben. Ob das je realistisch war, sei dahingestellt. Die Visite des russischen Premiers Tschernomyrdin hat den Slowaken jedenfalls einen Blick in die "neutrale" Zukunft eröffnet.

Der Moskowiter empfiehlt seinen Gastgebern "positive Neutralität". Mečiars Macht gründet sich auf eine Koalition mit Kryptobolschewisten und Chauvinisten, deren beider Lieblingsparole ebenfalls diese ominöse "positive Neutralität" ist. Sie meinen damit die Abkehr von westlicher Libertinage, vom Pluralismus, von Nato-Träumen und EU-Visionen. Denn nur diese Abkehr erlaube die Orientierung an einer "gemilderten" und "gelenkten" Demokratie Moskauer Prägung, wie sie den braunroten Koalitionären in Preßburg vorschwebt. Tschernomyrdin wußte das, Mečiar schwieg dazu.

Eine Zeitung stichelte, Preßburg sei nicht von ungefähr der westlichste Punkt, an den sich Rußlands Premier seit dem Tschetschenien-Desaster bislang vorgewagt hat. So schienen seine Ermahnungen gegen die Liebäugelei mit dem westlichen Bündnis auch gar nicht an die Slowaken selbst gerichtet, sondern – von Moskaus westlichstem Vorposten aus – an die Adresse anderer unbotmäßiger Mitteleuropäer. Moskau hat sich aus guten Gründen immer brennend für die Slowakei interessiert. Der Westen wird eine böse Überraschung erleben, wenn er weiter gleichgültig bleibt.

Fk. in "Sudetendeutsche Zeitung"

Klaus: Tschechien stellt bald EU-Beitrittsgesuch

Die Tschechische Republik stärkt sich im Moment im "Fitness-Center" für die möglichst schnelle Aufnahme in die Europäische Union (EU). Mit diesen Worten hat Premierminister Václav Klaus in Hamburg die Vorbereitungen seines Landes für den Beitritt zur europäischen Staatengemeinschaft umschrieben. Die Tschechische Republik habe das Krankenlager der osteuropäischen Reform-Staaten längst verlassen und sei für die EU-Aufnahme gut vorbereitet, sagte Klaus vor dem Club Hamburger Wirtschaftsjournalisten.

Tschechien wolle noch vor dem kommenden EU-Gipfel Ende Juni in Cannes ein Beitrittsgesuch einreichen und es damit seinen Nachbarländern Polen und Ungarn gleichtun. Klaus sagte, er erwarte, daß auf der Konferenz in Südfrankreich über die konkreten Aufnahmebedingungen gesprochen werde. Danach könnten ernsthafte Verhandlungen über die Mitgliedschaft Tschechiens beginnen.

Die Wirtschaft des Landes folge auch nach dem Urteil ausländischer Beobachter längst westlichen Regeln und weise Erfolgsdaten auf, von denen mancher Staat im Westen nur träumen könne. Die Arbeitslosigkeit sei außerordentlich niedrig und die Privatisierung inzwischen abgeschlossen, berichtete der tschechische Regierungschef. Eine anschließende Konkurswelle erwarte er nicht, der Ausleseprozeß werde sich ohne Eingriff des Staates kontinuierlich vollziehen. Die Lohnsteigerungen – im vergangenen Jahr eine reale Zunahme um fünf Prozent – seien ohne Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Der tschechische Staat habe keine Schulden mehr, die Währung, die Krone, sei seit mehr als 50 Monaten stabil, sagte der Premierminister. Wegen des starken Zustroms von ausländischem Kapital müßten Aufwertungstendenzen gebremst werden. Noch in diesem Jahr solle die Landeswährung im internationalen Kapitalverkehr voll konvertibel werden, kündigte Klaus an.

Von seiner wirtschaftspolitischen Strategie einer "Marktwirtschaft ohne Adjektive" werde er nicht abrücken, sagte Klaus, der in Prag, Italien und Amerika Wirtschaftswissenschaften studiert hat. Vermutlich wären die Erfinder der Marktwirtschaft mittlerweile auf seiner Seite, behauptete er. So wie das Wort "sozial" derzeit interpretiert würde, wäre auch Ludwig Erhard dagegen gewesen. Natürlich sei eine soziale Abfederung der Marktprozesse notwendig. Aber eine vernünftige Sozialpolitik müsse in erster Linie den Marktprozessen dienen und nicht umgekehrt.

Bayerische Staatsregierung tritt für Dialog mit der Tschechischen Republik ein

Das Kabinett befaßte sich in seiner Sitzung am 22. Februar aufgrund der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen mit der Rede des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel vom 17. Februar 1995 in der Prager Karlsuniversität. Der Inhalt dieser Rede sei enttäuschend und nicht zukunftsgerichtet.

Maßgeblich für das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen müssen nach Auffassung der Staatsregierung Präsident Havels Außerungen vom Dezember 1989 bleiben; in denen er die Vertreibung der Sudetendeutschen als eine "zutiefst unmoralische Tat" bezeichnet hatte. Die Staatsregierung tritt für eine umfassende und die Verantwortung beider Seiten einschließende Aufarbeitung der Vergangenheit ein. Wenn aber jetzt einseitig das angebliche "fatale Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität" in den Mittelpunkt gerückt wird und damit der früher erhobene Kollektivschuldvorwurf erneut aufscheint, ist das kein Beitrag zur Verständigung. Solche Äußerungen widersprechen der geschichtlichen Wahrheit und werden deshalb von der Staatsregierung zurückgewiesen.

Einseitige und pauschale Schuldzuweisungen verkennen, daß den Sudetendeutschen in der ersten Tschechoslowakischen Republik ihre Rechte als Volksgruppe verweigert wurden.

Als unhaltbar bezeichnet die Staatsregierung auch die Ablehnung jeglicher Wiedergutmachung – auch der moralischen – für deutsche Opfer tschechischer Unrechtstaten. Wenn für deutsches Unrecht Ersatz gefordert wird, sollte dies für tschechisches Unrecht nicht einfach verweigert werden.

Dieses Denken sollte überwunden werden, damit der Weg zur Aussöhnung, den die Bayerische Staatsregierung und vor allem auch die Sudetendeutschen gehen wollen, nicht behindert wird.

Die Staatsregierung wird weiterhin auf eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen hinwirken, die für ein gutes Zusammenleben in Europa notwendig ist. (DOD)

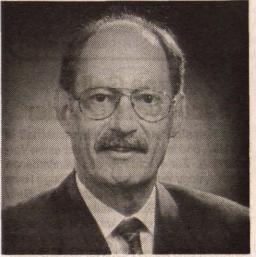
Feierstunde in Niedersulz

Am 18. März um 14.30 Uhr findet anläßlich der Neugestaltung der Iglauer Heimatstube im "Südmährerhof" in Niedersulz eine Feierstunde statt

Sparkasse erobert den südböhmischen Raum

Auch die Allgemeine Sparkasse Oberösterreich-Bank AG (ASK) sieht interessante Entwicklungschancen im südböhmischen Raum. Vorstandssprecher Manfred Reitinger mißt der Zusammenarbeit mit Giro-Credit gerade für diesen Raum große Bedeutung bei. In Budweis wurde bekanntlich am Stadtplatz ein Haus erworben und für etwa 20 Millionen Schilling wurde die Budweis-Filiale repräsentativ ausgebaut. Als Repräsentanz, die in eine echte Bankfiliale ausgebaut wurde, bietet die Bank Budweis wichtige Kontakthilfe (Dolmetsch, informierte Sachbearbeiter) gerade auch für viele mittelständische Betriebe in Oberösterreich. Dank der Geschäftsbasis mit Giro-Credit werden auch andere südböhmische Gebiete, wie etwa Krummau, betreut.

Die Sparkasse konnte, wie eine Bilanzkonferenz zeigt, ihre Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent auf 51,7 Mrd. S erhöhen. Durch den Verkauf der Giro-Aktien hat die Allgemeine Sparkasse ihren Eigenkapitalpolster um 250 Mill. S erhöht. Stark stiegen die eigenen Emissionen um 29,4 Prozent auf 5,36 Mrd. S, die Valutenumsätze konnten um 26 Prozent auf 5,6 Mrd. S angehoben werden. Im Bausparen (S-Bausparkasse) wurden 20.000 neue Bausparverträge abgeschlossen. Das S-Reisebüro entwickelt sich weiter prächtig und erhöhte den Umsatz um mehr als zehn Prozent. "Unsere Kunden geben uns gute Noten", kann der Vorstand (Manfred Reitinger, Dr. Markus Limberger und Mag. Wolfgang Haller) nach einer Fragebogenaktion erfreut feststellen. Man schätzt das dichte Filialnetz (107 Geschäftsstellen), die sparsame Verwaltung sowie die Hilfsbereitschaft und die Freundlichkeit der 1300 Mitarbeiter.



Vorstandssprecher Reitinger

Heiligenhof: Carsten Eichenberger tritt Nachfolge von Erich Kukuk an

Am 1. Februar trat Carsten Eichenberger seine Tätigkeit als neuer Studienleiter an den Bildungsstätten des Sudetendeutschen Sozialwerks an.

Wie Staatssekretär a. D. Wolfgang Egerter, der Vorsitzende des Sozialwerks, bei der Vorstellung gegenüber der Presse und den Mitarbeitern am Heiligenhof erklärte, habe eine Findungskommission im Auftrag des Vorstandes sich nach Anhörung von sieben Bewerbern (bei insgesamt 25 Bewerbungen) für Eichenberger entschieden.

Carsten Eichenberger, 1966 in Recklinghausen geboren, hat an den Universitäten Passau, Göttingen und Augsburg Politik, Geschichte, Rechtswissenschaft, Volkskunde und Kommunikationswissenschaft studiert und sein Studium mit dem Magisterexamen abgeschlossen. In seiner Magisterarbeit befaßte er sich mit der aktuellen Problematik der Deutschen in Polen.

Bei der Organisation und inhaltlichen Betreuung von Jugendbildungsseminaren, Kinderfreizeiten und Schülerfahrten vorwiegend nach Polen und bei Vorträgen am Augsburger Bukowina-Institut oder an der Technischen Hochschule Ilmenau und an der Universität Czernowitz/Ukraine konnte Eichenberger wertvolle praktische Erfahrungen in der Bildungsarbeit gewinnen.

Auch die bisherige Arbeit am Heiligenhof ist Eichenberger, der Mitglied der DJO (Deutsche Jugend in Europa) und der Sudetendeutschen Jugend ist, vertraut. Wie Egerter weiter mitteilte, wird Eichenberger zunächst auch für den weiteren Aufbau der Bildungsarbeit auf Burg Hohenberg verantwortlich sein: In seine Zuständigkeit fällt somit, so der Vorsitzende des SSW, die gesamte inhaltliche Arbeit an den beiden Häusern. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, Bisheriges, das sich bewährt hat, weiter zu führen, aber auch neue Seminare zu entwickeln und neue Teilnehmerkreise zu erschließen. In der Bildungsarbeit bedeutet Stillstand Rückschritt, deshalb müssen die Bildungseinrichtungen des Sozialwerks, besonders nach der Wiedervereinigung und dem Zerfall der sozialistischen Diktaturen, in Ostund Ostmitteleuropa, neue Herausforderungen annehmen und sich ihnen stellen.

Die Heimleitung des Heiligenhofes und damit die Verantwortung für den Wirtschafts- und Verwaltungsbereich bleibt weiterhin bei Frau Kukuk, die an der Seite ihres Mannes seit 37 Jahren den Heiligenhof geprägt hat. Gleiches gilt für Burg Hohenberg, wo Herr Blume weiterhin als Heimleiter tätig ist.

Carsten Eichenberger übernimmt am Heiligenhof als Nachfolger von Erich Kukuk, so Staatssekretär a. D. Egerter abschließend, keine leichte Aufgabe. Seine fundierte Ausbildung, seine Bereitschaft zu persönlichem Engagement und nicht zuletzt seine jugendliche Frische werden ihn aber ganz sicher erfolgreich sein lassen und bieten eine gute Gewähr dafür, daß der Heiligenhof in bewährter Form weitergeführt und Burg Hohenberg stärker als bisher zur Bildungsstätte ausgebaut wird.



Unser Bild zeigt von links: Studienleiter Carsten Eichenberger, Heimleiterin Traudl Kukuk, Staatssekretär a. D. Wolfgang Egerter.

Karl Habsburg warnt vor Neo-Ostblockland

Die Neutralitätsdebatte beherrscht die innenpolitische Diskussion. Erstmals nimmt auch der Präsident der Paneuropabewegung Österreich, Karl Habsburg, zum Thema Neutralität Stellung. "Die Neutralität war in der Zeit des Kalten Krieges sinnvoll und hilfreich, jetzt aber ist sie bedeutungslos geworden", so Karl Habsburg.

Österreich könne den geschichtlichen Gegebenheiten der Jahre 1989 und 1990 dankbar sein, aufgrund der Umwälzungen im ehemaligen Ostblock und in der einstigen Sowjetunion so problemlos aus den die österreichische Souveränität einschränkenden Verträgen entkommen zu sein. Ein neuerliches Zugeständnis an das heutige Rußland "wäre aber für das freiheitsliebende Österreich eine Katastrophe". Österreich dürfe den neuen Staat Rußland in der Frage Staatsvertrag und Neutralität nicht als gleichberechtigten Nachfolgestaat der Sowjetunion betrachten. Denn: "Eine neuerliche Selbstaufgabe der vollen Souveränität könnte im Zuge der leider sich möglicherweise plötzlich ändernden Weltpolitik eines erstarkenden "National-Kommunismus" sehr unangenehme Folgen für Österreich bringen."

Bestellschein für die "Sudetenpost"

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an: "Sudetenpost", Postfach 405, 4010 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich hestelle die Sudetennost":

Ich bestelle die "Sudetenpost":

Name:

Straße:

Or

SDJ und tschechische Bürgerrechtler gegen Zwangs-Psychiatrierung von Jiri Wonka

In Böhmen wurde der tschechische Staatsbürger deutscher Nationalität Jiri Wonka verhaftet. Wonka hatte sich seit längerem für die Aufklärung des Todes seines Bruders Pavel eingesetzt, der als antikommunistischer Dissident 1988 im Gefängnis Königgrätz (Hradec Kralova) ums Leben gekommen war. Bereits an den Rollstuhl gefesselt, war Pavel Wonka seinerzeit zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Kurz nach Beginn der Haft starb er, nachdem er geschlagen und ihm ärztliche Behandlung verweigert worden war.

Der Fall hatte seinerzeit auch in Deutschland für Aufsehen gesorgt. Die damals agierenden Staatsanwälte und Richter sind weiterhin im Amt, eine gerichtliche Klärung des Falls hat auch nach der Wende nicht stattgefunden.

Die jetzige Verhaftung Jiri Wonkas erfolgte nun unter Berufung auf einen Beleidigungsparagraphen aus der kommunistischen Zeit, der bereits verbale Angriffe gegen Staatsbedienstete mit hohen Strafen bedroht. Jiri Wonka droht nun ein einzelner Satz aus einem Brief aus dem Jahr 1991 an die im Falle seines Bruders verantwortliche Staatsanwältin zum Verhängnis zu werden, der in westlichen Ländem kaum für eine Beleidigungsklage ausreichen würde. Nun droht ihm eine zwangsweise Überführung in eine geschlossene Anstalt, nachdem er vor seiner Verhaftung bereits amtlich aufgefordert worden war, sich in eine psychiatrische Klinik zu stationärer "Untersuchung" zu begeben. Deswegen fordern wir, das tschechoslowakische Bürgerforum in Deutschland/ München e. V. (Obcanske Forum, Mnichov), die Menschenrechtsgruppe "Helping" in München und die Sudetendeutsche Jugend:

1. Das Strafverfahren gegen Jiri Wonka ist mehr als fragwürdig. In der Demokratie muß die freie Meinungsäußerung gewährleistet sein. Beleidigungstatbestände nach Gummiparagraphen aus der kommunistischen Zeit rechtfertigen keine Inhaftierung, schon gar keine Psychiatrisierung. 2. Es darf keine zwangsweise psychiatrische Behandlung von Jiri Wonka geben. Soweit Wonka medizinischer Hilfe bedarf, muß dies durch Ärzte seines Vertrauens geschehen. Die Umstände zwingen zu der Sorge, daß durch eine Zwangspsychiatrisierung Wonkas die Aufklärung des gewaltsamen Todes seines Brudes Pavel im Jahre 1988 verhindert werden soll. 3. Der Fall Pavel Wonka soll endlich aufgerollt, sein Tod gerichtlich geklärt und die schuldigen Personen sollen zur Verantwortung gezogen werden. 4. Wir fordern Anstrengungen zur rechtsstaatlichen Erneuerung in der Tschechischen Republik. Der Fall der Brüder Wonka steht nicht allein. Gegen die Todesschützen der deutschen Touristen Mathias Poser und Markus Rankel wurde nie Anklage erhoben. Es gibt eine Reihe kaum nachvollziehbarer Freisprüche im Zusammenhang mit schweren Übergriffen gegen tschechische Roma. Auch gibt es eine Reihe mehr als fragwürdiger alter und neuer Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen, die in erster Linie Angehörige nationaler Minderheiten wie Deutsche, Juden und Zigeuner betreffen, vor allem im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts und der Restitutionspolitik. Die Frage der Rechtsstaatlichkeit in der Tschechischen Republik muß ein entscheidendes Kriterium bei der Aufnahme des Landes in

Neue WIFI-Initiativen für Kleinund Mittelbetriebe zum Aufbau von Ost-Geschäftsbeziehungen

Das WIFI der Wirtschaftskammer Oberösterreich startet im Mai 1995 das Osteuropa Marketingprogramm für Klein- und Mittelbetriebe. Das Ziel dieser Initiative ist, daß die Teilnehmer (maximal 15) ihr eigenes Unternehmenskonzept mit Schwerpunkt Osteuropa entwickeln. Dabei handelt sich um ein kombiniertes Schulungs-, Beratungs- und Informationsprogramm, das auch die Möglichkeit bietet, mit anderen Unternehmern Erfahrungen auszutauschen und eine Zukunftsstrategie für die Bearbeitung der Ostmärkte zu erarbeiten. Diese einmalige Unterstützungsinitiative des WIFI baut auf der bewährten Struktur des heuer zum vierten Mal in Oberösterreich veranstalteten Marketing- und Exportentwicklungsprogramms

Die teilnehmenden Unternehmer werden bei diesem mehrstufigen Modell über einen Zeitraum von rund einem Jahr betreut. Jedes Unternehmen wird individuell von einem geschulten Berater begleitet; parallel dazu steht jedem Teilnehmer der "Expertenpool" für Fachfragen auf Ostmärkten zur Verfügung. Die vorrangigen Ziele des Osteuropa Marketingprogramms sind vor allem die Entwicklung von maßgeschneiderten Unternehmenskonzepten, wobei Osteuropa als Austauschpartner integriert und die neuen Chancen genutzt werden sollen. Weiters sollen Risken und Chancen im Ostgeschäft minimiert bzw. optimiert, betriebswirtschaftliche Zusammenhänge erfaßt und aktiv für die Gestaltung der Unternehmen genutzt werden.

Gestartet wird das Programm im Mai 1995. An acht Arbeitstagungen im Ausmaß von jeweils zweieinhalb Tagen und im Abstand von je

einem Monat werden verschieden Themen präsentiert, Inhalte vermittelt und an den einzelnen Konzepten gearbeitet. Bei jedem Workshop ist ein Kamingespräch vorgesehen, in dem erfolgreiche Unternehmer aus Kleinund Mittelbetrieben aus der Praxis berichten und Spezialthemen vertieft werden. Zusätzlich werden sieben Beratungstermine zwischen den Arbeitstagungen angeboten. Diese Beratungstage dienen zur Umsetzung des Gelemten im Betrieb. Ein erfahrener Betriebsberater begleitet die Entwicklung der Teilnehmer und die Erstellung der Konzepte. Er kommt in den Betrieb, bietet zusätzliche Hilfestellung, hinterfrägt die Konzeptideen und bereitet gleichzeitig die Teilnehmer auf die nächste Arbeitstagung vor. Die Beratungstage sind in der Gesamtleistung inkludiert.

Nach der dritten Arbeitstagung kommt für einen Tag ein Vertreter des "Expertenpools" in die Unternehmen, um Kontakte herzustellen. Außerdem werden im Rahmen der Möglichkeiten weiterführende Kontakte und Anlaufstellen (Vertragsprüfung, Dolmetsch, Steuerrecht, Marktinformation) für die Teilnehmer organisiert.

Das Osteuropa Marketingprogramm wird vom Land Oberösterreich, der Raiffeisenlandesbank OÖ. und der Wirtschaftskammer OÖ. inhaltlich und finanziell unterstützt. Interessenten haben die Gelegenheit, am 6. oder am 13. März 1995, jeweils von 18.15 bis 20 Uhr, im WIFI Linz an einem Informationsabend teilzunehmen. Anmeldungen und nähere Auskünfte: WIFI-Unternehmerservice, Mag. Otto Rammerstorfer, Telefon 0 73 2/33 32, Dw. 457, oder Margarete Freilinger (Dw. 220).

Er war ein Bahnbrecher des österreichischen Finanzwesens

Gemeint ist der am 12. Februar 1851 zu Brünn geborene Nationalökonom Eugen von Bawerk, dessen Bildnis die 100-Schilling-Banknote ziert. Begnadet mit einer glänzenden Darstellungsgabe ist er aber auch ein talentierter Politiker gewesen, je nach Notwendigkeit, entweder agressiv oder defensiv seinen

Von Helwig Auffenberg-Komarow

Standpunkt vertretend. Überdies waren ihm alle Charaktereigenschaften zu Gebote, die den Lehrer in höchstem Sinne des Begriffes ausmachen.

Dieses hier angedeutete große Format der Fähigkeiten des Ritters von Böhm-Bawerk erklärt, daß er, der seine Laufbahn als Staatsbeamter begann, außerdem schon sehr bald prominenten Ruf als Spezialgelehrter errang (politische Ökonomie). 1884, also mit erst 33 Jahren, war er in dieser Disziplin als ordentlicher Professor an der Universität zu Innsbruck habilitiert worden und hatte diesen Lehrstuhl bis 1889 inne. Er wurde in jenem Jahr als Ministerialrat in das Finanzministerium berufen. 1895 bis 1897 war seine erste, 1900 bis 1904 die letzte Amtszeit als k.u.k. Finanzminister.

Bei dieser Gelegenheit soll gleich auf die Tatsache hingewiesen werden, daß sich die Währung des Habsburgerreiches trotz der politischen und wirtschaftlichen Spannungen, die für die letzten Jahrzehnte vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gekennzeichnet waren, bis 1914 auf der Goldparität zu halten vermochte. Diese erfolgreiche Verteidigung der Finanzstabilität ist eines der Merkmale, die am charakteristischsten die Ministerschaften des Eugen von Böhm-Bawerk markieren. Er ging von dem noch immer aktuellen Grundsatz aus: "Ordnung im Staatshaushalt ist die Voraussetzung für die Stabilität des Geldwertes!" Diesem soliden Prinzip folgte er unbeirrt, mit der Beharrlichkeit, die nun einmal der sudetendeutschen Wesensart eigen ist. Mit Erfolg strebte er dem Ziel zu, im öffentlichen Haushalt Überschüsse zu erreichen. Dahin ging und geht übrigens

Endlas ERMUGRERUEK ()

scheine, Rechnungen usw.

Genstorfer KG, Buch- und Offsetdruck
A-4020 Linz, Im Hühnersteig 9,
Telefon (0 73 2) 27 43 51 Serie

Der Spezialist zur Herstellung von Computerund Büromaschinen-Kommunikationsträgern. Lieferscheine, Rechnungen usw. auch das Bemühen der Finanzminister des heutigen Österreichs.

Gewiß ist der Gedanke der Personal-Einkommenssteuer eine der Folgerungen der "konstitutionellen Ära" und daher haben sich schon die Vorgänger Böhm-Bawerks zumindest theoretisch damit beschäftigt. Aber erst seiner Beredsamkeit ist es gelungen, die Parlamentarier zur Annahme dieses Gesetzes zu bewegen. Dies bedeutete eine Reformierung des österreichischen Finanzwesens. In der von Dr. Schumpeter verfaßten Biographie liest man über Böhm-Bawerk: "Er war immer bereit zurückzutreten, und handelte stets, als würde er nie demissionieren."

In der österreichischen Zeitschrift "Für Volkswirtschaft" veröffentlichte Prof. Dr. v. Böhm-Bawerk eine finanzwissenschaftliche Abhandlung, aus der speziell ein Passus ins Auge springt, weil er auch heute noch aktuell ist: "So türmen sich die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben unserer Zeit, gleichsam mit dreifachem Aufbau. Da sind die tausend laufenden Sorgen und Schmerzen des Staates, die Aufgaben der neuen Gesellschaft und Organisation von immer größerer Schwierigkeit sowie Dauerwirkung. Und darüber hinaus stellt sich die größte und andauerndste aller sozialpolitischen Aufgaben, welche jedes Jahrhundert auf seiner Tagesordnung gefunden hat und finden wird." Was hier Böhm-Bawerk meint, heißt populär ausgedrückt: Diese technischen und wirtschaftlichen Fortschritte müssen der Hebung des Sozialstatutes der breiten Volksmassen nutzbar gemacht werden. Den praktisch gleichen Grundsatz vertrat schließlich auch mit großer Vehemenz der Führer der christlich-sozialen Partei, Dr. Karl

Wieder ausschließlich Gelehrter

1904 hatte Eugen Böhm-Bawerk endgültig sein Ministeramt zurückgelegt und war nun wieder ausschließlich Wissenschaftler. Jetzt Professor an der Wiener Universität, bildete er theoretisch die zukünftigen Nationalökonomen aus. Hiebei kam ihm seine langjährige Beamten- und Ministererfahrung sehr zustatten. Mit sechzig Jahren, also just vor einem dreiviertel Jahrhundert, ward ihm eine besondere Ehrung zuteil, nämlich die Ernennung zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften. Dr. Schumpeter weist noch auf ein Charakteristikum des zu Kriegsbeginn am 27. August

1914 verstorbenen Finanzpolitikers Eugen Ritter v. Böhm-Bawerk hin: "Er hat sich nie ein Budget zerpflücken lassen und stets die moralische Kraft gehabt, Erhöhungen laufender Ausgaben nur dann zu bewilligen, wenn für deren Deckung Fürsorge getragen war."

Neue Karl-Renner-Biographie erschienen

1995 wird uns einiges auf dem Jubiläumsbuchmarkt bescheren. Auch eine neue Renner-Biographie ist darunter und eben erschienen. Walter Rauscher versucht mit seinem Buch "Karl Renner, Ein österreichischer Mythos" (Verlag Ueberreuter, 440 Seiten, S 498.–) der komplexen Persönlichkeit gerecht zu werden.

In lockerer, zeitweise vielleicht zu lockerer Form wird das Leben des Gründers und Staatskanzlers zweier Republiken nachgezeichnet. So wird aus Renners Vorstellung, 1945 wieder das Parlament von 1933 einzuberufen, ein radikaler Plan, da der Autor meint, Renner wollte die austrofaschistischen Abgeordneten mit Kommunisten besetzen. Tatsächlich wollte Renner an Stelle der Sozialdemokraten SPÖler, anstelle der Christlichsozialen ÖVPler und an Stelle der wenigen nationalen Abgeordneten Kommunisten einberufen. Es mag allerdings schwierig bis unmöglich sein, einer so komplexen Figur wie Karl Renner in all seinen Facetten gerecht zu werden.

(Aus Wien aktuell)

Hans Gally neuer Vorsitzender

Die Karpatendeutsche Landsmannschaft in den USA und in Kanada hat wieder einen Vorsitzenden. Zur Nachfolge des verstorbenen Zoltan Antony wurde der sechzigjährige Hans Gally aus New Preston gewählt. Hans Gally entstammt einer Zipser Bauernfamilie. Seine Wiege stand in Forberg am Fuße der Hohen Tatra. In Amerika gründete er mit seinem Schwager eine kleine Fabrik für Sicherheitsanlagen.

Professor Dr. Felix Ermacora gestorben

Der weit über Österreich hinaus anerkannte Menschenrechtsexperte Felix Ermacora ist tot. Der 71jährige ist an den Folgen einer Infektionskrankheit in Wien gestorben. Er war während einer Menschenrechtsmission in Afghanistan vor Weihnachten erkrankt und hatte sich von dieser Krankheit nicht mehr erholt.

Ermacora wurde am 13. Oktober 1923 in Klagenfurt geboren. 1948 promovierte er in Innsbruck zum Doctor juris. In den 50er Jahren arbeitete er im Verfassungsdienst des Bundeskanzlers, 1957 begann seine Universitätslaufbahn. 1964 wurde er Professor für Öffentliches Recht an der Universität Wien. Seit 1958 war Ermacora im Dienst der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes tätig. In diesem Jahr wurde er Mitglied der Menschenrechtskommission der Europarates und begann auch die Tätigkeit auf einem seiner Spezialgebiete, der Südtirolfrage. Von 1959 bis 1980 und von 1984 bis 1987 war Ermacora auch österreichischer Delegierter zur Menschenrechtskommission der UNO, 1974 deren Präsident. Seit dem Ende der 50er Jahre untersuchte er im Auftrag der UNO die Einhaltung bzw. Verletzung der Menschenrechte in aller Welt, so in Chile, Südafrika, Tibet und in Afghanistan. Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärte, mit Ermacora habe Österreichs Völkerrecht einen seiner wichtigsten Experten verloren. Außenminister Alois Mock bezeichnete Ermacora in einem Nachruf als "einen der angesehensten Menschenrechtsexperten Österreichs, der in der ganzen Welt tätig war". Für Mock war Ermacora ein wichtiger Ratgeber zu verschiedenen, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen anhängigen, politischen und rechtlichen Fragen.

Ermacora war Autor mittlerweile zahlloser Publikationen, darunter Standardwerke über Staatslehre und Verfassungsrecht, Menschenrechte, Rechtsgutachten über die sudetendeutsche Frage,
völkerrechtliche Bewertungen des Friedensvertrages von Saint Germain 1919
oder das Selbstbestimmungsrecht der
Südtiroler. Er war auch Träger des Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Konsul KR. Manfred Swarovski verstorben

In Wattens ist in den Mittagsstunden des 19. Februar Konsul Kommerzialrat Manfred Swarovski, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Tiroler Indsutrie und seit mehr als 25 Jahren Honorarkonsul von Mexiko, im 80. Lebensjahr verstorben. Das Lebenswerk des Jubilars, Vorbild eines modernen, allem Fortschritt aufgeschlossenen Unternehmertums, ist von früher Jugend an verbunden mit dem Unternehmen, das sein Großvater vor nunmehr 100 Jahren als Schleiferei für Glasschmucksteine in dem kleinen Dorf Wattens gegründet hat. Heute ist die blühende Industriegemeinde in aller Welt nicht nur als Erzeugungsstätte der "Wattener Diamanten" bekannt, der Name Swarovski steht für ein weltweit in vier Kontinenten tätiges Unternehmen mit rund 8200 Mitarbeitern in 75 Firmen. Der Aufstieg des Unternehmens ist zu einem bedeutenden Teil ein Verdienst Kommerzialrat Manfred Swarovskis, der schon in jungen Jahren verantwortliche Führungsaufgaben übernehmen konnte. Bereits 1946 als Gesellschafter in die Geschäftsführung berufen, galt seine Arbeit sowohl der technischen Weiterentwicklung der Swarovski-Betriebe in Wattens, Schwaz und Absam, als auch der Erschließung neuer Absatz- und Exportmärkte. Seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Leiter des technisch-wissenschaftlichen Bereichs waren immer wieder neue Initiativen für entscheidende Produktionsverbesserungen zu verdanken. Neben seinen technischen Pionierleistungen hatte Manfred Swarovski schon sehr früh auch die Notwendigkeit erkannt, dem aufstrebenden Unternehmen neue Absatzmärkte zu erschließen, um den Tiroler Glasschmucksteinen den Weg zu den Modezentren der internationalen Welt zu öffnen und durch Aufbau neuer, zukunftsweisender Produktionszweige zeitbedingte Krisen der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu überwinden. Vielfach sind die Ehrungen und Auszeichnungen, mit denen die unternehmerischen Leistungen Manfred Swarovskis und seine Verdienste um die heimische Wirtschaft gewürdigt wurden. Die Heimat Tirol verlieh ihrem großen Industriepionier das Ehrenzeichen des Landes, die Republik Österreich das "Große Silberne Ehrenzeichen" und das "Ehrenkreuz 1. Klasse für Wissenschaft und Kunst". Das Wissen um die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft als Grundlage modernen Unternehmertums kam in der Verleihung der Ehrensenatorwürde der Universität ebenso zum Ausdruck wie die Bedeutung seines diplomatischen Wirkens für das internationale Ansehen Österreichs durch die Auszeichnung mit dem "Goldenen Azteken-Adler" anläßlich der 20jährigen Tätigkeit als Honorarkonsul der Vereinigten Staaten von Mexiko. Mehr als alle Orden und Titel aber bedeuteten Manfred Swarovski das Wohlergehen und die soziale Sicherheit der mehr als 5000 Mitarbeiter in den Swarovski-Betrieben Tirols. Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an KR. Manfred Swarovski durch die Gemeinden Wattens und Fritzens und die "Tyrolit-Stadt" Schwaz war deshalb ein Zeichen des Dankes für die großzügige Unterstützung sozialer und kommunaler Einrichtungen in diesen "Swarovski-Gemeinden".

Der Gründer der Dynastie Swarovski, Daniel Swarovski, (1862 bis 1956), stammte aus Georgenthal im Bezirk Gablonz. Im Laufe seiner Tätigkeit kam er im Jahre 1895 nach Wattens in Österreich, wo heute Swarovski seinen Hauptsitz hat. Der nunmehr verstorbene Nachfahre Komm.-Rat Konsul Manfred Swarovski hat sich mit der Familie auch um eine gute Zusammenarbeit mit der Gablonzer Genossenschaft Enns bemüht.

Ausstellung donauschwäbischer Künstler

Aus Anlaß des Gedenkjahres "Fünfzig Jahre Zweite Republik" veranstaltet der Schwabenverein (Organisation der heimatvertriebenen Donauschwaben) zum Thema "Fünfzig Jahre Donauschwaben in Österreich" eine Ausstellung zweier sehr bekannter donauschwäbischer Künstler: Prof. Joseg Elter und Prof. Josef Hammerstiel. Die Ausstellung findet vom 2. bis 14. März, von 10 bis 18 Uhr, im Palais Palffy, 1010 Wien, Josefsplatz, statt. Für besonders Interessierte findet am Mittwoch, dem 8. März, von 17 bis 18 Uhr, eine Sonderführung unter Anwesenheit der Künstler statt (Voranmeldung unter Telefon 40 00/81 7 52, Frau Eder).

Ein Anfragebündel an Bundeskanzler und an Minister in Österreich

Mit einem Bündel von bis zu 14 Anfragen wendete sich der Abgeordnete Dr. Ofner (Freiheitliche) an Bundeskanzler Dr. Vranitzky sowie an die Minister für auswärtige Angelegenheiten, Wissenschaft und Justiz. Anlaß ist die fünfzigste Wiederkehr der Vertreibung und die dadurch aufgeworfenen Probleme außenpolitischer, rechtlicher und wissenschaftlicher Natur.

Wir veröffentlichen hier die 14 Anfragen an den Herrn Bundeskanzler:

Anfrage:

1. Sind Sie sich dessen bewußt, daß sich die Vertreibung von Millionen Alt-Österreichern deutscher Zunge aus ihrer angestammten Heimat – und im Rahmen dieses schrecklichen Geschehens die Ermordung von Hunderttausenden von unschuldigen Menschen, vom Raub sämtlichen Vermögens aller dieser Opfer ganz abgesehen – ihrem Höhepunkte nach heuer zum 50. Mal jährt?

2. Ist Ihnen bekannt, daß eine persönliche Schuld all dieser vertriebenen und beraubten bzw. ermordeten Menschen von niemandem, auch nicht von seiten der Vertreiber, auch nur behauptet wurde?

3. Ist Ihnen bekannt bzw. bewußt, daß damals allein aus dem Gebiet der seinerzeitigen CSR 3,5 Millionen Alt-Österreicher deutscher Zunge vertrieben – und bei dieser Gelegenheit 242.000 von ihnen umgebracht wurden, aus dem Bereich des heutigen Jugoslawien ca. 375.000 vertrieben und weitere 375.000 ermordet wurden?

4. Wissen Sie, daß damals zum Beispiel aus der seinerzeitigen CSR nicht nur die Alt-Österreicher deutscher Zunge, sondern auch Ungarn und sogar die Bürger des Fürstentums Liechtenstein vertrieben und ihres sämtlichen Vermögens beraubt wurden?

5. Ist Ihnen bekannt, daß dieses entsetzliche Verbrechen von Rechtsgelehrten von hervorragendem internationalem Ruf, so z. B. von dem österreichischen Menschen- und Völkerrechtler Abg. a. D. Universitätsprofessor Dr.
Felix Ermacora und von dem österreichischen
Volksgruppenrechtler Prof. Dr. Theodor Veiter
als Völkermord im Sinne der diesbezüglichen
anerkannten Definitionen und Regelungen der
Menschenrechte und des Völkerrechts festgestellt wurden?

6. Teileň Sie das Wissen der Anfragesteller, daß dieser entsetzliche Völkermord, der – wie die Untaten des Nationalsozialismus – zu den schrecklichsten Verbrechen der Geschichte zählt, mit keinen anderen Verbrechen, die von Staaten oder von Einzelpersonen begangen wurden, rechtlich zulässig begründet, etwa "aufgerechnet", gar "entschuldigt" werden kann?

7. Sind Sie sich dessen bewußt, daß ca. 350.000 Opfer dieses Vertreibungsverbrechens bzw. Hinterbliebene bei dieser Gelegenheit Ermordeter nunmehr Staatsbürger der Republik Österreich sind?

8. a) Welche Maßnahmen werden Sie in Ihrer Funktion als Bundeskanzler aus Anlaß dieses traurigen Jubiläums, nämlich, daß sich das entsetzliche Vertreibungsverbrechen, begangen vor allem an etlichen Millionen Alt-Österreichern deutscher Zunge, heuer zum 50. Mal jährt, setzen?

8. b) Für wann ist – datumsmäßig – mit diesen Maßnahmen zu rechnen?

9. a) Welche Gedenk-, Bedenk- bzw. Mahnveranstaltungen wird es im Verantwortungsbereich der Bundesregierung diesbezüglich geben?

9. b) Wann und wo werden sie stattfinden?
 10. Welche Symposien oder ähnliche Veranstaltungen werden aus diesem Anlaß durchgestaltungen werden aus diesem Anlaß durchge-

staltungen werden aus diesem Anlaß durchgeführt werden?

11. Werden Sie in Ihrer Funktion als Bundeskanzler dafür Sorge tragen, daß insgesamt das entsetzliche Verbrechen der Vertreibung von Millionen unschuldiger Menschen aus ihrer angestammten Heimat und die Ermordung von etlichen Hunderttausenden von ihnen vor nunmehr 50 Jahren nicht in Vergessenheit gerät, sondern daß es für die Gegenwart ebenso wie für die nächsten Generationen, sohin für die Zukunft, vollständig offengelegt, lückenlos dokumentiert, im Bewußtsein wachgehalten und damit verhindert wird, daß das Wissen um dieses grauenhafte Geschehen verdrängt wird bzw. der Vergessenheit anheim fällt?

12. a) Welche Anstrengungen haben Sie in Ihrer Funktion als Bundeskanzler bisher in Richtung auf Wiedergutmachung des vor nunmehr 50 Jahren an Millionen unschuldigen Alt-Österreichern begangenen Unrechts, vor allem, was die Möglichkeit zu ihrer Rückkehr in die angestammte Heimat bzw. was die Rückstellung des ihnen seinerzeit geraubten Vermögens anlangt, konkret unternommen?

12. b) Welche Gespräche sind wann genau mit wem in diesem Zusammenhang geführt, welche Forderungen sind erhoben, welche Maßnahmen sind in die Wege geleitet worden?

13. Ist Ihnen bekannt bzw. bewußt, daß z. B. in der heutigen Tschechischen Republik noch immer 60.000 bis 100.000 Alt-Österreicher deutscher Zunge leben, Hunderttausende in Ungarn, 100.000, mehr oder weniger, in Rumänien, zahlreiche in der Slowakei, in Slowenien, in Kroatien etc., und daß es für diese Menschen, vor allem in Tschechien und in Slowenien, nicht einmal die elementarsten ihnen nach den internationalen Regeln an und für sich zustehenden Volksgruppen- bzw. Menschenrechte gibt?

14. a) Was werden Sie konkret tun, um zu bewirken, daß diesen Alt-Österreichern deutscher Zunge die ihnen zustehenden Volksgruppen- bzw. Menschenrechte endlich zuteil werden?

14. b) Wann ist mit welchen Maßnahmen in dieser Richtung – von Ihrer Seite – konkret zu rechnen?

Verfassungsgericht entscheidet über Enteignung Sudetendeutscher

Das tschechische Verfassungsgericht will am 8. März über die 1945 verfügte Enteignung von damals in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen und Ungarn entscheiden.

An diesem Tag wird in öffentlicher Sitzung ein Antrag eines tschechischen Statsbürgers deutscher Nationalität verhandt. Er fordert, den umstrittenen Erlaß 108 des damaligen CSR-Präsidenten Edvard Beneš über die ersatzlose Enteignung und den Verlust der Vermögensrechte aufzuheben.

Beneš hatte von 1940 bis 1945, teils im Exil in London, teils nach der Rückkehr nach Prag, fast hundert Dekrete erlassen, die im Februar 1946 nachträglich von der Einstweiligen Nationalversammlung (Parlament) bestätigt und damit Gesetz wurden. Als Nachfolger dieses Parlaments hat das Prager Abgeordnetenhaus dem Verfassungsgericht in einer schriftlichen Note die Beibehaltung der Erlässe empfohlen.

Die Präsidentendekrete gelten in Tschechien auch auf Regierungsebene als unantastbar, da bei einer Aufhebung massive Vermögensforderungen der nach dem Zweiten Weltkrieg aus der damaligen Tschechoslowakei vertriebenen über drei Millionen Sudetendeutschen befürchtet werden.

Umfragen zufolge ist die Mehrheit der Tschechen für die Beibehaltung der Erlässe, die von deutschen, österreichischen und ungarischen Juristen und Politikern als völkerrechtswidrig eingestuft werden.

Ferienaufenthalt für Kinder und junge Leute: Sommerlager 1995

Diesmal wird diese Ferienmaßnahme vom 15. bis 22. Juli in der Steiermark, auf der Tauplitz, in 1500 Meter Höhe, für Kinder und junge

Landestreffen der SL-Hessen in Fulda

Die Landesgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Hessen trifft gemeinsam mit der SL-Kreisgruppe Fulda alle Vorbereitungen zur Durchführung des VII. Landestreffens der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hessen in Fulda in der Richthalle. Die wunderschöne barocke Domstadt erwartet am 19. und 20. August Tausende unserer Landsleute zum Tag der Sudetendeutschen, zu dem auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Landsleute aus Thüringen erwartet werden. In der Galerie vor den Spiegelsälen im Stadtschloß Fulda zeigen wir die Ausstellung "Auf der Suche nach der verlorenen Geschichte", Eröffnung am Freitag, 18. August, 11 Uhr; am Samstag, 19. August, findet in der Richthalle ein großer Volkstumsabend und am Sonntag, 20. August, 9.30 Uhr, der gemeinsame Gottesdienst im Dom und nach dem Zug der Gottesdienstteilnehmer vom Dom zur Richthalle dort die Kundgebung mit anschließendem Heimattreffen statt.

Leute im Alter von ca. 9 bis 16 Jahre aus ganz Österreich durchgeführt. Auch heuer werden wieder sudetendeutsche Kinder aus Böhmen und Mähren teilnehmen sowie karpatendeutsche Kinder und Kinder aus Siebenbürgen!

Die Teilnehmer werden wieder eine nette Woche in einer frohen Gemeinschaft bei Sport und Spiel, Baden, Wandern, Ausflügen, Romantik, Lagerfeuer usw. verleben.

Der Lagerbeitrag beträgt nur S 1620.-, die Fahrtkosten werden ersetzt! Alle Kinder und jungen Leute können – soweit eben der Platz reicht – daran teilnehmen, auch die Freunde Ihrer Kinder! In der letzten Nummer der Sudetenpost gab es eine weitgehende Information, bitte dort nachzulesen. Flugblätter und weitere Informationen können bei uns angefordert bzw. eingeholt werden.

Sofortige Anmeldungen, mit Geburtsdaten und allfälliger telefonischer Erreichbarkeit, sind an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien, zu richten (Postkarte genügt – Sie erhalten von uns sofort eine Antwort, sowie einen Zahlschein zur Einzahlung einer Vorauszahlung). Gerade heuer sollten viele junge Leute teilnehmen. Daher bitte weitersagen und zur Teilnahme werben.

Tschechiens Verlage in Leipzig dabei

Regionaler Schwerpunkt der Leipziger Buchmesse ist in diesem Jahr die Tschechische Republik. Mehr als 60 Verlage wollen sich nach Angaben der Messegesellschaft vom 23. bis 26. März in Leipzig präsentieren. Hauptanliegen dieser Aussteller sei, Partner für eine Zusammenarbeit aus Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern zu finden und Lizenzgeschäfte abzuschließen. "Zuvor haben wir ein Verlegerseminar in Prag veranstaltet, damit sich die Verlage auf die Buchmesse einstellen konnten", berichtete Cornelia Wohlfarth, die Vorsitzende der Messe-Geschäftsführung.

Aus der sudetendeutschen Heimat

Von Toni Herget

Neustadt in Mähren

Neben den bekannten Schigebieten im Erzgebirge, im Riesen- und Isergebirge sowie um den Spitzberg im Böhmerwald, gehörten auch etliche Wintersportzentren in Mähren. Nach sechs Jahren wurden im Vorjahr auch wieder in Neustadt/M. Schilangläufe mit internationaler Beteiligung durchgeführt. Als Austragungsort dieser Läufe erhielt Neustadt den Zuschlag, weil der dortige Sportklub, der ursprünglich als Eislaufverein begann, hundert Jahre alt wurde. Die ältesten sudetendeutschen Wintersportvereine – zugleich die ältesten im alten Österreich – wurden in Nordböhmen gegründet.

Mährisch Schönberg

Durch einen sehr spät entdeckten Brand des Mährisch Schönberger Theates wurden die Bühne, der Zuschauerraum, der Kostümfundus und ein Teil des Daches zerstört. Über die Brandursachen kursieren verschiedene Versionen, auch die der vorsätzlichen Brandlegung. Die Stadt schätzt den entstandenen Schaden auf mindestens 50 Millionen Kronen.

Zusammenhalt trotz Vertreibung: Die Deutsch-Akademische Alpenvereinsgruppe an der DTH Brünn

Die Deutsch-Akademische Alpenvereinsgruppe an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn/Mähren ist bis heute eine einmalige Gruppe in der Vereinsgeschichte des DAV. Sie war eine vom Rektorat anerkannte ordentliche Korporation an der DTH zu Brünn. Ordentliche Mitglieder waren inskribierte Hörer, außerordentliche Angehörige anderer Korporationen, Absolventen von Unis, Alte Herren (zu diesen gehörten 14 Hochschulprofessoren). Alle Mitglieder mußten einer AV-Sektion angehören. Die Gruppe war - der tschechischen Polizei gegenüber - ein eingetragener Verein, zudem war sie Mitglied des Hauptverbands der deutschen Wintersportvereine (HDW), um bei Skiwettkämpfen starten zu können. Gegründet 1913, bestand sie bis 1939, dann erfolgte ihre Eingliederung in den Bund für Leibesübungen.

Die Gruppe war straff organisiert. Es gab einen wöchentlichen Stehkonvent in der Aula, Gruppen- und Sektionsabende (DAV-Sektion Moravia, Brünn, Training für Leichtathletik, Schwimmen, Skilauf, Klettern in der Kletterschule, im Herbst Höhlenbesuche, Wettkämpfe, Tanzabende und alpine Lichtbildervorträge im Großen Hörsaal der TH. Diese gaben uns Gelegenheit, mit prominenten Vortragenden ins Gespräch zu kommen. So mit Dr. Blodig, Sepp Dobiasch, Peter Aschenbrenner, Prof. Schwarzgruber, Horeschowsky, Finch, Visser, Kugy, Flaig und anderen mehr. Ein Plakatwettbewerb für solche Vorträge war für die Architekten unter uns ein besonderer Anreiz.

Hallenfußballturnier in Himberg

Am Sonntag, dem 26. März, findet in der Freizeithalle Himberg bei Wien ein Hallenfußballturnier statt! Beginn ist um14 Uhr, Ende um 18 Uhr. (Eintreffen in Himberg bis 13.45 Uhr.) Spielen nur mit Turnschuhen gestattet, Fußballschuhe jeglicher Art sind nicht gestattet. Natürlich sind auch Zuseher herzlich willkommen (diese werden ebenfalls ersucht, Hausschuhe zum Betreten der Halle mitzunehmen). Für interessierte Mädchen und Frauen möchten wir in der großen Pause ein Volleyball-Spiel machen - wer möchte mitmachen? Interessierte Herren für das Fußballturnier und Damen für das Volleyballspiel mögen sich bitte so bald als möglich bei uns melden (Postkarte an die Sudetendeutsche Jugend, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien, reicht - bitte Alter und telefonische Erreichbarkeit angeben!). Duschen sind genügend vorhanden! Es wird zwecks Deckung der Hallenmiete ein kleiner Betrag von allen aktiven Teilnehmern eingehoben!

Toni-Schicho-Bowling-Gedächtnis-Turnier

Vor drei Jahren ist unser Landsmann Toni Schicho, geboren in Südmähren, der Weltmeister im Dauerbowling war (24-Stunden-Bowling) und auch recht erfolgreich als Senior seine Pints "schob", verstorben. Aufgrund dessen veranstaltet der Arbeitskreis Südmähren am Sonntag, dem 9. April, in der Engelmann-Sporthalle in Wien 17, Jörgerstraße 24, das dritte Gedächtnis-Bowling-Turnier und lädt dazu alle Freunde des Bowlings bzw. des Kegelns - sowie alle, die es noch werden wollen - recht herzlich dazu ein. Jedermann - egal ob Frau, ob Mann, Jugendlicher usw. - kann daran teilnehmen. Vor allem rufen wir auch die älteren Jahrgänge zum Mitmachen auf, es wird bestimmt sehr lustig und gemütlich werden. Beginn ist um 14 Uhr - Treffpunkt 13.45 Uhr (bitte pünktlich sein!). Von jedem Teilnehmer wird ein kleiner Beitrag zur Deckung der Bahnmiete eingehoben. Kommen Sie bitte in sportlicher Kleidung (keine beengenden Sachen anziehen). Es gibt sehr schöne Pokale und Preise zu gewinnen. Zwecks organisatorischer Vorbereitung wird um Anmeldung beim Arbeitskreis Südmähren, Josef Mord, Hellwagstraße 15/7/19, 1200 Wien, ersucht. Damit helfen Sie uns bei den Vorbereitungen.

Selbstverständlich können auch Freunde mitgenommen werden.

Dank unseres Trainings in Leichtathletik, Schwimmen, Degenfechten, Waldlauf und Skilaufen erreichten wir in verschiedenen Wettkämpfen vordere Plätze, so bei den HDW-Meisterschaften, bei den schlesischen Hochschulmeisterschaften in Bad Reinerz, in-Krummhübel (erste Plätze im Abfahrtslauf beim Porpaci-Pokal in der Hohen Tatra), bei den internationalen Hochschulmeisterschaften in Bad Hofgastein 1938 (erster Platz im Staffellauf, 2. und 3. Plätze im Patrouillenlauf usw.). Wir stellten viele Jahre den Leiter des Amtes für Leibesübungen, unterhielten eine Ausrüstungsstelle für Seile und Klettergerät, schufen Führer-Literatur und verteilten Sommerbergfahrtenzuschüsse. In die Berge fuhren wir per Fahrrad, schwer bepackt mit Zelt, Kocher, Seilen usw. In all den Jahren hatten wir auch keinen nennenswerten Unfall zu verzeichnen. Und es gelangen uns Erstersteigungen und Erstbegehungen, wie Gerlsdorfer Spitze (2655 m, Hohe Tatra), erste Winterbesteigung 1926; Mutmalspitze-Nordwand in den Ötztalern, 1933; Watzespitze (Ostgrat, 1936; Kohlalpel- und Steinalpentürme im Haunoldgebiet usw.

Die heimatlichen Kletterschulen wurden durch uns erschlossen. 1926 entstand der Kletterführer über die 40 km südlich von Brünn gelegenen Pollauer Berge, 1938 der Kletterführer vom Rabenstein im Josefstal, das knapp nördlich von Brünn liegt. Es gab Festschriften bzw. Gedenkschriften zum 10-, 25-, 50- und 75jährigen Bestehen der Gruppe, wovon ein Belegexemplar stets die AV-Bibliothek erhielt.

In der letzten dieser Gedenkschriften wurden die beiden Kletterführer neu abgedruckt, als Dokumentation dieser Erschließungstätigkeit einer deutschen Gruppe.

Die Sektion Moravia besaß zuerst eine Hütte am Stoderzinken, die heutige Brünner Hütte (früher DuÖAV-Sektion Austria), dazu nach 1927 die Wangenitzseehütte (2508 m) in der Schobergruppe. Diese Arbeitsgebiete der Sektion versorgten Gruppenmitglieder mit Gipfelbüchern. Die Wangenitzseehütte fiel 1947 einer Brandstiftung zum Opfer. Sie wurde 1966 von der ÖAV-Sektion Holland neu errichtet. Eine Spende der Gruppenmitglieder hat zur Einrichtung eines Moravia-Zimmers darin beigetragen.

Nach dem Kriege trafen sich ehemalige Mitglieder der Gruppe jährlich im Bayerischen Wald, in St. Ulrich im Grödnertal, im Odenwald usw. Der Zusammenhalt blieb also trotz Vertreibung aus der Heimat, trotz Verlusts sämtlicher Vermögenswerte und trotz der Ansiedlung an ganz verschiedenen Orten in Deutschland, Österreich, in der Schweiz und in Italien bestehen. 1968, beim einzigen Treffen der Absolventen der Brünner DTH in Salzburg, kamen noch immer 49 von uns zusammen.

Uns hatte die Zeit im Kreise von gleichgesinnten Kameraden in den Bergen, am Seil, beim Skilauf und Wettkampf Halt gegeben, den Krieg, die Kriegsgefangenschaft, den Todesmarsch der Brünner 1945, die Vertreibung aus der Heimat zu ertragen. Erhard Wagner aus: "Mitteilungen d. Deutschen Alpenvereins"

Delegierte der Deutschen Wirtschaft

Büros der Delegierten sind Vertretungen der Deutschen Wirtschaft. Die Büros bieten eine Erstberatung über das Gastland und helfen bei der Aufnahme von Kontakten mit heimischen Unternehmen und Behörden. Die Büros stehen auch heimischen Unternehmen mit Interesse an einer Geschäftsanbahnung mit Deutschland zur Verfügung. Die Büros werden vom Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft fachlich betreut und vom DIHT (Deutscher Industrie und Handelstag) und BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) getragen. Für die Tschechische Republik/Slowakische Republik lautet die Adresse: Dr. Jürgen Möllering, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer, Masarykovo nabrezi 30, 11000 Prag, Telefon 0042 2 24 91 52 16, Fax: 0042 2 24 91 38 27.

50 Jahre Vertreibung – 50 Jahre Wiederaufbau

1995 ist ein besonderes Gedenkjahr. Vor 50 Jahren, am 8. Mai 1945, ging der unselige Zweite Weltkrieg zu Ende. In den Medien werden wir in diesem Jahr zur Genüge an diese schreckliche Zeit zurückerinnert werden. Es ist nur zu hoffen, daß uns diese Erinnerungsbilder nicht abstumpfen, sondern deutlich machen: Ein solches Schicksal darf Europa nicht noch einmal widerfahren. Wir müssen alles tun, um Kriege und Leid und Tod zu vermeiden. Da ist jeder von uns gefragt! Wie gehe ich mit meinen Mitmenschen um, wie verkehre ich mit meinem Nachbar, wie mit Fremden in unserem Land?

Aber 1995 heißt nicht nur 50 Jahre Vertreibung, sondern auch 50 Jahre Wiederaufbau. Jeder von uns aus der Erlebnisgeneration hat diesen Wiederaufbau anders erlebt – aber jeder hat ihn mitgestaltet. Mit Stolz verweisen wir wieder auf Haus und Heim, auf Arbeit und Beruf, auf Erfolge und Glück. Unserem Land war es vergönnt – auch dank einer guten Politik – sich in Frieden entwickeln zu können, und wir durften es auch noch erleben, daß der Ruf "Wir sind ein Volk" ein Unrecht- und Gewaltsystem zum Wanken brachte und uns die Wiedervereinigung schenkte.

In "Karpatenpost"

Begehrter Standort Ungarn

Ungarn ist ein begehrter Wirtschaftsstandorf geworden. Unternehmen aus dem Ausland haben bisher dort rund 6,3 Milliarden Dollar in eigene Tochtergesellschaften oder in Beteiligungen gesteckt. Auf dem zweiten Rang liegt Rußland mit einem Investitionsvolumen von 3,6 Milliarden Dollar, gefolgt von der Tschechischen Republik und Polen. Möglichst frühzeitig auf möglicherweise wichtigen Zukunftsmärkten präsent zu sein sowie mit niedrigeren Lohnkosten billiger produzieren zu können als im eigenen Land, das sind wichtige Motive für Investoren aus dem Ausland. Dafür verlangen sie freilich von ihren "Gastländern" auch Gegenleistungen. Ausländisches Kapital kommt nämlich nur dann in größerem Umfang in ein Land, wenn das Umfeld stimmt. Dazu gehört vor allem ein glaubwürdiges Programm für die Privatisierung der einst zentralverwalteten Wirtschaft.

Verfahren gegen Wonka eingestellt Der tschechische Präsident Havel hat ange-

ordnet, das Verfahren gegen Georg Wonka einzustellen, nachdem ein Bezirksgericht dessen Entlassung aus der Krankenabteilung des Prager Pankrác-Gefängnisses verfügt hatte. Wonka war wegen "Beleidigung einer Amtsperson" verhaftet und dabei von der Polizei verletzt worden. Georg Wonka ist der Bruder des 1988 von der tschechoslowakischen Staatssicherheit (StB) zu Tode gefolterten Dissidenten Paul Wonka. Die Staatsanwaltschaft hatte Georg Wonka vorgeworfen, die noch amtierende Richterin und die Staatsanwältin beleidigt zu haben, die an der letzten Verurteilung seines Bruders beteiligt waren. Verschiedene Bürgerrechtsgruppen hatten heftig gegen die Festnahme Georg Wonkas protestiert. Zuletzt hatte sich die Schauspieler-Vereinigung in einem offenen Brief an Havel "empört" über die "brutale Verhaftung" geäußert. Vor dem Hintergrund "ungesühnter kommunistischer Verbrechen, eingestellter Verfahren und vorzeitiger Entlassungen kommunistischer Protegés" sei die Verfolgung Wonkas "eine Verhöhnung der Gerechtigkeit und eine Verachtung der Moral".

Churchill zur Vertreibung

Am 13. Dezember 1944 erklärte der britische Premierminister Winston Churchill vor dem Unterhaus in London: "Natürlich würde ein Bevölkerungsaustausch im Osten und Norden die Folge sein. Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte vom Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je

Beitrag zur Kriegführung?

Die tschechische Zeitung, "Lidove noviny" befürchtet, daß ein weiterer Milliarden-Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Rußland im Krieg mit Tschetschenien eingesetzt werden könnte: Rußland braucht neue und neue Kredite. Sechs Milliarden Dollar vom IWF sind bereits auf dem Weg. Der ehemalige Finanzminister Boris Fjodorow kommentierte die ganze Situation mit den Worten:Aber was werden wir in einem Jahr machen? Rußland kann nicht bis ins Unendliche die eigene Wirtschaft für fremdes Geld stabilisieren, wenn die Unordnung im eigenen Haus bereits alle Grenzen überschritten hat." Im Unterschied zu den Kosten für die Militärparaden anläßlich des 50. Jahrestages des Sieges (über den Faschismus) sind im Budget die Kosten für den Krieg in Tschetschenien nicht enthalten. Angeblich werden die aus irgendwelchen Reservefonds gedeckt. Falls der IWF-Kredit nicht von der klaren Forderung nach Beendigung des Kaukasus-Konfliktes begleitet wird, wird er faktisch zu einem Beitrag für die Kriegführung."

Die Geschichte des Weinbaues im Sprachvergleich

Für das nächste Kapitel der "Enzyklopädie des Weinbaues in Südmähren" - die Geschichte des Weinbaues - ist ein kleiner Beitrag über "Die Geschichte des Weinbaues im Sprachvergleich" vorgesehen. Aufgrund einer Ankündigung darüber im eben erschienenen "Lexikon des Weinbaues in Südmähren" wird von etlichen Landsleuten und von zwei Universitäten gewünscht, daß dieser Beitrag in zwei Bereichen ausgebaut wird: "Relikte der germanischen Winzersprachen in den sudetendeutschen Dialekten" (vorwiegend Südmähren und Nordböhmen) und "Gegenseitige Übernahme von Wörtern aus der Winzersprache: einerseits deutsch, andererseits tschechisch/slowakisch/ mährisch. Beiträge dazu werden von Hans Zuckriegl, A-1210 Wien, Wildnergasse 22, entgegengenommen. Er erteilt auch weitere Aus-

Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkgottesdienst am 12. März

Zum Gedenken an unseren großen südmährischen Heiligen – dieser ist auch der Schutzpatron von Wien – findet am Sonntag, dem 12. März, um 9.30 Uhr, in der Kirche Maria am Gestade, Wien 1, Concordiaplatz, eine große Festmesse statt! Alle Landsleute aus allen Teilen des Sudetenlandes sowie all unsere Freunde sind recht herzlich eingeladen, diesen Gedenkgottesdienst zu besuchen!

Tschechischer Medienspiegel

Vorrangige Themen und Probleme im Berichtszeitraum:

1. Die lange vorher angekündigte Rede des tschechischen Präsidenten Václav Havel, die speziell den tschechisch-deutschen Beziehungen gewidmet war

Diese Rede war von erstrangiger Bedeutung, da in ihr die Grundposition des tschechischen Präsidenten in dieser Frage klar abgesteckt wurde. Mit den Ideen, die diese Rede enthielt, identifizierten sich fast alle relevanten politischen Kräfte in der Tschechischen Republik. Premier Václav Klaus, der sich mit dem Inhalt der Rede vorher vertraut machen konnte, erklärte gegenüber Journalisten, er sei mit Inhalt und Ausrichtung der Rede einverstanden. In den Zeitungskommentaren zu dieser Rede, die das Motto hatte "Tschechen und Deutsche auf dem Weg zu guter Nachbarschaft", wird hervorgehoben, daß Václav Havel auf der einen Seite das "Ende der Ara der Entschuldigungen", auf der anderen Seite den Beginn einer neuen Etappe der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten" verkündete.

2. Die Problematik der Beneš-Dekrete

Obwohl dieses Thema in der Rede Václav Havels nicht direkt genannt wurde, sprach sich der Präsident eindeutig dafür aus, daß diese Dekrete nicht in Zweifel gezogen werden. In der Tagespresse erschien eine Nachricht, derzufolge das tschechische Verfassungsgericht im März über die Verfassungsklage des Unternehmers Dreithaler, der die Aufhebung einiger Dekrete des Präsidenten Edvard Beneš forderte, entscheiden soll.

Die Tageszeitung "Rudé právo" veröffentlichte in diesem Zusammenhang ein ausführliches Gespräch mit dem Historiker Richard Král, das den Titel trägt: "Beneš war das Staatsoberhaupt und seine Dekrete haben das damalige Völkerrecht nicht verletzt." Darin wird die Rechtmäßigkeit der Beneš-Dekrete begründet, indem auf das Münchener Diktat als völkerrechtswidriger Akt hingewiesen wird, wonach die Abdankung des Präsidenten Beneš eigentlich rechtlich ungültig war.

"Lidové noviny", 18. 2. 1995 – Die Zeit der Entschuldigungen ist zu Ende

... Präsident Havel legt seine Ideen in der Zeit vor, da das ganze Europa angesichts des 50. Jahrestags des Kriegsendes eine Bilanz zieht und sich mit Aussichten für die Zukunft befaßt. Als ein Teil dieser Bilanzierung sollte auch die Rede verstanden werden. Nicht nur auf seiten der Tschechen, sondern auch (vielleicht vor allem) auf seiten der Deutschen wird das gegenseitige Verhältnis eine bedeutende Rolle in ihrer Stellung in Europa spielen. Václav Havel hat sich zu diesem Thema nicht das erste Mal geäußert. Das Echo von der deutschen Seite war jedoch bisher ungenügend. Vielleicht kann man jetzt, in der gegenwärtigen Situation in Deutschland und in Europa, mehr Entgegenkommen erwarten. Der tschechische Präsident sprach nicht für die Archive. Wenn die deutsche Seite nicht begreift, daß es hier um eine Chance zum Neuanfang eines solchen Dialogs geht, der schrittweise zur Lösung aller noch offenen Fragen im Bereich der Politik und Wirtschaft führen würde, dann waren die Bemühungen der tschechischen Seite umsonst. Hoffen wir, daß dem nicht so sein wird... Wir werden die Geschichte nicht ändern, aber es ist unsere Pflicht, uns die Wahrheit über sie zu sagen, führte der tschechische Präsident ferner an. In dieser Hinsicht gibt es allerdings auf unserer Seite einen Nachholbedarf. Die vierzig Jahre Verschweigen und Verzerrung der Geschichte kann man jedoch nicht sofort wiedergutmachen. Wir haben hinter uns fünf Jahre Freiheit und gerade in Fragen der tschechisch-deutschen Beziehungen hat sich nur sehr wenig gerührt. Schuld daran ist sowohl die Politik als auch die Publizistik. Unsere Überschätzung und Vergrößerung der negativen Erscheinungen auf der deutschen Seite kommt nur den Randgruppen und Einzelpersonen zugute, die erst durch die in Böhmen ausgelöste Reaktion in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit geraten... Politiker und Publizisten müssen diese Frage deutlich und konsequent nach vorne schieben. Je konsequenter die tschechische Seite jene "sachliche Suche nach Wahrheit" erfüllen wird, desto nachdrücklicher kann sie es von der deutschen Seite verlangen.

"Mladá fronta dnes", 18. 2. 1995 – Auch Millionen Mark werden für die Versöhnung nicht reichen

... Man kann verstehen, daß die Bundesrepublik kurz vor dem 50. Jahrestag des Kriegsendes die gesamteuropäische Versöhnung erreichen möchte, die ohne einen Ausgleich mit dem tschechischen Nachbarn nicht definitiv sein könnte. Ein Scheck über 80 oder mehr Millionen Mark ist aber heute nur noch ein schwaches Trostpflaster auf die antideutschen Stimmungen in der tschechischen Öffentlichkeit. In den vergangenen fünf Jahren hat sie vor allem die Bonner Regierung durch ihre Abwarte- und Ausweichtaktik gefördert. Die Gelegenheit dazu bot ihr allerdings Dienstbiers Diplomatie, die in der Euphorie der Zeit nach der Wende die Bonner Versprechen für bare Münze genommen hat. Die Ausweichmanöver der Bonner Regierung drehten sich vor allem um die Sudetendeutschen. Um die bayerische CSU zu befriedigen, deutete die Bonner Regierung der tschechischen Seite an, es wäre gut, wenn die tschechische Seite mit den Sudetendeutschen verhandeln würde. In den offiziellen Verhandlungen haben jedoch Kohls Unterhändler derlei Forderungen nie gestellt... Das alles hatte in der tschechischen Öffentlichkeit die tragischen Erfahrungen mit den Sudetendeutschen wieder in Erinnerung gerufen, dadurch wurden die Befürchtungen vor dem mächtigen Nachbarn wieder lebendig, von denen aus innenpolitischen Gründen vor allem die tschechische Linke profitiert. Die Entscheidung der tschechischen Regierung und des Parlaments, die tschechischen Opfer des Nazi-Regimes aus unseren Mitteln zu entschädigen, hat zwar den Überdruck ein bißchen gelockert, allerdings gären nach wie vor antideutsche Stimmungen in einem beträchtlichen Teil der tschechischen Öffentlichkeit... Nach der tschechischen humanitären Geste ist jetzt die deutsche Seite an der Reihe. Wenn sich Deutschland 50 Jahre nach dem Krieg rehabilitiert, kann es das nur schwer ohne Ausgleich mit den Tschechen tun. die Deutschlands erstes Opfer waren. Gleichzeitig muß man bedenken, daß, wenn dies nicht rechtzeitig getan wird, unsere linksgerichtete Opposition in der Wahlkampagne antideutsche Stimmungen mit allen Mitteln schüren wird. Wenn Bundeskanzler Kohl in Mitteleuropa keine unnötigen Probleme haben will, ist es für ihn höchste Zeit, die tschechische Agenda aus der Schublade herauszuholen und Prag etwas Wesentliches anzubieten.

"Rudé právo", 17. 2. 1995 – Deutschland hat nicht vor, die Entschädigung der tschechischen Opfer des Nazi-Regimes zu erstatten

Die Regierung betont zwar, daß sie von Deutschland nach wie vor die Entschädigung der tschechischen Opfer des Nazi-Regimes fordert, Bonn hat jedoch kürzlich kundgetan, daß es nicht die Absicht hat, die Summe, die Betroffene aus dem tschechischen Staatshaushalt bekommen, zu ersetzen. Beide Seiten erklären zugleich, daß die Frage der Entschädigung von der Agenda der gegenseitigen Verhandlungen nicht verschwunden ist.

"Mladá fronta dnes", 18. 2. 1995 – Deutsche Politiker begrüßen die Rede, nur Neubauer hat sie nicht gefallen

...Der Staatssekretär im Bonner Außenministerium, Dieter Kastruß, betonte, daß Havels Rede ein Schritt auf dem Weg zur Zukunft war. "Wir auf der deutschen Seite werden erwägen müssen, wie wir auf sie reagieren werden, ohne Widerhall wird sie jedoch sicher nicht bleiben." Der außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, hält Havels Rede für einen Erfolg, der zweifellos zum Anfang des tschechisch-deutschen Dialogs werden wird. In diesen Dialog werden nach Lamers mit der Zeit auch die Sudetendeutschen einbezogen werden... Dagegen hat der SL-Sprecher Havels Rede kritisiert.

"Rudé právo", 18. 1.1995 – Der Petitionsausschuß will nicht, daß über Walderodes Ansprüche die Grundstücksbehörde entscheidet

Der Petitionsausschuß der Bürger der Städte Turnau und Semil und die Vertreter der Stadt Turnau halten den Leiter der Bezirksgrundstücksbehörde Ing. Josef Matura, für eine befangene Person, die in der Angelegenheit der Restitutionsforderungen von Karl des Fours-Walderode nicht entscheiden sollte... Die Bürgermeisterin von Semil, die ehemalige Vorsitzende des dortiger Bezirksamts, Václava Kodejsková, sagte, daß die Entscheidung des Landwirtschaftsministers Josef Lux (KDU-CSL), die Entscheidung über das betreffende Problem und über alle Restitutionsfragen dieser Art an die Grundstücksbehörde des Bezirksamtes Semil zurückzuüberweisen, die Grundstücksbehörde zur Rückgabe des Eigentums an Karl des Fours-Walderode berechtigt.



_____,Bruna Wien" =

Beim Heimatabend am 11. Februar begrüßte Obmann Ing. Wenisch die Teilnehmer. Von St. Pölten angereist war als neues Mitglied Frau Johanna Marzek. Es gibt Gott sei Dank noch nette Landsleute, die sich nicht schämen, eine Brünnerin oder ein Brünner zu sein. Im Gegenteil, wir haben genug mit-gemacht – "Todesmarsch der Brünner" – und nun müssen wir noch mehr zusammenhalten und uns unserer Herkunft nicht schämen. Am 27. Mai, um 10 Uhr, ist in Brünn im Klostergarten die Einweihung des Mahnmals "50 Jahre Vertreibung". Ich hoffe, daß wir alle mitmachen, um zu zeigen, daß wir noch am Leben sind und zu unserer Heimatstadt Brünn stehen. Anmeldungen für die Busfahrt nach Brünn nehmen wir gerne entgegen unter der Telefonnummer 35 35 674. - Auch über die Sozialfälle wurde gesprochen. Ältere Landsleute können sich bei Frau Inge Hennemann melden. Wir wollen mit Rat und Tat helfen. Was uns auch schon gelungen ist. Auch um Erlebnisberichte wird gebeten. Es ist sehr wichtig! Am 11. März wollen wir unser Faschingsfest mit Tombola veranstalten. (Bitte keine Bücher spenden!) – Geburtstage im Februar feiern: Edith Brodnik, Franziska Haberzettel, Paula Hulwa, Friderike Koutny, Friedrich Mlaskacz, Luise Pfisterer, Rosalia Simon, Dkfm. Eugen Swoboda, Traute Woletz, Gertraud Schiestek, geb. Storek, Erich Weithofer. Alles Gute von der "Bruna Wien". Inge Hennemann

Bund der Nordböhmen und Riesengebirge in Wien

Der Bund hatte für den 11. Februar zu einem fröhlichen Faschingnachmittag mit Heringschmaus eingeladen, und wer nicht gerade gesundheitliche Probleme hatte, ist dieser Einladung gern nachgekommen. Die Stimmung war bestens, der offizielle Teil wurde von Obmann D. Kutschera denkbar kurz gehalten, das Wort bekamen die Unterhalter und die warteten schon auf ihren Auftritt. Zuerst sangen wir gemeinsam ein Lied, Lm. Dr. Sakar las den Spruch zum Tage und dann folgte länger als eine Stunde Humor am laufenden Band. Mit der Feststellung "Es geht doch nichts über einen Hund" machte Lmn. Maria Vornegger den Anfang. Anschließend verglich sie die holde Weiblichkeit mit den fünf Erdteilen. Lmn. Susanne Svoboda sorgte mit dem "Maskenball im Hochgebirge und dem Zwiegespräch "Herrin und Dienstmädchen" für Heiterkeit. Zeile für Zeile ein Lacherfolg war der Beschwerdebrief eines Dorfschullehrers, den uns der Obmann zu Gehör brachte und Lmn. Mag. Rita Walla wußte eine Menge neuer Witze. Sie hatte auch einen lieben Gast mitgebracht, und zwar die bildhübsche junge Sopranistin Verena Krause, Tochter sudetendeutscher Eltern aus Böhm. Leipa. Mit wohlklingender Stimme sang sie "Jede Frau hat ein süßes Geheimnis" und "Wien wird schön erst bei Nacht". Sie war unbestritten das Glanzlicht dieses unterhaltsamen Nachmittags. Noch während das Programm voll im Gange war - Lmn. Vornegger hatte gerade die Lösung für die zwei Buchstaben WC gefunden - wurden schon die großen Portionen Heringsalat aufgetragen und man gab sich genießerisch der Eßlust hin. Mit dem lustigen Liedel "Es wollt" ein steinalt Jüngferlein ins Himmelreich hinein" erfreute nachher noch Frau Auguste Wohl und bekam, wie alle "Vortragskünstler", verdienten Applaus. Leider hatten wir für unsere Zusammenkunft den gleichen Termin wie der Sudeten-Ball, so machten sich einige schon früher auf den Heimweg als sonst. Die Verbliebenen aber nützten die Zeit noch für ein angeregtes Plauderstündchen. - Nächster Termin: 11. März Dia-Vortrag über China (Dr. Kirchberger)

__ Erzgebirge-Egerland __

Am 7. Jänner bekamen wir den zweiten Teil des Videofilms "Heimat an der Thaya" zu sehen; professionell vorgeführt von Herrn Klaus Seidler. So wie Teil eins kam auch die Fortsetzung beim Publikum sehr gut an. Dank vom Obmann und donnernder Applaus von den Zusehern belobigten den Vorführer als Kenner seines Faches. Elegant und charmant gratulierte Schriftführer W. Reckziegel allen Landsleuten, die im Jänner Geburtstag hatten. Obmann-Stellvertreter W. Innitzer brachte ein auf den Jahresbeginn abgestimmtes Gedicht zu Gehör. Sozialreferent M. Richter erzählte von Besuchen bei Alten und Kranken während der Weihnachtszeit, denen sie kleine Geschenke der HG überreichte. Obmann A. Schmidl dankte - in Rückblende auf die Vorweihnachtsfeier - allen Damen für die angelieferte Bäckerei und allen Gönnern der baren Münze. In ermunternden Worten versprach er, in den Bestrebungen, den Erzgebirgern und der Volksgruppe zu dienen nicht nachzulassen. - In humorig-vergnüglicher Laune verlief unser Treffen im Februar. Nach erfolgter Begrüßung der zahlreich erschienenen Landsleute verwies unser Obmann auf die Gedenkveranstaltungen der Landsmannschaft im heurigen Jahr. "Gerade heuer, im fünfzigsten Jahr des Gedenkens an die Vertreibung, ist unsere Präsenz da und dort wichtig", betonte er. Unser maßgerechter Schriftführer W. Reckziegel verlas eingelangte Post und übermittelte Geburtstagsglückwünsche den im Februar Geborenen. Zur Hebung der Stimmung trugen bei: Marianne Erdelyi, Gertrud Schmidl und, als Könner in Mundart, Wilfried Innitzer. Einer von zwei Höhepunkten war der Auftritt des "Lieben Augustin", welcher uns das Erdendasein in Sein und Schein schilderte. (Für diese Rolle besonders geeignet danken wir Mag. jur. Engelbert Steinwender für sein Gastspiel im Etablissement Gmoakeller.) Attraktion dieses Nachmittags war der Auftritt der besten Kunstpfeiferin in Europa – Landsmännin aus Wallern im Böhmerwald – "Jeanette". Ihr Trillern in hohen und tiefen Tönen riß das Publikum zu Begeisterungsstürmen hin. (Auch ihr tausend Dank für die Bereitwilligkeit, bei uns aufzutreten.) Nach einer Lob- und Preis-Rede vom "Lieben Augustin" auf die große Künstlerin kamen die Minuten der Autogrammjäger. Wie üblich zu Fasching, erhielt jeder Besucher einen Krapfen. Allgemeiner Tenor: Schön war's. - Wir gratulieren zu halb- und runden Geburtstagen: Irmgard Aichholzer (80), Anna Entian (70), Herrmann Bartl (75), Franz Mayer (75); aktiver Kulturreferent sowie stiller Mitarbeiter im SLÖ-Landes- und Bundesverband. - Wir gedenken des Todestages: Willi Voit (10 Jahre), Rudi Beckert (15 Jahre). – Nächste Veranstaltung: Gedenkfeier "50 Jahre Vertreibung", Wien 5, Kongreßhaus. Nächster Heimatnachmittag im Gmoakeller: Samstag, dem 1. April, 15 Uhr. (Siehe Ankündigung im Mittelteil der Zeitung!)

__Kulturverein Nikolsburg__

Guter Besuch zeichnete den Vereinsabend am 8. Februar aus, bei dem die "Faschingsnarren" zur Geltung kommen sollten, denn einerseits feierten die Geburtstagskinder - Friedl Svoboda, Rupert Dultinger, Fini Brunner, Resi Schwankhart, Fini Surger, Hellmut Zeisel, Hedi Kefeder, Lilly Kirner, Franz Wagner, Juppi Straka und Ludmilla Mutzl -, andererseits kam unser Mundartdichter Karl Mayer mit einem sehr gelungenen Vortragsprogramm zu Wort, in dem es, neben Gereimtem, auch kurze, anekdotische Pointen nur so regnete. Es gab zwar auch manchen bekannten Witz darunter, aber die Verpackung in südmährischer Mundart und in Ereignissen aus dem dörflichen Leben machte den Vortrag spannend. Zwischen Schmunzeln und Lachen gab es reichen Beifall für unseren Karl. Wolfgang Oberleitner berichtete von einem Eklat im Nikolsburger Stadtrat, wo elf Stadträte der beiden führenden Parteien aufgrund eines Mißtrauensantrages der Opposition gegen fünf Stadträte den Gemeinderat verließen. Nikolsburg erhält wieder eine neue Bankstelle der "Eko-Agro-Bank" am Stadtplatz. Von 21 neuen Bürgermeistern im Nikolsburger Bezirk sind nur der Guldenfurter und der Pollauer von der kommunistischen Partei, insgesamt fünfzehn parteilos (in Wirklichkeit Kommunisten), Auspitz - Christl. Volkspartei, Feldsberg - Sozialdemokratisch, und nur Lundenburg - ODS. Das Gestüt am Neuhof bei Eisgrub floriert mit schwedischem Kapital und Traberzuchtmaterial unter Leitung eines Tierarztes der Brünner Hochschule. Der Obmann informierte über die Termine und die Arbeit an der Ausstellung: "50 Jahre Vertreibung" ab

__ Mährisch-Trübauer in Wien __

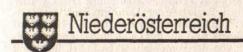
Wir freuten uns diesmal ganz besonders, beim Heimatabend am 16. Februar das Ehepaar Zimmer aus Deutschland wieder in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Grüße bestellte der Obmann OPkr. Franz Grolig vom Ehepaar Friedl und Hilde Brauner, Hofrat Dr. Matzke und seiner Traudl, dem Ehepaar Hubert und Liesl Hedrich, Frau Herta Mück, Frau Luzie Langer und Frau Lore Koblischke. - Wir gratulieren: Unser Ältester, Lm. Reinhold Strauß, wurde am 16. Februar 92 Jahre alt und auch Lm. Zimmer feierte mit uns seinen Geburtstag (23. 2.). Wie wir den Februar-Nachrichten aus dem Begegnungszentrum in Mährisch Trübau entnehmen, wurde Herr Lothar Richter, einer unserer Trübauer Kontaktleute, am 1. 2. 1940 geboren. Unser Lm. Hofrat Viktor Heinisch, der Ehegatte unserer Margit Czabke, feierte am 10. Februar seinen 70. Geburtstag. Leider hatte Viktor im letzten Jahr gesundheitliche Schwierigkeiten und befindet sich derzeit im niederösterreichischen Hocheck zur Erholung nach einer Herzoperation. Wir wünschen ihm alles Gute und hoffen, ihn frisch und munter beim Heimattag in Klosterneuburg wiederzusehen. - Bei den Vereinsnachrichten erinnerte der Obmann an die Gedenkfeier am 4. März im Kongreßhaus und das Trübauer-Treffen am Heiligenhof. Unser Frühlingsausflug am 10. und 11. Mai führt uns diesmal in die Steiermark. Zum Abschluß unseres gemeinsamen Nachmittags las Lm. Ing. Anton Grolig zur Jahreszeit passende Erzählungen von Martin Wolf.

__ Thaya __

Die Frühlingsfahrt der Landsmannschaft "Thaya" findet am 20. April (fixer Termin), Abfahrt um 7.30 Uhr, 1150 Wien, Hütteldorferstraße - Stadthalle, mit einem Winkelbauerbus, statt. Über die Westautobahn geht es bis St. Pölten, dann die B 20 bis Wilhelmsburg. Hier nehmen wir das Gabelfrühstück ein (8.45 bis 9.45 Uhr). Weiterfahrt nach Lilienfeld. Stiftsbesichtigung von 10 bis 11 Uhr. Bei der Ankunft begrüßt uns der Prälat des Stiftes, Dr. Norbert Muß-bacher. Mittagessen ab 11.30 bis 13 Uhr, im Gasthof Zum Schützen" in Lilienfeld. Weiterfahrt nach Berndorf. In der Kruppstadt findet ebenfalls eine Führung statt. Der Fahrpreis beträgt S 200.- (inbegriffen sind die beiden Führungen S 30.- und S 20.-). Der Fahrpreis muß entweder bei der Anmeldung in der Geschäftsstelle gleich bezahlt werden oder mittels Erlagschein bis spätestens 10. April überwiesen sein. Falls die Bezahlung nicht bis zum 10. April erfolgt ist, wird der Platz weitergegeben. Es wird nur ein 52er-Bus geführt. Anmeldungen können in der Geschäftsstelle direkt erfolgen oder telefonisch und ein Erlagschein wird Ihnen zugeschickt. Nochmals: fixer Termin: Donnerstag, 20. April. - Todesfälle: Frau Apollonia Nuss, verstorben am 14. Februar, im 98. Lebensjahr (Ober Wisternitz/Nikolsburg). Wir ehren sie im treuen Gedenken. - Veranstaltungen: Samstag, 4. März, 9 Uhr: Generalversammlung des Dachverbandes. Samstag, 4. März, 16 Uhr: Märzge-fallenen-Gedenken im Kongreßhaus, Margaretengürtel. Sonntag, 12. März, 9.30 Uhr: Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkmesse in der Votivkirche, 1010 Wien. Mittwoch, 22. März, 15 Uhr: Monatsversammlung im Restaurant Wienerwald. Donnerstag, April, 7.30 Uhr: Frühlingsfahrt der Landsmannschaft "Thaya". Mittwoch, 26. April, 15 Uhr: Monatsversammlung im Restaurant Wienerwald. Sonntag, 7. Mai, 10 Uhr: Maria Dreieichen - Südmährerwallfahrt, Busfahrt. Mittwoch, 24. Mai, 15 Uhr: Monatsversammlung im Restaurant Wienerwald. Freitag, 26. Mai, 10.30 Uhr: Gedenkveranstaltung "50 Jahre Vertreibung", im großen Sitzungssaal des nö. Landhauses Wien.

Zwittauer und —— Müglitzer in Wien

Unser Heimatabend am 24. Februar war sehr gut besucht und in heiterer Stimmung verbrachten wir den Nachmittag und den Abend. Obmann Dir. Karl Fordinal begrüßte die Landsleute und wünschte den Geburtstagskindern Glück und Wohlergehen. Mit eingeschlossen in die Wünsche wurde Frau Maria Schwab (Altwaldegg) aus Graz, die am 25. März 81 Jahre alt wird und diesen Nachmittag mit den Landsleuten in Wien verbrachte. Dir. Fordinal entbot Obmann-Stellvertreter Toni Enderle beste Genesungswünsche, denen sich die anwesenden Landsleute herzlich anschlossen. Er sprach ferner über die Aktivitäten zum "Sudetendeutschen Gedenken -50 Jahre Vertreibung" und gab Einladungen zur Gedenkstunde aus. Besonders sei auf eine Dokumentation über die Vertreibung hingewiesen, die der ORF am 20. April sendet. Interessant für die Landsleute erwies sich eine Reportage mit Bildern von Zwittau, zusammengestellt von Frau Rilk und Herrn Pliva, die eine finnische Zeitung herausbrachte. Zum Abschluß der Mitteilungen erfolgte die Einladung zur Jahreshauptversammlung am 24. März. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen Obmann und Ausschußmitglieder! Den Landsleuten, die im April geboren wurden, entbieten wir Glück- und Segenswünsche! Herr Johann Hank (Rothmühl), 87 Jahre am 8. 4.; Frau Herta Schwab (Zwittau), 84 Jahre am 14. 4.; Frau Maria Gabler (Reichenberg), 87 Jahre am 22. 4.; Herr Franz Huschka (Lauterbach), 81 Jahre am 23. 4.; Herr Dr. Walter Stenzl (Zwittau), 82 Jahre am 28. 4.; Herr Herbert Schwab (Rothmühl), 86 Jahre am 29. 4. - Todesfall: Frau Auguste Seufert, geb. Haupt, ist am 9. 2. im 82. Lebensjahr von uns gegangen. Dir. Fordinal nahm im Namen der Landsleute am Be-OSR Waltraut Herwei



= Baden =

Bei unserer letzten Zusammenkunft am 18. Februar im Grand Hotel Sauerhof stellte uns Frau Oberschulrat Scharb, unsere Obfrau, ihre Heimat, das "Niederland" vor, mit einem von einem Landsmann schön zusammengestellten Dia-Film, mit wunderschönen Aufnahmen aus der Gegend von Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau, dem Wallfahrtsort Phillipsdorf (wo sich das Grab der Maria Kade befindet) und noch vielen anderen schönen Orten. Aus den interessanten Erklärungen erfuhren wir u. a., daß bereits im Jahre 1932 von der Firma Klinger in Zeidler die erste Strumpfhose erzeugt wurde und daß die Strumpffabrik Kunert in Warnsdorf seinerzeit die größte in Europa war. Frau Scharb gedachte noch der Heimatdichterin Waldhauser, und mit Liedern aus der Heimat beschlossen wir den schönen, besinnlichen Nachmittag. - Wir treffen uns wieder am 18. März, um 15.30 Uhr, wie immer im Grand Hotel Sauerhof und bitten um zahlreiches Erschei-

__St. Pölten __

Zum Treffen am 17. Februar konnte unser Obmann etwa 25 Landsleute begrüßen. Insbesondere Regierungsrat Ludwig Horer, stellvertretender Landesobmann aus Wien, sowie die Bundesfrauenreferentin Gerda Mayer mit Gatten, ebenfalls aus Wien. Regierungsrat Horer wies in seinen Ausführungen besonders auf die Initiative der Bundes- bzw. Landesleitung hin, betreffend den Ankauf eines Objektes aus Geldern der seinerzeit ausgesiedelten Menschen von Rumänien, aber auch von den Vertriebenen. Es ist dies das konfiszierte Geld von Sparbüchern der Betroffenen, die sich später nicht mehr meldeten und ihren, wenn auch nur geringen Teil, verfallen ließen. Das Haus ist bereits gekauft, doch fehlen für die notwendige Adaptierung noch etwa 5 Millionen Schilling. "Bausteine" hiefür, in der Höhe von \$ 500.- auf-

wärts, sollen angeboten werden und dazu beitragen, den Rest des Geldes aufzubringen. Das Gebäude soll ein Haus der "Begegnung" bzw. ein Haus der "Heimat" sein, in dem dann verschiedene Veranstaltungen abgehalten werden können. - Überraschung dann im Saale! Der stellvertretende Obmann A Bauer beglückwünschte Franz Schaden zu seinem 55. Geburtstag und wünschte ihm in seinem und im Namen der gesamten Ortsgruppe "alles Gute"! Möge es unserem Franz vergönnt sein, daß er weiterhin in Gesundheit und mit jener Schaffenskraft wie bisher die Geschicke unserer Landsmannschaft lenken kann! Der anschließende Dia-Vortrag, mit herrlichen Bildern aus den Alpen (Südtirol, Dachstein usw.), mit manchmal extremen Touren, aber auch aus dem schönen Riesengebirge, geführt von dem begeisterten "Bergfex" Franz Schaden, in Verbindung mit dem Österreichischen Alpenverein -Sektion St. Pölten - und vorgeführt von Herrn Sinnl, erfreute alle Anwesenden. - Mit den Hinweisen auf die kommenden Veranstaltungen wie der am 11. März in St. Pölten, Bahnhofplatz, Ecke Kremsergasse, von 9 bis 12 Uhr, stattfindenden Gedenkfeier für die Opfer des 4. März 1919, mit einem Informationsstand und einer Mahnwache und der Hauptversammlung am 17. März, einem "Dankeschön" an die Vortragenden sowie dem Absingen des Liedes "Blaue Berge, grüne Täler…" endete das Treffen.

Oberösterreich

Am Samstag, dem 11. Februar, war bei den Eger-ländern Fasching angesagt. Das Vereinslokal "Zum Tiroler" war mit bunten, lustigen Girlanden ge-schmückt und auf jedem Platz standen bunte Kasperlköpfe. Bald füllte sich auch der Saal mit fröhli-chen Mouhmen und Vettern. Als Kopfbedeckung gab es heuer Karnevalsmützen in verschiedenen bunten Farben, die die Mouhmen und Vettern sehr gut kleideten. Mitten unter diesen gut behüteten Faschingsnarren tummelte sich auch ein Fußballer in Originaldreß, die ihm etwas zu groß war. Der "Mann von der Ersatzbank" mußte erst durch Leistungen in seine Dreß hineinwachsen. Weiters gab es auch eine rassige Spanierin und einen flotten Tankwart, der nicht nur bleifreies Benzin anzubieten hatte, nein, er bevorzugte auch "bleifreies" Bier. Vüarstäiha Walter Ludwig begrüßte nun alle anwesenden, lustigen Faschingsleutchen recht herzlich, besonders das Ehepaar Dir. Spieler, unser neues Mitglied Mouhm Maria Ctvrtnik, Mouhm Margarete Wickenhauser und die Familie Sonnberger aus Enns mit Mouhm Elisabeth Weber. Auch Kons. Willi Prückl war nach längerer Krankheit wieder wohlauf und in unserer Mitte. Dann gratulierte Vüarstäiha Walter Ludwig den Februar-Geburtstagskindern und wünschte alles Gute für das kommende Lebensjahr. (Hedi Pelnöcker 7. 2., Fritz Rösler 20. 2., Charlotte Ustupsky 24. 2., Kons. Willi Prückl 26. 2., Konstantine Donnhof 24. 2. und Edda Schnöller am 28. 2.). Alle Anwesenden bekamen nun einen Faschingskrapfen ausgeteilt, hübsch verpackt in einer rot-weißen Serviette. Mouhm Erika Herlt brachte nun das lustige Gedicht: "Wenn Fastnacht war", Jutta Aglas erzählte zwei Witze und Mouhm Lotte Dorschner las von Otto Zerlik: "Zerlik am Apparat". Hier ging es um die Buchstabierung des Namens bei zwei verschiedenen Sprechpartnern. Eine eher derbe, wenn ein unliebsamer Partner am anderen Ende der Leitung sprach, und eine sehr kesse Art, wenn ein junges Mädchen die Partnerin für ein Gespräch war. Nach einer kurzen Pause, die Mouhm Erika Herlt und Jutta Aglas für das Umziehen brauchten, ging der Spaß weiter mit einem lustigen Sketch. "Kissen" hieß der Sketch und spielte in einem Zugabteil eines Personenzuges. Ein Amerikaner sitzt im Abteil und studiert radebrechend die einzelnen Stationen, besonders schwer tut er sich mit dem Dorf Hinterstinkenbrunn, denn dort soll er aussteigen, um seine Tante zu besuchen. Er kann auch nicht verstehen, daß der Zug plötzlich halten muß, wegen einer Kuh, die auf den Gleisen steht. In Bockfließ steigt nun eine "Einheimische" ein, die für den Amerikaner sehr exotisch wirkt, denn schon die Ausrüstung der Frau ist eigenartig. - Die Stimmung war fröhlich und lustig. Niemand dachte an diesem Nachmittag so schnell ans Heimgehen. – Bitte vormerken: Unser nächster Heimatnachmittag ist wieder im Vereinslokal "Zum Tiroler", Bernaschekplatz in Urfahr, am 11. März, um 15 Uhr. Wir freuen uns auf Euer Kommen

J.S.A.

___ Enns-Neugablonz ___

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im März: Am 5., Ilse Scharf (75), Gablonz/Galizien; am 10., Herta Knorek (88), Gablonz/Enns; am 14., Helene Zimmermann (72), Bad Schlag/Ennsdorf; am 18., Mathilde Kundlatsch (72), Kronstorf; am 21., Zita Stecker (79), Kukan/Enns; Am 23., Otto Zimmermann (72), Labau/Ennsdorf; am 29., Alfred Braun (81), Johannesberg/Enns; am 31., Elisabeth Wunde (65), Johannesthal/Enns. - Todesfälle: Am 3. 2. verstarb im 90. Lebensjahr nach langem, schwerem Leiden Frau Gertrude Diessner, geb. Kybast, aus Witkowitz. Unsere Anteilnahme gebührt der Familie Erika und Josef Stocker, 5020 Salzburg, Otilostraße 12. Am 16. 2. verstarb nach langem Leiden im Lebensjahr Frau Anna Ehmig, geb. Kundlatsch.
 Unsere Anteilnahme gebührt der Tochter Ingrid Lischke mit Familie, in 4470 Enns, Mauthausner Straße 26. - Unser nächstes Treffen im Café Hofer ist am 9. März. Gablonzer-Treffen von 15. bis 18. Juni, in Taberz/Thüringen. Anmeldungen zur Busfahrt bei Kurt Wunde. Enns, 072 23/31 975.

Frauengruppe = Oberösterreich

Da Frau Konsulent Sofka-Wollner erkrankt war, erlaube ich mir, über unsere sehr nette Faschingsfeier am 24. Februar im Ursulinenhof zu berichten. Die Lmn. Nemetz und Schaaser überboten sich förmlich mit witzigen Sprüchen, von Lmn. Friedrich tatkräftig unterstützt, es gab viel zu lachen. Wir stärkten uns mit feinen Brötchen und erfrischenden

Getränken, gedachten aber auch jener Frauen, die aus gesundheitlichen Gründen verhindert waren. – Beim nächsten Frauennachmittag am 10. März werden wir uns, dem "50-Jahr-Gedenken" entsprechend, ernsteren Themen zuwenden.

= Gmunden =

Bei der ersten Zusammenkunft im neuen Jahr, am 18. Jänner, hielt Dr. Engelbert Paleczek einen Vortrag über "Die Verzahnungen und Spannungen zwischen Deutschen und Slawen seit 1000 Jahren im Sudetenraum". Sehr interessiert haben wir die historischen Ereignisse in dieser großen Zeitspanne mitverfolgt. Obmann Richter dankte Dr. Paleczek für die umfangreichen Vorbereitungen zu diesem hochinteressanten Vortrag. Wir freuen uns, daß Dr. Paleczek nunmehr Mitglied unserer Bezirksgruppe ist. - Für den musikalischen Nachmittag am 22. Februar danken wir Mag. Arnold und Ing. Kletzander, welche uns mit Gesang, Tanz und Spielen auf Trab hielten. Einheitlich waren alle Landsleute der Meinung, so ein lustiges Beisammensein könnte öfters stattfinden. Wie bereits angekündigt, treffen wir uns am Mittwoch, dem 22. März, um 14.30 Uhr, im "Goldenen Brunnen" zur Jahreshauptversammlung. Wir ersuchen um zahlreichen Besuch und um pünktliches Erscheinen. - Im März feiern Geburtstag: Eugen Patoczka, geb. am 4. 3. 1929 in Untertannowitz; Franz Josef Kellner, geb. am 16. 3. 1942 in Groß-Tajax; Elfriede Holzinger, geb. am 27. 3. 1923 in Schwarz-bach-Stuben. Wir gratulieren herzlich und wünschen weiterhin beste Gesundheit.

Humanitärer Verein von —— Österreichern aus Schlesien

Unser Motto am 19. Februar war diesmal der schlesische Fasching! Mit lustigen und netten Worten begrüßte Obmann Karl Philipp alle Anwesenden, die mit guter Laune und maskiert gekommen sind. Für musikalische Unterhaltung sorgte Familie Grab-ner. Auch einige lustige schlesische Geschichten, Anekdoten und Lieder, vorgetragen von unserem Obmann Karl Philipp, Frau Mizzi Rudolf mit Enkel, Sofie Kollmann, Sylvia Krzystofiak, Hedi Lowak und Mag. Herbert Jüttner. Es wurde mit begeisterten Beifall gedankt. Zur Faschingsstimmung gehörte auch der "Faschingskrapfen", der wieder vom Verein gespendet wurde. Mit vielen gemeinsam gesungenen Liedern ging dieses schöne Faschingstreiben zu Ende. Danach ehrten wir unsere Geburtstagskinder und zwar: EM Walter Kollmann, Margarete Diete-Wenl, Anni Kovar, Maria Hanel, Josef Kroneis, Alois Brokisch, Ursula Kürzinger (Grohmann), Ferdinand Dittrich, Rudolf Karger, Viktorine Nusterer, Gertrude Eipeldauer und Elfriede Treimer. Es wurden noch vom Obmann einige Termine bekanntgegeben. Da unser lieber Walter Vogel wegen Krankneit nicht dabei sein konnte, wünschen wir ihm auf diesem Wege alles Gute und recht baldige Besserung. Nochmals unserem Obmann und allen Mit-wirkenden herzlichsten Dank für die aufgewendete Mühe - es war ein großer Erfolg! - Unsere nächsten Termine: Am 19. 3., um 16 Uhr, Vereinsabend mit Generalversammlung. Am 23. 4., um 16. Uhr, Vereinsabend/Ostern (verspätet wegen Osterfeiertag).

Riesen-Isergebirgler und Brüxer in Linz

Befreit von den Alltagssorgen fühlten sich viele Landsleute beim letzten Heimatabend. Denn es gab fröhliche Stimmung, lustige Gedichte der Lmn. Friedrich, Gastgeb, Kleinhanns und Schaaser, teilweise in den Original-Mundarten vorgetragen. Obmann Fellner gedachte der Jugenderlebnisse zur Faschingszeit in der alten Heimat. Jenen Landsleuten, die wegen Krankheit nicht kommen konnten, wünschen wir baldige Genesung. – Im März feiern Geburtstag: E. Nemetz, G. Ortbauer, Obmann J. Fellner, St. Aichmair. Wir gratulieren herzlich und wünschen noch viele "halbwegs" gesunde Jahre. – Nächstes Treffen: 21. März, 17 Uhr, "Wilder Mann". Herr Dr. Chodura berichtet in Wort und Bild über seine eindrucksvolle Reise nach Rußland.

= Steyr

Unser Treffen am 11. Februar stand ganz im Zeichen des Faschings. Lustige Anekdoten, gute Witze und fröhliche Lieder wechselten einander ab. Die Erkrankten vom vorigen Mal konnten wir als wieder gesundet begrüßen. – Die nächste Zusammenkunft findet am 11. März statt. Bitte, kommt recht zahlreich, wir halten die Hauptversammlung ab! – Unseren Geburtstagskindern lauter gute Wünsche! Es sind dies: Marie Reininger (7. 3. 1904), Marie Sattmann (16. 3. 1915), Rudolf Frühauf (28. 3. 1914).

— Verband der ————— Böhmerwäldler in OÖ.

Dkfm. Dr. Hausl tot.

Durch ein tragisches Ereignis (Verkehrsunfall) verloren wir am 11. Februar unseren Landsmann Dkfm. Dr. Willi Hausl (64 Jahre) und seine Tochter Christine (33 Jahre). Auf der Rückfahrt von einem Schi-Urlaub im Salzburgischen verunglückten sie im Raum Mondsee. Mit Lm. Willi Hausl verlieren wir einen Menschen aus unserer Mitte, der sich nach dem Verlust der alten Heimat in seiner zweiten Heimat Oberösterreich beruflich und menschlich voll bewährt hat. Am Trauergottesdienst in St. Martin und an der Beerdigung auf dem Waldfriedhof St. Martin nahmen viele Böhmerwäldler aus seinem Heimatort Deutsch Beneschau und aus dem Bezirk Kaplitz teil. Mehrere Sprecher würdigten den Le-bensweg von Lm. Dr. Hausl. Nach dem Studium in Wien (Welthandel) trat Dr. Hausl in die Dienste der Papierfabrik Nettingsdorf und wurde später Geschäftsführer der Tochtergesellschaft Interwell. Ein Sprecher dieser Firma betonte in seiner Ansprache die erfolgreiche Arbeit, mit der sich unser Landsmann die Achtung und Wertschätzung seiner Mitarbeiter erworben hat und überbrachte den Dank und die Anteilnahme der Firma. Ein Sprecher des Verbandes der Böhmerwäldler dankte Lm. Dr. Hausl für seine Heimattreue, die er stets bewiesen hat. In jungen Jahren war er aktives Mitglied der

Böhmerwaldjugend, später Sänger der Sudetendeutschen Liedertafel und bis zu seinem Tod Mitglied des Verbandes der Böhmerwäldler in Oberösterreich. Unser Verband trauert mit den Hinterbliebenen. Der Sprecher des Rotary-Clubs Traun würdigte vor allem die menschlichen Qualitäten und die Hilfsbereitschaft von Dr. Hausl. Auch die Jägerschaft aus dem Raum Vorchdorf, des Wohnsitzes von Lm. Hausl, war mit einer starken Abordnung vertreten und überbrachte letzte Grüße. Unser Vorstandsmitglied, Frau Elfriede Weismann, streute als letzten Gruß Heimaterde aus dem Böhmerwald in das Grab. - Lm. Leopold Pitzl, Obermeister der Chemie Linz, verstarb am 11. Februar im 81. Lebensjahr auf tragi-sche Weise durch einen Sturz vor dem Hause seiner Tochter. Geboren 1914 in Kaplitz, erlernte er das Fleischerhandwerk, diente im tschechischen Heer, war Kriegsteilnehmer. Nach der Gefangenschaft traf er seine spätere Ehefrau in Linz und fand in der Chemie Linz eine Existenz. Seine Frau verstarb vor eineinhalb Jahren. Wir verlieren mit Landsmann Pitzl einen hilfsbereiten, bescheidenen Menschen, der seiner Heimat die Treue bewahrte. Verbandsobmann Konsulent Wiltschko nahm an der Beerdigung teil und überbrachte die letzten Grüße der Böhmerwäld-

___Verband der _____ Südmährer in Oberösterreich

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat März geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesonders aber zum: 94., am 8. 3., Karoline Klos aus Probitz; 84., am 2. 3., Edith Prokop aus Znaim; 83., am 13. 3., Johanna Kopetzky aus Znaim; 78., am 3. 3., Rudolf Dittrich aus Wainitz; 78., am 5. 3., Hilde Wagner aus Znaim.

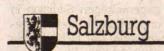
___ Vöcklabruck __

Bei der Februar-Monatsversammlung waren durch Krankheit einige Landsleute verhindert und der Kreis wird durch die vielen Todesfälle im Vorjahr auch immer kleiner. Obmann Lm. Richter aus Gmunden überraschte uns mit einem schönen Dia-Vortrag, der viel Applaus erntete. Anschließend gab der Obmann noch bekannt, daß die obligatorische Bezirkshauptversammlung am Sonntag, dem 9. April, abgehalten wird und hiermit ordnungsgemäß einberufen wird. Unsere nächste Zusammenkunft findet am Sonntag, dem 12. März, statt. Im März feiern Geburtstag: am 3. 3. Grete Mayr, am 10. 3. Elisabeth Hospodarski, am 13. 3. Anni Koppmann und am 25. 3. Margaretha Langer, wir gratulieren herzlich und wünschen weiterhin Gesundheit.

Unser langjähriges, treues Mitglied Lm. Johann Schottenberger ist am 22. Februar 1995 in die ewige Heimat abberufen worden. Zur Weihnachtsfeier im Dezember war er noch in unserer Mitte, aber schon von seiner schweren Krankheit gezeichnet. Er folgt seiner Gattin, die uns im Mai vorigen Jahres verlassen hat, nach. Lm. Schottenberger war ein Mann der ersten Stunde, Gründungsmitglied der Ortsgruppe Attnang-Puchheim und in verschiedenen Funktionen tätig. Auch in der Bezirksgruppe stellte er seine Arbeitskraft zur Verfügung. Seit mehr als 15 Jahren war er Bezirkskassier und hat viele Veranstaltungen und Ausflüge organisiert. Auch die monatlichen Zusammenkünfte hat er mitgestaltet und durch sein freundliches Wesen für Unterhaltung gesorgt. Wir verlieren mit Lm. Schottenberger einen treuen, aufrechten Landsmann, der eine große Lücke in unseren Reihen hinterläßt. Eine große Anzahl Landsleute gab ihm das letzte Geleit. Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

__ Wels_

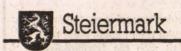
Die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag gehen an: Herrn Franz Christl, geb. am 21. 3. 1921; Herrn Egon Dittrich, geb. am 30. 3. 1913; Frau Karoline Dudek, geb. am 4. 3. 1915; Herrn Kurt Goldberg, geb. am 3. 3. 1924; Herrn Gunther Hanreich, geb. am 19. 3. 1921; Herrn Johann Heinz, geb. am 22. 3. 1911; Frau Maria Kramper, geb. am 13. 3. 1911; Frau Irmtraut Heubrandtner, geb. am 25. 3. 1918; Frau Maria Krejci, geb. am 18. 3. 1908; Herrn Josef Mattausch, geb. am 9. 3. 1915; Frau Theresia Mugrauer, geb. am 7. 3. 1920; Frau Edith Prokop, geb. am 2. 3. 1911; Herrn Ing. Hans Schroth, geb. am 26. 3. 1913; Herrn Josef Wolf, geb. am 10. 3. 1917. Wir danken ihnen für ihre Treue zur alten Heimat und wünschen ihnen weiters alles Gute, vor allem Gesundheit! – Bitte vormerken: am 26. März ist unsere Jahreshauptversammlung um 9 Uhr, im Gasthof "Kaiserkrone", gegenüber dem Hauptbahnhof Wels, wir laden alle Landsleute herzlich dazu ein.



___ Salzburg _____

Unsere gut besuchte Faschingsveranstaltung am 21. Februar, zu der wir auch zahlreiche Landsleute aus Freilassing begrüßen konnten, brachte die Anwesenden, die zum Teil maskiert erschienen waren, in beste Stimmung, zumal Kurt Starke auf seinem Akkordeon fleißig aufspielte, wofür wir ihm besonders danken, so daß bei fröhlichem Gesang und Tanz die Stunden schnell vergingen. Hermi Stoiber trug zwischendurch mit lustigen Geschichten in ihrer fröhlichen Art wesentlich dazu bei, daß dieser Nachmittag von allen begeistert genossen wurde. Zum Abschluß wurde noch die reich beschickte Tombola, für die jedes Los ein Treffer war, restlos an den Mann gebracht. Nach dieser wieder sehr erfolgreichen Begegnung mit unseren Freunden verabschiedeten wir uns bis zu unserem nächsten Treffen am 7. März zur gewohnten Zeit, am gleichen Ort. -Als besonders wichtigen Termin merken Sie bitte vor, daß wir am 21. März unsere Jahreshauptversammlung, ebenfalls im Restaurant "Stieglbräu", mit Beginn um 14.30 Uhr, durchführen. Ihr Erscheinen ist von größter Bedeutung, zumal zum 50. Jahrestag der Vertreibung genaue Einzelheiten über die Gedenkfeier am 20. Mai bekanntgegeben werden. – Nun kommen wir zu den Geburtstagsgrüßen für die

im März geborenen Landsleute, welchen wir recht viel Glück und beste Gesindheit für noch viele Jahre wünschen: Valerie Dittrich am 15. zum 95. besonders herzlich, Hilde Eigenberger am 20., Antonia Fuchs am 24., Carola Haider am 22., Hans Jakob Khuen-Lützow am 26. zum 70., Monika Maria Nagy am 21., Dipl.-Ing. Eduard Rybczuk am 9., Elisabeth Strauß am 21. zum 80., Hildegard Wagner am 5., Maria Weidinger am 3., Herbert Mai am 27. zum 75., Maria Seethaler am 23. und Susanne Matzke am



-Graz =

Am 19. Februar fand im "Gösser Bräu" die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Graz statt. Nach der Gratulation an unsere Februar-Geburtstagskinder Elfriede Mühlböck, Luise Foussek, Anneliese Trummer, Edeltraud Richter, Hedda Bardel, Charlotte Nitsche, Erika Jahn und Gerhilt Hansel, begrüßte Stadtobmann Mag. Fritz Zankel die anwe-senden Landsleute. In seiner Ansprache erwähnte er seine Tätigkeit als Obmann, die er vor 10 Jahren nach dem damals verstorbenen Franz Sabathil übernommen hatte. Aus gesundheitlichen und familiären Gründen bat er, sein Amt niederlegen zu dürfen. Nach der Wahl des neuen Obmannes, Dr. Helge Schwab, des Sohnes des unvergessenen Landesobmannes Emil Schwab, dankte dieser Mag. Zankel für seine Tätigkeit. Einstimmig wurde Mag. Zankel zum Ehrenobmann der Bezirksgruppe gewählt. Auch die Landesfrauenreferentin und der Obmannstellvertreter Franz Schmid dankten Mag. Zankel für seine langjährige ehrenamtliche Arbeit. Lmn. Gusti Tschetschounig gab ihren Kassenbericht, der von Lmn. Walburga Dvorak und Lmn. Edith Abraschek geprüft wurde. Natürlich erhielt der mustergültig geführte Kassenbericht eine einstimmige Zustimmung. Lmn. Lisl Ruppitsch gab einen kurzen Bericht über die Arbeit in der Frauengruppe. Der weitere Vorstand wurde in der bisherigen Zusammensetzung einstimmig bestätigt. – Burgi Dvorak las "Faschingsbräuche in Neutitschein" vor, und Hermine Stefan berichtete in einem selbstverfaßten Gedicht über ihren Aufenthalt in Schloß Sumerau. Unser neuer Obmann brachte eine weitvorausblickende Schnurre von Maxi Böhm zu Gehör. Fahrt zum Sudetendeutschen Tag (Pfingsten): Die Bezirksgruppe Graz fährt wieder zum Sudetendeutschen Tag nach München. Abfahrt: Freitag, 2. Juni, 8 Uhr; Rückfahrt: Montag, 5. Juni. Baldige Anmeldung wegen Quartierbesorgung an Frau Gusti Tschetschounig, 8020 Graz, Hauseggerstraße 63, Telefon (0 3 16) 57 47 11.



___ Klagenfurt =

Terminbekanntgabe: Bezirksgruppe Klagenfurt -Zusammenkunft der Frauengruppe: Am 2. Mitt-woch jeden Monats, um 14.30 Uhr, im Restaurant "Landhaus", in Klagenfurt, Heiligen-Geist-Platz; Frauenreferentin Gerda Dreier, Klagenfurt, Rams-auerstraße 20, Tel. 0 46 3/33 1 75. – Bezirksgruppe Villach – Zusammenkunft der Frauengruppe und des Familienkreises: Am 1. Montag eines Monats, um 15 Uhr, im Hotel "Post", im "Blauen Salon", Villach, Hauptplatz; Frauenreferentin Dolores Thiel, Jungnickelstraße 5, 9500 Villach, Tel. 0 42 42/53 1 50. – Termine der Landesgruppe Kärnten – Vorschau: Am 9. Juli: "50 Jahre Vertreibung", Gedenken mit einer heiligen Messe in Gurk. Am 10. Okt.: Großer Landes-Trachtenfestzug anläßlich der 75-Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung. - Aus der Heimat Aussig: Am 17. 2. 1995 erschien im "Aussiger Tagblatt" - Ustecky denik - ein Artikel unter der Überschrift "Der Klub des tschechischen Grenzgebietes will eine Provokation verhindern". Dieser Artikel enthält die Mitteilung, daß dieser Klub KCP in der Zeit vom 15. 7. bis 15. 8. 1995 auf der Aussiger Benes-Brücke eine permanente Volksversammlung abhalten will, um eine Provokation der Sudetendeutschen Brücke Ende Juli und Anfang August der Toten der Explosion im Munitionslager Schönpriesen im Jahre 1945 gedenken. Wörtlich zitiert der Vorsitzende des KVP, Mojmir Svoboda: "Wir wollen in diesen Tagen aller Opfer gedenken, also auch der tschechischen". Anmerkung: Diese Aktion wurde bereits beim hiesigen (Aussiger) Stadtrat angemeldet. Gerda Dreier

___ St. Veit a. d. Glan _

Die St. Veiter Bezirksgruppe entbietet unserer Landsmännin Frau Gertraut Langwieser (Treibach) herzliche Glückwünsche zum Geburtstag, am Beginn eines neuen Lebensjahrzehntes. Herzliche Gratulation unserem Mitglied Frau Maria Birgmayer (St. Veit/Glan) zu einem Jubiläumsgeburtstag. Unseren beiden Mitgliedern wünschen wir weiterhin Gesundheit und glückliche Tage. Wir danken zusätzlich für die landsmannschaftliche Treue und Unterstützung. - Sudetendeutscher Tag in München: Unsere Landesgruppe beabsichtigt einen dreitägigen Ausflug bzw. die Teilnahme am Sudetendeutschen Tag in München durchzuführen. Die Omnibuskosten werden von der Landesgruppe getragen. Vor allem wegen der Quartierbestellung ist es erforderlich, daß rasch angemeldet wird. Alle Interessenten können sich bezüglich Auskunft und Anmeldung schriftlich oder telefonisch an Landesgeschäftsführer Hans Puff, Klagenfurt, oder Obmann Ernst Katzer wenden. - Jahreshauptversammlung: Die Jahreshauptversammlung unserer Bezirksgruppe ist für den 25. März vorgesehen, die Einla-dung erhalten unsere Mitglieder Mitte März. Neben der Neuwahl und unserer eigenen Bezirksangelegenheiten informieren wir detailliert über die Münchenreise zu Pfingsten zum Sudetendeutschen Tag. Die St. Veiter Bezirksgruppe hat die Absicht, die so erfolgreiche Sudetenlandreise vom Jahr 1993 im Sommer dieses Jahres zu wiederholen.



DIE JUGEND berichtet

Jugendredaktion 1180 Wien

Kreuzgasse 77/14

Bundesjugendführung =

In allen Bundesländern fanden Gedenkstunden anläßlich der Opfer vom 4. März 1919 sowie der schrecklichen Vertreibung vor 50 Jahren statt. Vor 76 Jahren begann die eigentliche Tragödie unserer Volksgruppe, die über 800 Jahre in den sudetendeutschen Gebieten beheimatet war. Damals wurde der Grundstein gelegt für die nachkommenden Jahre. Entgegen jedes Selbstbestimmungsrecht verfügten die damaligen Siegermächte selbstherrlich und selbstgefällig in Paris - St. Germain, daß die deutschsprachigen Gebiete Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens Teil der Tschechoslowakei zu sein haben. Es gab darüber keine Volksabstimmung, ia nicht einmal die Vertreter des damaligen (Deutsch)-Österreich und die gewählten Abgeordneten der Sudetendeutschen wurden angehört. Man ging einfach über all die Tatsachen hinweg. Und als dann in Wien die Nationalversammlung am 4. März 1919 erstmals zusammentrat, wurde den gewählten sudetendeutschen Vertretern von seiten der tschechischen Behörden die Ausreise verweigert. Gegen diese Vorgangsweise riefen die deutschen Parteien im Sudetenland, allen voran die Sozialdemokraten unter Josef Seliger und die national-konservativen Kräfte unter Dr. Rudolf Lodgman von Auen, zu einer friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib für Österreich in allen Städten des Sudetenlandes auf. Tschechische Soldateska schoß in diese friedlichen Demonstrationen – 54 Tote und über 108 Verwundete wurden damals gezählt - sie waren die ersten Toten, weitere mehr als 241.000 sollten ihnen in den Jahren 1920 bis 1945/46 noch folgen. Man kann daraus ersehen, daß oft durch einen ungerechten "Friedens"vertrag, so wie es nun einmal in St. Germain war, etwas ausgelöst wurde, was nur Leid, Trauer und Bestürzung hervorgebracht hat. Wie sieht es heute aus, möchte man fragen? Ist wirklich alles besser geworden, haben die Menschen, die Politiker usw. daraus gelernt? In einigen Fällen ja - denken wir an die deutsch-französische Freundschaft, an das Zusammenwachsen von Europa. Doch in vielen Teilen der Welt gärt es, es werden mehr Kriege denn je geführt, Menschen weden brutalst vertrieben, gefoltert und gemordet. Man sieht wieder brennende Dörfer und Städte und weinende Frauen und Kinder! Muß das so sein - ist denn diesen "Verantwortlichen" jeder Sinn für die Gerechtigkeit und für die Moral verlorengegangen, denken sie nicht an die vielen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, mit all den Schrecknissen? Man könnte fast meinen, es macht manchen Menschen Spaß zu töten. Doch dagegen müssen wir als aufrechte Demokraten ankämpfen! Kommende Veranstaltungen: Sonntag, 7. Mai: Leichtathletikmeisterschaften in Traun in Oberösterreich - für Kinder, Schüler, Jugendliche, Junioren, Erwachsene jedweder Generation bis über 80 Jahre, für Teilnehmer aus ganz Österreich! 29. April: Volkstanzfest der SDJ in Wels! Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in München mit Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Jugend und deren Freunde! Ab Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten werden Autobusse geführt. Ab Wien wird versucht, einen eigenen Bus zu führen (siehe Aufruf im Inne-ren dieser Sudetenpost). Wir ersuchen um Beachtung der kommenden Ankündigungen. 15. bis 22. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 9 bis 16 Jahre auf der Tauplitz in der Steiermark, für Teilnehmer aus ganz Österreich! Dazu findet man in dieser Sudetenpost einen besonderen Hinweis. Um alsbaldige Anmeldungen wird gebeten. Es können auch die Freunde der Kinder teilnehmen. Anfang/Mitte August: Bergwoche der Sudetendeutschen und deren Freunde! Anfragen bei unserem Tourenführer Franz Schaden, Birkeng. 6, 3100 St. Pölten. Jedwede Altersstufe ist zum Mitmachen aufgerufen - Freunde können mitgenommen

== Landesgruppe Wien =

Heimstunden, am Mittwoch, dem 15. und 29. März, ab 19.30 Uhr, im Heim in Wien 17, Weidmanngasse 9, für alle jungen Leute! Am Sonntag, dem 26. März, findet in der Freizeit- und Sporthalle Himberg das Hallen-Fußballturnier der SDJ statt. Wir nehmen daran teil. Wer mitmachen will, möge um 13.45 Uhr in der Freizeithalle sein (keine Fußballschuhe mitnehmen, nur Turnschuhe!). Selbstverständlich sind auch Zuseher herzlichst eingeladen. Falls genügend Damen anwesend sind, wird in der Pause ein Volleyballspiel durchgeführt! Am Donnerstag, dem 15. Juni (Fronleichnamstag) findet unsere bei jedermann sehr beliebte und traditionelle Muttertags- und Vatertags-Autobusfahrt statt! Schon jetzt möchten wir alle Freunde auf diesen Termin hinweisen und bitten, sich diesen Tag für diese Busfahrt freizuhalten! Anmeldungen kann man natürlich schon jetzt an uns richten (SDJÖ, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien, Postkarte genügt, bitte um Angabe der teilnehmenden Personenanzahl). Autobus zum Sudetendeutschen Tag: Wir versuchen, einen Bus zu chartern, dazu ist es aber notwendig, daß sich genügend Mitfahrer anmelden (neben jungen Leuten auch die älteren Landsleute). Bitte um Beachtung des entsprechenden Hinweises in Inneren dieser Sudetenpost! Nicht vergessen auf die Anmeldungen zum Sommerlager 1995 in der Steiermark für Kinder und junge Leute, von 9 bis 16 Jahre, vom 15 bis 22 Juli! Siehe dazu die Ankündigung im

__ Landesgruppe Niederösterreich __

Am Sonntag, dem 26. März, treffen wir einander beim Hallenfußballturnier in der Freizeithalle in Himberg bei Wien. Beginn ist pünktlich um 14 Uhr (bitte um 13.45 Uhr spätestens in der Halle eintreffen!). Gespielt darf nur mit Tennis- oder Turnschuhen werden - Fußballschuhe jeglicher Art sind verboten. Es sind genügend Duschen vorhanden. Wer noch mitmachen möchte, möge sich rechtzeitig in der Halle einfinden. Auch Zuseher sind herzlichst willkommen. Die Mädchen und Frauen machen, bei

genügender Teilnehmerzahl, ein Volleyballspiel nehmt daher das Turn- und Sportzeug mit. Es wird bestimmt ein schöner Sportnachmittag werden! -Merkt Euch bitte vor: Pfingsten: Sudetendeutscher Tag mit Pfingsttreffen der Jugend - es wird versucht, einen Autobus ab Wien, mit Zusteigemöglichkeit in NO., zu führen! Sommerlager für Kinder und junge Leute (von 9 bis 16 Jahre) in der Steiermark (Gemeinschaftsfahrt ab Wien), und August: Bergwoche für alle Berg- und Wanderfreunde jedweden Alters! Anfragen beim Tourenführer Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 St. Pölten - für jedermann!

_ Landesgruppe Oberösterreich =

Merkt Euch schon jetzt folgende Termine fix vor und nehmt alle daran teil: 29. April: Volkstanzfest der Sudetendeutschen Jugend Oberösterreichs in Wels. Bereits zum 5. Mal dürfen wir alle Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums recht herzlich einladen! Sonntag, 7. Mai: Sportwettkämpfe in Traun für jedermann – Kinder, Jugendliche und für alle anderen Generationen (bis über 80 Jahre)! Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in München – ab Oberöster-reich werden wieder Autobusse geführt! Mit Zeltla-ger, sportlichen und musischen Wettkämpfen usw. 15. bis 22. Juli: Sommerlager in der Steiermark mehr darüber an anderer Stelle in dieser Zeitung!

= Landesgruppe Salzburg =

Ganz besonders möchten wir alle Freunde und Landsleute sowie die Eltern auf folgende zwei Veranstaltungen aufmerksam machen: Sonntag, 7. Mai: Sportsonntag in Traun bei Linz für jedermann, für Mädchen und Burschen, Damen und Herren (bis über 80 Jahre) – mehr darüber in der kommenden Nummer der Sudetenpost! 15. bis 22. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 9 bis 16 Jahre aus ganz Österreich - also auch aus unserem Bundesland! - in der Steiermark! Hier sollten wir wirklich aus unserem Bundesland mindestens fünf Teilnehmer stellen. Dies müßte sich doch leicht machen lassen, werte Landsleute. Viele von Ihnen haben Enkelkinder in diesem Alter, etliche Eltern sind froh darüber, die Kinder für eine Woche in den Sommerferien gut untergebracht zu wissen. Warten Sie bitte nicht darauf, daß der Nachbar oder andere Landsleute seine Kinder bzw. Enkelkinder mitschickt, sondern versuchen Sie es selbst in Ihrer eigenen Familie. Es muß doch möglich sein, daß auch aus Salzburg Teilnehmer kommen, oder mei-nen Sie nicht? Näheres im Inneren dieser Sudetenpost - aber warten Sie nicht zu lange mit den Anmel-

___ Arbeitskreis Südmähren =

Kommenden Sonntag, dem 12. März, findet um 9.30 Uhr, in der Kirche Maria am Gestade, Wien 1, Concordiaplatz, die Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkmesse statt. Kommt bitte alle, wenn möglich in Tracht! Der nächste Heimabend ist am Dienstag, dem 4. April, um 20 Uhr, im Heim in Wien 17, Weidmanngasse 9. Es werden Dias aus der Hohen Tatra gezeigt. Dazu sind alle Freunde sehr herzlich eingeladen! Sonntag, dem 9. April, führen wir das 3. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowling-Turnier beim Engelmann in Wien 17, Jörgerstraße 14, durch. Beginn ist um 14 Uhr. Dazu laden wir schon jetzt alle Kegelund Bowlingfreunde herzlich ein. Um Voranmeldung aus organisatorischen Gründen bei Obmann Josef Mord, 1200 Wien, Hellwagstraße 15/7/19, Telefon 35 12 734, wird gebeten!

Spenden für die "Sudetenpost"

Spendenliste Nr. 5

- S 500.- Margarete Diehl, Klagenfurt; Prim. Dr. Karl Theinl, Villach;
- Oswald Dressler, Kufstein; Mag. Franz Grünwald, St. Gilgen; Dipl.-Ing. Liselotte

Spindler, Wien;

- S 292.- Leo C. F. Bursky, Wien; S 200.- Dr. Friedrich Düring, S. alzhura Emmi Ku batsch, Wien; Dipl.-Ing. Otto Köttner, Zell
- am See; S 192.- 1x kein Absender, Wien: Cölestine Dobro-wolny, Elvira Kühnen, Linz: Dir. Leopold Grill, Gertrud Stohl, Helene Wenzel; Bundesländer: Ing. Josef Erker, Salzburg, Gen.-Dir. Komm.-Rat Ernst Lutz, Salzburg; Dipl.-Ing. Rudolf Leicht, Klagenfurt; Josef Pachner, Haslach; Elisabeth Panther, Stockerau; Karl Porsch, Gmünd: Hofrat Dr. Wilhelm Scheiter, Bad Hall; Dr. Walter Süka, Hirschenwies; Karl Thurn, Traun; Adelheid

Wltschek, Traun. S 150.- Otto Ruml, Haslach;

142.- Theresia Heide, Wien; Anna Nekula, Wien;

S 122.- Franz Cech, Heiligeneich; S 102.- Herta Libisch, Wien;

S 100.- 2x kein Absender; Wien: Ernst u. Mathilde Bauer, Auguste Neunteufel; Linz: Maria Bautz, August Wolf; Franz Forinek, Pasching, Josef Kukla, Bad Hofgastein; Grete Rachoy, Leoben; Franziska Wiessenbacher, Payerbach;

Wien: Reinhard Amberger, Pauline Appeltauer, Stefanie Brunner, Hedwig Jung, Günter Malek, Irmgard Marecek, Karl Mutter, Angela Pertot, Emma Posvek, Adolf Radetzky, Komm.-Rat Ing. Moritz Schöbel, Charlotte Springer, Dr. Karl Tinkl; Linz: Anton Anger, Elisabeth Schmidt; Bundesländer: Theresia Achterberg, Hofstadt; Emilie Bachmann, Lienz; Max Bentivoglio, Köflach; Rudolf Buchelt, St. Pantaleon; Walter Böß, Pasching; Franz Duscher, Bad Schallerbach; Charlotte Daubresse-Hanika, Salzburg; Andreas Follner, Bad Schallerbach; Erna Janovic, Eferding; Hilde Burgstaller, Klagenfurt; Maria Kirchhofer, Klein St. Paul; Dipl.-Ing. Waldemar Kleining,

Anif; Dkfm. Otti Kosseff, Baden; Hermine Krumpholz, Graz; Edda Leopold, Graz; Andreas Machatsch, Leonding; Karl Moser, Axams; Hans Osen sen. Micheldorf; Wolfgang Pluskal, Graz; Franz Raab, Eichgraben; Else Reiter, Klagenfurt;, Horst Schottenberger, Salzburg; Dr. Helge Schwab, Graz; Helga Simbringer, Villach; Friederike Spiller, Seewalchen; Johann Spörker, Steyregg; Maria Wallner, Neukirchen; Rosa Weitschek, Bad Ischl; Dr. Bernhard Wimmer, Salzburg; Alois Zecher, Berg;

- Ottilie Schelmbauer, Wien;

62.- Dr. Christoph Kubelka, Pörtschach;

60.- Anna Maria Wandruschkin, Wien; 52,- Maria Klimesch, Linz; Leopold Olschansky, Wien:

S 50.- Franz Furtner, Marchtrenk; Käthe Karasek, Wien; Alfred Klanner Salzburg; Theresia Spanring, Mürzzuschlag; Maria Summer, Gars/Kamp:

3x kein Absender; Wien: Franz Annerl, Maximilian Burchhartz, Viktor Göbel, Maria Grandl, Dr. Josef Groher, Dr. Gertraud Hansel, Annemarie Hofmann, Dr. Maria Ksica, Maria Leimer, Christine Russo, August Sassmann, Herma Schinzel, Eugen Schlesinger, Ludwig Schulz, Josef Stark, Franz Stefan, VDSt. Sudetia Robert Witt-mann; Linz: Friedrich Acksteiner, Karl Blaha sen., Helga Klein, Gerlind Schebesta, Max Storm; Bundesländer: Hans Baschant, Enzenkirchen; Elisabeth Breuer, Rust; Jo-hann Czink, Bad Schallerbach; Ing. Fried-rich Fehrer, Mödling; Maria Friedl, St. Ge-orgen/Gusen; Ernst Gerlich, Kuchl; Rudolf Groß, Liezen; Peter Gurmann, Kappel/ Krappfeld; Anna Herrmann, Wels; Maria Höfferl, Stetteldorf; Theresia Holzacker, Traun; Erwin Jahn, Salzburg; Lydia Klap-pacher, Salzburg; Wilhelm Kohl, Villach; osef König, Bernhardsthal; Ing. Erhard

> Wallner, Judenburg. Ausland:

Möldner, Gramastetten; Herta Müller, Kla-

genfurt; Gertrude Nack, Amstetten; Elfriede

Pohl, Salzburg; Bruno Pommer, Pinkafeld;

Maria Schirmer, Klagenfurt; Otto Schubert,

Klagenfurt; Ernst Schwarz, Salzburg; Maria

Seifert, St. Pölten; Maria Trimmel, Wöl-

lersdorf; Kurt Wagner, Volders, Hildtraud

S 132.- Fam. Jos Huss, Annaberg Buchholz; Fam. Rudolf Leitner, Heubach Wttbg.;
 S 100.- Clair u. Dr. Rainer Ullmann, Belgien;

82.- Dr. Jakob Handlos, Jüdenscheid;

50.- Maria Ullmann, Pegnitz; Hilda Putschögl, Gräfenhausen;

42.- Josef Hopfinger, Schweden;

DM 50,- Annemarie Laber, Ellwangen; Karl Mönig, München;

DM 47,50 Hilde Scheunig, München; Dr. Werner Schmutz, Esslingen; Dr. Walter Staffa, Nürtingen;

DM 29,- Franz Rosner, Aschaffenburg;

DM 28,- Ida Baum, Ebenhausen; DM 27,50 Ing. Willibald Hanisch, Plauen;

DM 22,50 Josef Neugeborn, Weilheim;

DM 20,- Susanne Baierl, Mühlheim/Ruhr; Margarete Lorenz, Ampfing b. Mühldorf;

DM 17,50 Martha Appel, Friedberg, Erich Kli-mesch, Erlenbach; Franz Karl Walter, Wiesbaden;

DM 7,50 Franz Bergmann, Schorndorf, Erhard Blaschke, Hannover; Dietmar Hein, Mühlheim/Ruhr; Edwin Kneifel, Dillenburg; Franz J. Klimperle, Mannheim; Kreisrat Neubistritz, Nürtingen; Margarete Kriso, Schorndorf; Dir. Franz Leubner, Rückersdorf; Anator. Dr. Karl u. Hildeard Lechmann, Bad-Kissingen; Dr. Hermann Nadler, Wachtberg; Ing. Thomas Steffal, Aichwald; Sudetendeutsche Landsmannschaft, München; Adalbert Witzani, Herzogenaurach.

Die "Sudetenpost" dankt allen Spendern sehr

Redaktionsschluß

8 Tage vor dem Erscheinungstermin, bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später einlangende Berichte können nicht berücksichtigt werden.

Folge	6	23. März	Redaktionsschluß	16. März
Folge	7	6. April *)	Redaktionsschluß	30. März
Folge	8	20. April	Redaktionsschluß	13. April
Folge	9	4. Mai	Redaktionsschluß	27. April
Folge	10	18. Mai	Redaktionsschluß	11. Mai
Folge	11	1. Juni **)	Redaktionsschluß	25. Mai
Folge	12	16. Juni ***)	Redaktionsschluß	8. Juni
Folge	13/1	4 6. Juli	Redaktionsschluß	29. Juni
Folge	15/1	6 3. August	Redaktionsschluß	27. Juli
Folge	17	7. September	Redaktionsschluß	30. August
Folge	18	21. September	Redaktionsschluß	14. September
Folge	19	5. Oktober	Redaktionsschluß	28. September
Folge	20	19. Oktober	Redaktionsschluß	12. Oktober
Folge	21	2. November	Redaktionsschluß	25. Oktober
Folge	22	16. November	Redaktionsschluß	9. November
Folge	23	30. November	Redaktionsschluß	23. November
Folge	24	14. Dezember	Redaktionsschluß	7. Dezember
*) Ostem 16./17. April				
**) Pfingsten 4./5. Juni				
***) Fronleichnam 15. Juni				

Sudetenpost

Eigentümer u. Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, 4010 Linz, Postfach 405, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf und FAX: 0 73 2/70 05 92, Obmann: Prof. Dr. Rudolf Fochler, Geschäftsführer: Karl Koplinger, Verantwortlicher Redakteur. Prof. Wolfgang Spemer. Alle in Linx, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice. 4020 Linz, Hafenstraße 1-3. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland S 308.– incl. 10 % Mehnwertsteuer, Ausland: S 368.– (DM 52,50); Einzelpreis S 15.–, Postsparkassenkonto 7734.939 Bankkonto Alig. Sparkasse Linz, Konto 0000-028.135. Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Biz. 74090000 Postanschrift und Anzeigenannahme: Postfach 405, 4010 Linz

Das aktuelle Thema

Zur Europäisierung der ost- und sudetendeutschen Vertreibungsgebiete

Schluß

Zweifel an Zielsetzung und Intensität der Verhandlungen auf deutscher Seite stellen sich auch bei der Frage, warum sogar durch eine Grundgesetzänderung (Neufassung des Art. 143 Abs. 3) eine Rückgängigmachung der zwischen 1945 und 1949 in Mitteldeutschland erfolgten Enteignungen ausgeschlossen wurde. Inzwischen hat der frühere sowjetische Präsident Gorbatschow klargestellt, daß dies nicht zur Bedingung für die Zustimmung der deutschen Vereinigung gemacht wurde (kein "Übergriff in die Kompetenzen des deutschen Volkes"). Kohl und Gorbatschow haben offenbar nie über die Enteignungen gesprochen, aber in der Regierungserklärung vom 30. Jänner 1991 und vor dem Bundesverfassunsgericht hatte die Bundesregierung den Ausschluß der Restitution als Vorbedingung der Sowjetunion dargestellt.

Diese Widersprüche und Merkwürdigkeiten werfen auch ein bezeichnendes
Licht auf die Verhandlungspraxis der
deutschen Seite, beim deutsch-polnischen beziehungsweise deutsch-tschechischen "Nachbarschaftsvertrag" in gesonderten Briefwechseln der Außenminister zu erklären, daß der jeweilige Vertrag
"sich nicht mit Vermögensfragen befaßt",
statt diese abschließend zu regeln. Wann
je, als beim Abschluß dieser Verträge,
sollte dies geregelt werden?

IV. Die europäische Lösung

Sucht man nach Wegen aus dem dargestellten vertraglichen Dilemma, stößt man bei den sudetendeutschen Gebieten geradezu auf einen Präzedenzfall mit dem Datum des 31. Dezember 1992!

Es ist dabei wichtig, zunächst die bisherige Kontinuität heimatpolitischer Aussagen der Sudetendeutschen Landsmannschaft nur an wenigen Beispielen (auszugsweise) zu belegen:

1954: "Die Bundesversammlung ist der Ansicht, daß die Grundlage jeder sudetendeutschen Heimatpolitik die Verfechtung des Rechtes auf Selbstbestimmung zu sein hat."

1965: "Wir wollen in unsere Heimat zurückkehren und als freie Menschen unser Selbstbestimmungsrecht ausüben, nicht aber dort als geduldete Minderheit unser Leben fristen. Deshalb fordern wir die Rückgabe des deutschen Heimatgebietes in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien an das rechtmäßige sudetendeutsche Heimatvolk."

1975: Petition an die Vereinten Nationen (mit 240.000 Unterschriften) zum "Recht auf Selbstbestimmung, auf nationale Unabhängigkeit, ...Recht auf Rückkehr in die angestammte Heimat und auf Rückgabe des Eigentums" mit einem Verweis auf die dem palästinensischen Volk anerkannten Rechte.

1985: "Die Bundesversammlung stützt sich (zur offenen deutschen Frage) auf das Selbstbestimmungsrecht als zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts."

Mit dem 1. Jänner 1993 traten die sudetendeutschen Gebiete durch den Zerfall der ČSFR in einen Status nascendi ein: Die Bundesrepublik Deutschland hatte mit dem Einigungsvertrag ihr territoriales Desinteresse bekundet; die sich bildende Tschechische Republik konnte die Gebietshoheit nur mit Zustimmung der rechtmäßigen Bevölkerung ausüben. Dies war nicht die entgegen Art. 49 des IV. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 angesiedelte Bevölkerung, sondern die Gesamtheit der verbliebenen und vertriebenen Sudetendeutschen.

Trotzdem ließen die Betroffenen, eingeengt in die Winkelzüge bundesdeutscher Politik, die Gunst der Stunde ungenutzt verstreichen. Schon im August 1992 kamen Anstöße, eine "Unabhängigkeit des sudetendeutschen Territoriums" zu proklamieren.

Zunächst wurde eine "treuhänderische Verwaltung des Gebiets durch die Europäische Gemeinschaft" vorgeschlagen. Aber auch für die Zukunft erlaubt das Völkerrecht den friedlichen Wandel der Grenzen (peaceful change). Darauf wurde vom Verfasser schon in einer früheren Veröffentlichung mit Darstellung der folgenden Lösungsmöglichkeiten (mit Priorität der Europäisierung) hingewiesen.

- Autonomes Gebiet innerhalb der Tschechischen Republik.
- o) Souveräner Freistaat.
- c) Europäisierung des Heimatgebietes.

Schon im April 1990 hatte der Bund der Vertriebenen versucht, der Haltung Bonns zur Oder-Neiße-Linie mit der Forderung auf "eine freie Abstimmung aller Betroffenen über die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße" zu begegnen. BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja stellte die Aktion "Frieden durch freie Abstimmung" in einem Pressegespräch vor. Er forderte den "Wettbewerb mehrerer betroffener Volksteile, durch Abstimmung über alternative Wege die Zukunft zu entscheiden". Im Unterschriftenblatt zur Förderung dieser Aktion (das über 250.000 unterzeichneten) hieß es: "Die Betroffenen sind zu fragen, ob die Abstimmungsgebiete zu Deutschland, zu Polen beziehungsweise zur Sowjetunion oder zu einem neuen europäischen Territorium gehören sollen."

Keiner dieser Vorschläge ist bisher ernsthaft diskutiert worden. Polen und die Tschechische Republik sind bemüht, sich den territorialen Gewinn der Vertreibung nationalstaatlich zu sichern. Reaktionen in der dortigen Presse zeigen andererseits immer wieder das schlechte Gewissen dieser Staaten.

Gerade die Sudetendeutschen, die den Zerfall einer totalen Fehlkonstruktion des "tschechoslowakischen" Staates - vor zwei Jahren erlebten, verharren plötzlich auf dem Status quo. So richtete der Sudetendeutsche Rat - eine paritätisch zusammengesetzte Institution von 30 Vertretern der Bundestagsparteien und der Sudetendeutschen Landsmannschaft - durch sein Präsidium ähnlich lautende Briefe vom 19. bzw. 25. April 1994 an die Bonner Bundestagsabgeordneten bzw. an Parteiund Fraktionsvorsitzende des tschechischen Parlaments. Darin wird betont, daß sich "die Grenzfrage nicht stellt", eine im Hinblick auf die KSZE-Schlußakte wohl eher temporäre Feststellung. Es verwundert daher, "daß alle diskutierten Lösungsmodelle innerhalb der Tschechischen Republik überlegt werden müssen", zumal der Sprecher der Sudetendeutschen und SL-Bundesvorsitzende, Staatsminister a. D. Franz Neubauer, erst am 15. Mai 1990 in einem Rundbrief an die landsmannschaftlichen Amtsträger feststellte: "Diese Verwirklichung des Rechts auf unsere Heimat und des Selbstbestimmungsrechtes beinhaltet die Möglichkeit verschiedener staatsrechtlicher Lösungen und nicht automatisch den Anspruch auf eine bestimmte Staatszugehörigkeit dieses Heimatgebietes."

Exakt einer der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten ist auch dieser Beitrag gewidmet! Der auf die Tschechische
Republik eingeengte Vorschlag des RatsPräsidiums würde bei einem AutonomieModell auf vehemente Ablehnung Prags
stoßen; aber auch ein Angebot auf individuelle Rückkehr ist nicht zu erwarten, die
übrigens kaum ein Sudetendeutscher wegen des enormen Risikos für seine persönliche Sicherheit wahrnehmen würde!

Es überrascht, daß die Überwindung der kommunistischen Diktatur nicht mehr an partnerschaftlichen Stimmen im polnischen und tschechischen Volk freigesetzt

hat. Zu den Ausnahmen, die eine positive Einstellung schon vor der Wende zeigten, gehört der tschechische Schachgroßmeister Ludek Pachmann. Er spricht sich dafür aus, "daß jeder Sudetendeutsche, der es wünscht, das Recht haben muß, in die Tschechoslowakei zurückzukehren und die Staatsbürgerschaft der ČSFR wiederzubekommen. Falls er es tut, wird er anderen Bürgern der ČSFR auch bei der Rückgabe des Eigentums gleichgestellt. Eine Novelle des Restitutionsgesetzes müßte sichern, daß bereits das nach dem 8. Mai 1945 beschlagnahmte Eigentum der Vertriebenen (Kriegsverbrecher ausgenommen) entweder ,physisch' zurückerstattet oder entsprechende finanzielle Entschädigung bezahlt wird." Der Vorschlag verdient hohen Respekt und ist diskussionswürdig!

Eine für beide Seiten annehmbare Lösung sollte positive Elemente der europäischen Einigung integrieren. Es wäre aber zu billig, nur auf eine Freizügigkeit für Menschen und Güter zu setzen. Das Europa der Zukunft wird kein Bundesstaat, sondern ein Bund freier Staaten sein, die bestimmte Souveränitätsrechte auf die Europäische Union übertragen. Dazwischen sollten Regionen geschaffen werden, um Spannungsherde zu beseitigen. Damit sind nicht Modelle wie die Euregio Egrensis (in Nordostbayern, im Egerland und sächsischem Vogtland) gemeint, die ohnehin vor allem wirtschaftliche Aspekte haben.

Prinzipiell sollten die ost- und sudetendeutschen Gebiete in mehrere europäische Regionen überführt werden, die als Selbstverwaltungskörper nationalstaatlichem Eingriff entzogen sind.

Merkwürdigerweise haben sich die Vertriebenen betreffs der zugezogenen Bevölkerung eine vordergründige Diskussion über eine "Zweite Vertreibung" aufnötigen lassen. Es ist niemand bekannt, der unrechtmäßige Zielsetzungen vertritt, trotzdem werden öffentliche Diskussionen mit Vorliebe auf dieses Thema gebracht. Selbstverständlich müssen Eigentumsfragen in den Regionen nach rechtstaatlichen Grundsätzen gelöst werden. Staatliches Eigentum nach dem Stand vom 8. Mai 1945 sollte den Regionen übergeben werden, privates Eigentum dieses Stichtages ist dem privaten Eigentümer zurückzugeben, in besonderen Fällen zu entschädigen. Dabei darf es nicht entscheidend sein, ob der Eigentümer in der Region seinen Wohnsitz hat oder nimmt.

Mostar, die Hauptstadt der Herzegowina, zeigt, daß ein Territorium direkt der Europäischen Union unterstellt werden kann. Wahrscheinlich läßt sich eine dauerhafte Befriedung der zwischen Kroaten und Serben sowie moslemischen Kroaten (fälschlich nur Moslems genannt) und Serben strittigen Gebiete nur in europäischen Regionen sicherstellen, wobei eine Rückführung aller vertriebenen ethnischen Gruppen zu erfolgen hat.

In einem bemerkenswerten Sammelband skizziert der Südtiroler Politiker Dr. Christian Waldner eine "Europäische Region Tirol", die von Trient bis Kufstein reichen soll. Bei einer Großveranstaltung "Nachdenken über Tirol" am 15. September 1991 auf der Nordseite des Brenners stimmten über 8000 Teilnehmer - darunter Hunderte von Italienern aus dem Trentino - einer Resolution zu, in der die Tiroler Landtage aufgefordert werden, "die Schritte zur Schaffung einer Europäischen Region Tirol zu setzen, in der sich alle Landesteile auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aus freier Entscheidung zusammenschließen

Waldner schreibt, "früher war man Südtiroler, dann Tiroler und als solcher Österreicher und Deutscher". Sollte langfristig eine kulturelle Abkoppelung erfolgen, könnte eine solche "Verelsässerung" nur mehr zu "deutschsprachigen Italienern" führen. Der Autor meint auch: "Wer heute behauptet, daß sich die Südtirol-Frage durch den EG-Beitritt Österreichs von alleine regelt, betrügt sich selbst oder bewußt andere."

Man kann diese Gedanken folgerichtig auch auf die Vertreibungsgebiete übertragen, um den Verlust ost- und sudetendeutscher Identität bei Heimatverbliebenen und -vertriebenen zu begegnen.

Schon vor Jahresfrist hatte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Vertriebene und Flüchtlinge" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, eine deutschpolnisch-tschechische Euroregion Schlesien ins Gespräch gebracht. Schon durch die geographisch isolierte Lage könnte sich eine derartige Region für Sudetenschlesien und Nordmähren empfehlen, während sich die anderen sudetendeutschen Heimatlandschaften an bundesdeutsche und österreichische Provinzen anlehnen und entsprechend regionalisiert werden könnten. Nach Norden könnte sich eine Region von Ostbrandenburg bis Pommern anschließen, während eine Europäische Region Ostpreußen mit dem Memelland und dem völkerrechtlich fortbestehenden Freistaat Danzig in Wechselbeziehung treten sollte.

Kritik, Rückschläge und Mißverständnisse begleiten jeden neuen Vorschlag. Als Anfang der achtziger Jahre die Selbstbestimmungsfrage in Südtirol wieder ins Gespräch kam, wurden deren Anhänger von den Führungsgremien der Südtiroler Volkspartei im harmlosesten Fall als Utopisten betitelt. Die Überlegung, für die Tiroler Landesteile ein gemeinsames Büro bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel zu errichten, führte zu geharnischten Reaktionen der italienischen Regierung. Ähnlich wird es dem Vorschlag einer Europäisierung der ost- und sudetendeutschen Vertreibungsgebiete ergehen. Sollte es wirklich unstatthaft sein, die dritte Alternative der BdV-Aktion von 1990 in einem zusammenwachsenden Europa erneut zur Debatte zu stellen? Gerade der polnische und tschechische Nachbar, der mit Vehemenz in die Europäische Union drängt, sollte dies beden-

Vor allem aber sei gewarnt: Die Zementierung der Vertreibung der Deutschen von 1945 wird immer wieder neue Verbrechen gegen das Menschenrecht auf Selbstbestimmung durch völkerrechtswidrige Vertreibungen nach sich ziehen! Das Beispiel am Balkan wird Schule machen!

Die SPD-Bundestagsfraktion brachte am 7. Oktober 1992 einen Antrag ein, der die Bundesregierung aufforderte: "In den internationalen Gremien die Initiative zu ergreifen für eine Konvention, auf deren Grundlage die Vertreibung von Minderheiten und Bevölkerungsgruppen sowohl völkerrechtlich wie strafrechtlich geahndet werden kann..."

Eine Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses, die der Bundestag am 23. Juni 1994 einstimmig annahm, stellte u. a. fest: "Vertreibung jeder Art ist international zu ächten und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte." Die Bundesregierung wird aufgefordert, "über die Durchsetzung des Rückkehrrechtes in die Heimat hinaus Möglichkeiten zu prüfen, wie Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverpflichtungen der Vertreiber geregelt werden können".

Im Sinne einer Partnerschaft freier Völker und Volksgruppen, wie sie der langjährige Sprecher und heutige Altsprecher der Sudetendeutschen, Dr. Walter Becher, seinem heimatpolitischen Lebenswerk überschrieb, könnten auch Europäische Regionen in den ost- und sudetendeutschen Vertreibungsgebieten diesem Auftrag gerecht werden.